

Zeitschrift

für

Sozialökonomie

Günther Moewes	Am Wendepunkt der Evolution? _____	2
Ulrike C. Nikutta-Wasmuht	Auf der Suche nach dem Frieden – Zur Entwicklung der Friedensforschung ____	4
Dieter S. Lutz	Von der Abschreckungsstrategie der NATO im 20. Jahrhundert zur neuen NATO-Doktrin im 21. Jahrhundert _____	13
Helmut Creutz	Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg _____	21
Cornelia Brinkmann	Ziviler Friedensdienst – Praktische Schritte zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung ____	39
	Bücher – Veranstaltung _____	44
	29. Mündener Gespräche _____	38

Liebe Leserin und lieber Leser,

in seinem 1998 erschienenen Buch "Aggression und menschliche Natur" erinnert der Berliner Psychologe Prof. Josef Rattner an einen Ausspruch des großen Philosophen der französischen Aufklärung Voltaire: "Jede Nation, die einen Krieg führt, ist von Tollwut betroffen." (S. 216) Der Krieg im Kosovo 1999 und unzählige weitere gewaltsame Konflikte in Afrika, Asien und Lateinamerika zeigen, dass die ganze Welt auch mehr als 200 Jahre nach Immanuel Kants Schrift über den "Ewigen Frieden" noch immer von der tollwütigen (Un-)Logik des Militärischen betroffen ist. Spätestens seit Sigmund Freud und Konrad Lorenz ist die Hypothese verbreitet, wonach sich Kriege unausweichlich aus der menschlichen Triebkonstitution ergeben. Gegen solche Behauptungen einer angeborenen "Raubtierhaftigkeit des Menschen" wendet sich Josef Rattner in seinem Buch mit Nachdruck, weil sie nach seiner Auffassung einen "lähmenden Fatalismus" erzeugen, "der die Vernunfttätigkeit auf diesem für das Weiterleben der Menschheit so entscheidenden Gebiet drosselt". Beachten Sie bitte die Leseprobe auf der Seite 12 in diesem Heft. Und an einer anderen Stelle seines Buches betont Rattner, dass "vor allem in den Kriegen der Neuzeit die kapitalistische Wirtschaftsstruktur unzweifelhaft als eine Mitursache ersten Ranges" zu beachten ist. "Das Faktum, dass an Kriegen und Kriegsvorbereitungen 'verdient' wird, sollte in der Erörterung dieses Fragenkomplexes nicht übergangen werden. Unter den heutigen Wirtschaftsbedingungen haben große Teile der Industrie und des Handels ein vitales Interesse daran, dass die politischen Krisen nicht abflauen." (S. 233 und 238) Tagtäglich lassen sich Bestätigungen für diese Aussage finden. So berichteten die Zeitungen kürzlich, dass Deutschland trotz verschärfter Exportbestimmungen 1999 Waffen im Wert von mehr als 2,8 Milliarden DM exportiert hat – doppelt so viele wie 1998. Die Hauptempfängerländer waren die Türkei, Israel, Brasilien und Südkorea.

Mit Mordinstrumenten lässt sich offensichtlich besser 'verdienen' als mit Menschenrechten. Die Wahlkampfaussagen des neuen US-Präsidenten Bush lassen befürchten, dass die USA den Ausbau ihres Raketenabwehrsystems "National Missile Defense" forcieren werden, um sich gegen Raketenangriffe möglicher (?) zukünftiger Gegner wie Nordkorea oder Iran zu schützen. Die Kosten werden zunächst auf 50 bis 60 Mrd Dollar geschätzt, mit weiteren Ausbaustufen auf mehr als 150 Mrd Dollar.

Und was geschah im Kosovo wirklich? Der ehemalige Brigadegeneral der Bundeswehr Heinz Loquai sprach frühzeitig von einer "extremen Informationsselektion und -verfälschung" und rekonstruierte deshalb im nachhinein die "Wege in einen vermeidbaren Krieg"; beachten Sie bitte auch die Leseprobe aus diesem Buch auf der Seite 20. Mittlerweile relativieren neuere Lageberichte des Auswärtigen Amts die Berichte über eine humanitäre Katastrophe auf dem Balkan. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Öffentlichkeit seinerzeit "bewusst getäuscht" worden sei, antwortete kürzlich der Hamburger Friedensforscher Prof. Dieter Lutz: "Davon gehe ich aus. Die Hoffnungen einiger, dass Gras über die Sache wachsen könnte, darf sich nicht erfüllen. Die Wahrheit muss ans Licht. Und da sind wir Wissenschaftler gefragt." (Nordwest-Zeitung vom 2.1.2001)

"Frieden durch soziale Gerechtigkeit" lautete das Rahmenthema einer Tagung im Sommer 2000, deren Beiträge wir Ihnen in diesem Heft vorstellen. Im Sinne der von Josef Rattner geforderten "sozialen Vernunft" möchten wir damit zur Verbreitung der Einsicht beitragen, dass sich die Konflikte des 21. Jahrhunderts nicht mit den 'tollwütigen' Methoden des 19. und 20. Jahrhunderts lösen lassen. Darüber hinaus möchten wir Denkanstöße zur "Erarbeitung von Modellen alternativer gesamtgesellschaftlicher Strukturen organisierter Friedfertigkeit" (Ulrike C. Nikutta-Wasmuht) geben.

Ihr Werner Onken

Günther Moewes:

Am Wendepunkt der Evolution?

Das beobachtbare Universum enthält etwa 100 Milliarden Galaxien wie unsere Milchstraße. Jede Galaxie enthält Abertausende von Sternen. Die US-Regierung gibt Milliarden für die Suche nach Lebenszeichen im Weltraum aus, eine Suche, die prinzipiell völlig sinnlos ist. Selbst wenn es irgendwo intelligentes Leben geben würde, könnten wir es aufgrund der gewaltigen Zeitdimensionen nicht wahrnehmen. Signale von einem Stern in 5000 Lichtjahren Entfernung würden allenfalls besagen, daß es dort vor 5.000 Jahren einmal intelligentes Leben gegeben hat. Unsere Antwort könnte dort frühestens 10.000 Jahre nach Aussendung der dortigen Signale eintreffen. Eine Kommunikation wäre also ohnehin unmöglich.

Selbst wenn es also objektiv noch irgendwo im Weltall Leben geben könnte, bleibt das Leben auf der Erde für uns zumindest subjektiv auf ewig einzigartig. Aber die Wissenschaft glaubt neuerdings sogar, daß das Leben auf unserem Planeten auch objektiv einzigartig ist, daß höher entwickeltes Leben eine solche Vielzahl äußerst unwahrscheinlicher Konstellationen voraussetzt, daß eine Wiederholung im Weltall praktisch ausgeschlossen ist. Solche Voraussetzungen sind u.a.: *

- Flüssiges Wasser bei einer Temperaturschwankungsbreite, in der es weder dauernd verdampft noch dauernd gefriert, deshalb
- eine stabile, halbwegs zentrische Umlaufbahn in einer ganz bestimmten Entfernung zu einer Sonne. Zu nahe oder zu ferne Umlaufbahnen würden ebensowenig stabile Temperaturen zulassen wie allzu exzentrische Umlaufbahnen
- ein großer Mond in der richtigen Entfernung, der die Planetenachse stabilisiert und damit das Klima
- eine Gashölle, die ein unerhört präzises Gleichgewicht zwischen Einstrahlung und Abstrahlung herstellen muß und deshalb
- Kohlenstoff in einem ganz bestimmten Ausmaß. Zu wenig würde keinen Aufbau höherer Organismen erlauben, zu viel würde zu hohe Temperaturen infolge des Treibhauseffekts erzeugen
- vor allem aber einen gewaltigen Deflektorplaneten in der äußeren Umlaufbahn, wie bei uns der

Jupiter, der uns vor anfliegenden Kometen und Asteroiden schützt, indem er sie mit seiner Schwerkraft einfängt oder aber ablenkt und in den Weltraum zurückschleudert.

Dabei ist ein solcher Deflektorschirm die wichtigste und gleichzeitig unwahrscheinlichste der Voraussetzungen. Eine solche Konstellation konnte noch nirgendwo anders beobachtet werden. Ohne diesen Deflektorschirm wären Einschläge von Himmelskörpern auf der Erde 10.000 Mal häufiger. Jeder Einschlag wäre eine Katastrophe wie die, die vor 65 Millionen Jahren die Saurier ausgelöscht hat und unser Planet wäre eine Landschaft aus Kratern ohne Zwischenräume, wie Mond und Jupiter.

Hinzu käme eine Fülle anderer spezifischer Voraussetzungen, ohne die zumindest unsere Evolution nicht denkbar gewesen wäre, von denen man aber annimmt, daß grundsätzlich ohne sie auch andere Formen von Evolution denkbar wären: Die Plattentektonik der Erde, die Meeresströmungen, Wetter, Erosion und Nährstoffherzeugung durch Verwitterung ermöglicht, ein empfindliches sich selbst (z.B. durch Wandbrände) regulierendes Gleichgewicht aus Photosynthese und Remineralisierung und vieles mehr.

Nur die Summe dieser Voraussetzungen konnte die Evolution hervorbringen, mit ihren "Wundern", die die menschliche Zivilisation trotz ihrer immer schnelleren Beschleunigung bis heute auch nicht entfernt nachvollziehen konnte: Weder die Schlankheit und Stabilität von Grashalm oder Eierschale, noch die Wahrnehmungsleistung eines winzigen Vogelauges, noch die Manövrierfähigkeit des Libellenfluges. Ganz zu schweigen vom menschlichen Gehirn, das wir mit lächerlichen Robotern zu imitieren suchen, obwohl wir bisher nur winzige Bruchteile seines Funktionierens überhaupt begriffen haben.

Dieses einzigartige Wunder des Lebens im Weltraum setzt die Menschheit nun leichtfertig aufs Spiel, letztlich wegen eines außerordentlich simplen, vermeintlich ökonomischen mathematischen Prinzips, des sogenannten Exponentiellen. Die vermeintlich am höchsten entwickelte Art erhebt eine Art Milchmädchenprinzip zur Religion und schreibt es der Politik sogar gesetzlich vor (Stabilitätsgesetz). Sie

entwickelt auf der Basis dieses offenbar nicht verstandenen Prinzips den Zinseszins, d. h. ein Geldsystem, das mit mathematisch absoluter Unausweichlichkeit in die vollkommene Unkontrollierbarkeit führt. Die exponentielle Geldvermehrung übersteigt bereits seit Jahrzehnten jeden realen Bedarf. Den zwei Milliarden Dollar überflüssigen Spekulationsgeldes, die schon (im Jahr Zweitausend) täglich um den Globus jagen, könnte auch dann längst nichts mehr entgegengesetzt werden, wenn sich alle Nationalbanken der Welt zusammenschlossen.

Dieses winzige Prinzip des exponentiellen Zinseszinses dient vor allem einer globalen Minderheit dazu, ihren Alleinanspruch auf die Maschinenverdienste und Industrialisierungsgewinne zu rechtfertigen. Es verkehrt alle positiven Geschichtsergebnisse ins Negative, alle Evolution ins Desaster. Es verkehrt den Jahrtausende alten Menschheits Traum von der Industrialisierung und der Befreiung des Menschen von Arbeit durch die Maschine in sein striktes Gegenteil: eine Minderheit erntet einseitig die Früchte der Industrialisierung und die Mehrheit trägt einseitig die Folgen: eine immer kleinere Minderheit ist von Arbeit befreit und lebt von den sich ständig exponentiell vermehrenden Zinsen und Gewinnen. Und eine immer mehr verarmende Mehrheit muß diese allen realen Bedarf übersteigenden Geldmengen ständig mit immer sinnloserer Arbeit bedienen. Obwohl infolge der Industrialisierung Pro-Kopf-Produktivität und Wohlstand ständig noch schneller wachsen als die ebenfalls steigende Lebenserwartung, wird den Arbeitenden vorgegaukelt, infolge des "demographischen Wandels" müßten immer weniger Junge immer mehr Alte ernähren und gegen dieses "Naturereignis" hätten sie sich gefälligst untereinander selbst zu versichern.

Es läßt sich mit absoluter mathematischer Sicherheit sagen, daß das System der exponentiellen Geldvermehrung nicht ewig weitergehen kann, daß es endlich ist. Gleichwohl gibt es keinerlei politisches oder ökonomisches Konzept zu seiner kontrollierten Beendigung, zu einem geordneten Ausstieg. Das System taumelt weiter auf seine unausweichliche Katastrophe zu. Die Frage ist nur noch, ob es zusammenbricht, bevor es die Natur auf unserem Planeten unwiederbringlich zerstört hat, oder erst danach. Die Frage ist, ob es der

Natur die Chance läßt, zurückzuschlagen oder zumindest, sich nach dem Zusammenbruch des Geldsystems langfristig zu regenerieren, oder ob eine auf ewig veränderte Natur zurückbleibt, in der es keine Regenwälder mehr gibt und viel zu wenig Süßwasser, in der anspruchsvolle Großtierarten anspruchslosen Allesfressern Platz gemacht haben und wenige globale Neophyten, Schwimmpflanze und Killeralgen alle Differenziertheit erstickt haben.

Welche Maßnahmen unternimmt nun die vermeintlich höchst entwickelte Art, die "Krone der Schöpfung", der Mensch, um dieser denkbaren Katastrophe entgegenzuwirken? Was unternimmt die Politik, um ihren eigenen Zusammenbruch zu verhindern? Antwort: sie unternimmt dazu nicht nur nichts, sondern das wenige, was sie unternimmt, stützt und beschleunigt die Fehlentwicklung noch, anstatt sie zu bremsen. Das Muster ihrer Maßnahmen ist überall das gleiche: der Anstieg der exponentiellen Geldvermehrung wird nicht gestoppt, sondern nach Kräften bedient.

Wie bei Süchtigen wird die zu seiner Bedienung erforderliche Dosis immer größer. Politik wird zur Beschaffungskriminalität. Und die Beschaffung dieser immer größeren Dosen erfolgt nun keineswegs dort, wo am meisten von der Droge Geld vorhanden ist, sondern immer ausgerechnet dort, wo ohnehin am wenigsten vorhanden ist: immer am unteren Ende der Einkommens- und Vermögensskala. Nicht bei den leistungslosen Mega-Einkommen, nicht bei den Mega-Konzernen, nicht bei den Unternehmens-, Körperschafts- und Vermögenssteuern, noch nicht einmal bei der Einkommenssteuer, sondern stets bei der Lohnsteuer, bei der Ökosteuer, bei der neu hinzu erfundenen Rentensteuer, beim Arbeitslosengeld, bei den ABM-Maßnahmen, bei Fahrpreisen, Gebühren, Gesundheitskosten und Nebenkosten, bei Alleinerziehenden, BAFöG-Empfängern, Rentnern und Arbeitslosen.

Naturzerstörung und soziale Selbstzerstörung sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille: Der Bedienung der exponentiellen Geldvermehrung mit immer schlechter bezahlter Arbeit. Zum einen zu Lasten der Natur und zum anderen zu Lasten der Bevölkerungen.

*) Zur folgenden Aufzählung siehe auch: Wolfgang Silvanus: "Die Einsamkeit des Seins", in: Frankfurter Rundschau vom 04.11.00.

Ulrike C. Nikutta-Wasmuht:

Auf der Suche nach dem Frieden

Zur Entwicklung der Friedensforschung als neue Forschungspriorität

Die Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland ist mehr als andere Wissenschaftsbereiche von gesamtgesellschaftlichen und politischen Entwicklungen beeinflusst worden. Im Sinne von Karl Mannheim ist die Friedensforschung "seinsverbunden", d.h. ihre Entstehung und Ausdifferenzierung sind nur in engem Zusammenhang mit den gegebenen Rahmenbedingungen durch die internationale Politik, Innen- und Wissenschaftspolitik, außerparlamentarische Protestbewegungen und das Engagement und die Expertise einzelner Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie die Herausbildung einer "Scientific Community" zu verstehen und zu erklären.

In der Bundesrepublik Deutschland muß noch ein weiterer Einflußfaktor genannt werden: die besondere historische Situation. Die nationalsozialistische Kriegskatastrophe hat die Erkenntnisinteressen der Anfangsgeneration der Friedensforscher entscheidend geprägt. Die enge Verknüpfung zwischen der Herausbildung einer neuen wissenschaftlichen Forschungspriorität einerseits und dem politischen und sozialen Kontext andererseits bewirkt auch die "Seinsverbundenheit" der Erkenntnisinteressen, Forschungsthemen und damit der konkreten Ergebnisse sowie der Erkenntnisse allgemein: Die Forschungsinteressen der einzelnen Akteure, die Art der Finanzierung von Projekten und Förderung von Veröffentlichungen, die "Schulenburg" und damit Kontroversen sind "seinsverbunden", weil der gesamte Wissensbestand durch historische, politische und soziale Faktoren in elementarer Weise geprägt und beeinflusst wird.

Das Zusammenspiel dieser historischen, internationalen und innenpolitischen Einflußfaktoren mit individuellen Beiträgen und inhaltlichen Fachdiskursen kann in folgenden 12 Thesen benannt werden:

Erstens: *Die moderne Friedensforschung ist Folge des Zweiten Weltkrieges und eng damit*

verbunden auch ein Produkt des Kalten Krieges.

Das friedenswissenschaftliche Erkenntnisinteresse wurde motiviert durch die Erfahrung zweier bedrohlicher Militarisierungsprozesse: der nationalsozialistischen mit ihrem katastrophalen Ausgang und der sich Ende des Zweiten Weltkrieges herausbildenden Blockkonfrontation zwischen Ost und West unter dem Vorzeichen eines nuklearen Rüstungswettlaufs. Die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene neue Forschungspriorität Friedensforschung hat insbesondere drei Wurzeln, denn sie ist eine Folge

- der unmittelbaren und mittelbaren Erfahrungen der "Anatomie der menschlichen Destruktivität" in Deutschland: der Herrschaft des Nationalsozialismus, Kriegsgreuel, Pogrome,
- des Traumas der Entwicklung und des Abwurfes der ersten beiden Atombomben über Japan,
- des Beginns der Blockkonfrontation zwischen "Ost" und "West" und der damit verbundenen Gefahr eines atomaren Weltkrieges.

Darüber hinaus erhielt die deutsche friedenswissenschaftliche Diskussion wesentliche Impulse von der US-amerikanischen Friedensforschung. Daraus folgt

Zweitens: *Die Entwicklung einer deutschen Friedensforschung geht auf entscheidende Anregungen aus der internationalen Diskussion über friedensrelevante Themen zurück, die die Formulierung der ersten Erkenntnisinteressen in der Bundesrepublik Deutschland stark beeinflusst hat.*

Wissenschaftliche Diskurse werden über Ländergrenzen hinaus geführt, denn ohne internationale "Vernetzung" ist Wissenschaft nicht mehr möglich: so auch für die Friedensforschung. Lange vor den ersten Aktivitäten innerhalb einer Friedensforschung in Deutschland gab es bereits vor allem im angelsächsischen Sprachraum in den Bereichen Internationale Beziehungen und "peace research" Diskussionen, die entsprechende spätere Auseinandersetzungen

in Deutschland grundlegend prägten: Angestoßen durch die ersten friedenswissenschaftlichen Diskussionen innerhalb US-amerikanischer naturwissenschaftlicher Kreise wurde auch in der Bundesrepublik eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Gefahren, die von nuklearen Massenvernichtungsmitteln im Zusammenhang mit der nuklearen Abschreckung ausgehen, geführt. Nicht nur das: der fortgeschrittene internationale Forschungsstand hat die Ausdifferenzierung der bundesdeutschen Diskussion auf dem Gebiet der Internationalen Beziehungen erfordert.

Drittens: *Das Forschungsinteresse und das Engagement der einzelnen Friedensforscher und Friedensforscherinnen ist stark biographisch geprägt und motiviert, verändert sich aber gleichzeitig im Zuge allgemeiner politischer und sozialer Entwicklungen.*

Das friedenswissenschaftliche Engagement ist nicht eine, ohne weiteres mit anderen beruflichen Tätigkeiten vergleichbare, Arbeit. Sich mit dem "Frieden" als Ziel befassen zu wollen, erfordert mehr als nur den Wunsch, wissenschaftlich tätig und erfolgreich zu sein. Zumindest in der Anfangsgeneration und bei den Friedensforschern, die zuerst in den Friedensbewegungen sozialisiert wurden, spielen persönliche und politische Schlüsselerlebnisse eine entscheidende Rolle bei der Berufswahl. Die Anfangsgeneration hatte direkte und indirekte Erlebnisse mit dem selbstzerstörerisch auf Deutschland zurückschlagenden nationalsozialistischen Militarismus und Imperialismus zu verarbeiten, was sich in deren Themenwahl und Erkenntnisinteressen niederschlug. Die Friedensforscher und Friedensforscherinnen, die zuerst ihre Erfahrungen in der Friedensbewegung sammelten, kamen auch mit dem ausdrücklichen Wunsch zur Friedensforschung, durch ihre wissenschaftliche Arbeit zu einer grundsätzlichen Veränderung der soziopolitischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse beizutragen.

Demzufolge war die Zugehörigkeit zu einer "Friedensforschergeneration" ein wichtiger Einflußfaktor für die Entwicklung von Forschungsprioritäten. Darüber hinaus ist die interne Nachwuchsförderung durch Vorbildwirkung, Einbezug

der Jüngerer in Diskussionszusammenhänge, Lehre und Nachwuchsförderung sowie letztendlich finanzielle und ideelle Unterstützung ausschlaggebend für die Weiterentwicklung der Friedensforschung.

Innen- und außenpolitische Veränderungen und Machtwechsel (z. B. 1969 oder 1983) beeinflussten darüber hinaus die Entwicklung der Friedensforschung, in der insgesamt vier Phasen unterschieden werden können:

- das friedenswissenschaftliche und friedenspolitische Engagement vor der Institutionalisierung der Friedensforschung (also 1945 bis 1967);
- der Beginn der Institutionalisierung (also 1968 bis 1969);
- die "Ära der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung" oder die institutionalisierte Friedensforschung (also 1970 bis 1983) sowie
- die "Wende" oder die nachinstitutionelle Phase (also nach 1983).

1. Die erste Phase: Friedenswissenschaftliche Anfänge zwischen 1945 bis 1967

Angesichts der Existenz von nuklearen Massenvernichtungsmitteln klagten zuerst in den USA Naturwissenschaftler ein neues Denken ein. Sie warnten davor, daß Abschreckung nicht mehr als die Methode zur Kriegsverhinderung angesehen werden darf, und forderten, daß die Staaten nicht gegeneinander arbeiten, sondern miteinander das weltweite Energieproblem mittels der Atomtechnik lösen sollten. In Deutschland prägten die unmittelbaren Kriegserfahrungen die Menschen und darunter Wissenschaftler, die ihre Arbeitskraft für die Verwirklichung der Forderung nach "Nie-wieder-Krieg!" einsetzten. Zwei für die ersten friedenswissenschaftlichen Betätigungen entscheidende Impulse sind die Verbindung zwischen Wissenschaft und sozialen Bewegungen einerseits und das Engagement von Einzelpersonlichkeiten andererseits:

Viertens: *Die ersten friedenswissenschaftlichen Aktivitäten sind Ergebnis einer engen Verknüpfung von wissenschaftlichem Engagement und friedenspolitischem Protest in der Friedensbewegung.*

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden diffuse Protestbewegungen, die "Nie-wieder-Krieg!" einforderten, vor deren Hintergrund sich einzelne Wissenschaftler engagierten. Es gab einen engen Zusammenhang zwischen beiden sozialen Engagements, dem friedenswissenschaftlichen und dem friedenspolitischen. Die Wissenschaftler formulierten und verabschiedeten Appelle, die von den Protestbewegungen verbreitet wurden und zugleich erzeugten die sozialen Bewegungen ein politisches Klima, das eine Friedenswissenschaft als notwendig erscheinen ließ. Seinerzeit gab es einen engeren Zusammenhang zwischen Friedensbewegungen und den Vorläufern der Friedensforschung als später, als die Friedensforschung institutionalisiert war. Das hängt damit zusammen, daß es das Spannungsfeld zwischen der status quo-eingebundenen Institution Wissenschaft einerseits und der Unabhängigkeit von friedenspolitischem Engagement andererseits nicht in der Form wie später, insbesondere ab dem Ende der 70er Jahre, gab und die Grenzen zwischen Bewegung und Wissenschaft fließend sein konnten. Gemeint ist hier die Entwicklung einer unterschiedlichen gesellschaftlichen Verankerung von Friedensforschung und Friedensbewegung: die erste ist Teil der Institution Wissenschaft, die andere ist autonom, was unterschiedliche Handlungsfreiräume bedeutet:

Die Friedensforschung ist wie jeder andere Wissensbereich an Grundregeln gebunden, soll sie seriös betrieben und akzeptiert werden: die Offenheit für Ergebnisse aus den Untersuchungen, auch wenn sie nicht den normativen Vorstellungen des Wissenschaftlers entsprechen; die Unabhängigkeit von Vorgaben durch Geldgeber, Politik oder Akteure aus den Bewegungen; die intersubjektive Überprüfbarkeit der Ergebnisse; die Einhaltung der von wissenschaftlichen Grundregeln vorgeschriebenen methodologischen und methodischen Verfahren; die seriöse Veröffentlichung der Ergebnisse. Genau diese Verfahrensvorschriften erschienen den sozialen Bewegungen später als zu herrschaftsgläubig und herrschaftstreu. Als die Friedensforschung noch nicht institutionalisiert war, gab es diese Handlungseinschränkungen noch nicht: Die Wissenschaftler kamen zum Teil aus den Zusammenhängen der

sozialen Bewegungen; aufgrund ihrer eigenen "Betroffenheit" von den politischen Ereignissen (Atomwissenschaftler) oder um eigene Kriegserfahrungen u.a. auf dem Wege der wissenschaftlichen Tätigkeit zu verarbeiten. Insgesamt hat die Entwicklung der friedenswissenschaftlichen Forschungspriorität in ihrer ersten Phase entscheidende Impulse von Friedensbewegungen bekommen: das inhaltlich und auch personell, denn die "Urgemeinde" war übergreifend, weil ihre "Vertreter" gleichzeitig sowohl in Wissenschaftszusammenhängen als auch in Protestbewegungen vertreten waren.

Ernst-Otto Czempiel, der 1986 den Stand der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen und der Friedensforschung beschrieb, kam aus einem völlig anderen Blickwinkel heraus zu einem ähnlichen Schluß: "Beide Tendenzen, die zur Professionalisierung wie zur Aktualisierung der Forschungsarbeiten, verringerten die Distanz zwischen Friedensforschung und der allgemeinen Disziplin der Internationalen Beziehungen immer weiter." Dazu ist anzumerken, daß die Vertreter der Disziplin der Internationalen Beziehungen in der Regel weder eine Nähe zur Friedensbewegung hatten noch einen normativen Anspruch an die Forschung erhoben. Wenn also eine Distanzverringering zwischen der Friedensforschung und dem Bereich der Internationalen Beziehungen festgestellt wird, dann auch gleichzeitig die Distanzvergrößerung zwischen der Friedensforschung und den Friedensbewegungen. Czempiel macht dafür zu Recht die Professionalisierung, gleichzusetzen mit der Institutionalisierung der Friedensforschung, sowie die Tendenz nur aktuelle Themen für die Politikberatung zu bearbeiten, mitverantwortlich.

Fünftens: *Das friedenswissenschaftliche und friedenspolitische Engagement von Einzelpersonlichkeiten war in der Anfangsphase der Friedensforschung unentbehrlich für deren Entstehung.*

Aufgrund der Tatsache, daß keinerlei Strukturen für den Aufbau einer Friedenswissenschaft Ende der 40er und während der 50er Jahre vorhanden waren, war es umso wichtiger, daß Einzelne die Initiative ergriffen. Dieses Engagement war auch eine Art der individuellen Verarbeitung von Kriegserlebnissen. Diese individu-

ellen Kriegserlebnisse sind allerdings auch Teil der Kollektiverfahrung Krieg: die Empfindungen und Trauer der ersten Friedensforscher über das Erfahrene ist somit als gesellschaftlich vermittelt zu betrachten. Die "Gründergeneration" der Friedensforschung hatte diese Erfahrungen gemein und sie legte den Grundstein für eine neue Diskussionsrichtung mit normativem Anspruch: entweder importierten sie neue Diskurse aus dem Ausland, insbesondere aus den USA, nach Deutschland oder sie befaßten sich mit den Fragen, die für sie längst "anstanden", so wie Carl Friedrich von Weizsäcker, der eine "Weltinnenpolitik" einforderte. Es fällt auf, daß es zu Anfang der "ersten" Phase der Friedensforschung, der Zeit zwischen Ende der 40er und Mitte der 60er Jahre, noch kaum Diskussionen in Richtung "kritischer" Friedensforschung gab. Erst ab der Mitte der 60er Jahre entwickelte sich die friedenswissenschaftliche Diskussion von nicht explizit gesellschaftskritischen, also eher konventionellen hin zu explizit kritischen, also sozial- und herrschaftskritischen Positionen. Eine grundlegende Herrschaftskritik wurde in diese Forschung nämlich erst im Zuge der Rezeption der "Kritischen Theorie" und der entstehenden APO eingebracht.

2. Die zweite Phase: Der Beginn der Institutionalisierung zwischen 1968 und 1969

Als Gustav W. Heinemann seine Rede anlässlich seines Amtsantrittes am 1. Juli 1969 vor dem Deutschen Bundestag hielt, in der er eine Friedensforschung forderte, gab es bereits die wissenschaftsinternen Voraussetzungen für die Institutionalisierung der Friedensforschung. Es existierten

- Einzelpersonlichkeiten, die sich inhaltlich mit der Friedensforschung befaßten und administrativ für ihre Professionalisierung einsetzten;
- eine erste "Gemeinschaft" von Friedensforschern, die sich untereinander kannten, sich gegenseitig unterstützten und den inhaltlichen Diskurs führten;
- einen Fundus an wissenschaftlichen Arbeiten, die eine inhaltliche Basis für die Weiterarbeit bildeten;

- eine Expertenvereinigung, die "Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung" (AFK), die nicht nur die "Friedensforschung" in der Öffentlichkeit repräsentierte, Lobbyarbeit betrieb, sondern vor allem die interne Zusammenarbeit koordinierte sowie

- eine breite studentische Klientel als Teil einer sich entwickelnden Friedensbewegung, die sich für Lehre und Forschung im Bereich von Friedensforschung an ihren Universitäten einsetzte und ihre Anfänge mit großem Interesse aufnahm.

Insofern stieß die Initiative des seinerzeit neuen Bundespräsidenten Gustav W. Heinemann auf fruchtbaren Boden: es gab Personal und Know-How, womit seine Anregung, die vor allem mit der Finanzierung der Friedensforschung verbunden war, in die Praxis umgesetzt werden konnte. Umgekehrt hatte der Vorstoß des Bundespräsidenten auch die Wirkung, daß das Anliegen nach Förderung von seiten der Vertreter der Friedensforschung in der Öffentlichkeit und vor allem bei den für die Mittelvergabe zuständigen Stellen positiv aufgenommen wurde.

Die davon unabhängigen wissenschaftsexternen Faktoren waren es jedoch, die Gustav W. Heinemann veranlaßten, sich für die Finanzierung einer bis dato als "Orchideenwissenschaft" betrachteten Forschungstätigkeit einzusetzen. Innenpolitisch hatte seinerzeit die APO ihren Höhepunkt überschritten, nachdem die Notstandsgesetze ratifiziert worden waren und von den USA eine Vietnamisierungspolitik – bekannt unter dem Motto "bring our boys home" – eingeleitet war, die für viele m.E. fälschlicherweise als friedensfördernde Initiative zur Beendigung des Vietnamkrieges betrachtet wurde. Auch wenn die APO 1969 ihren öffentlichkeitswirksamen Höhepunkt bereits überschritten und sich das Bewegungspotential in unterschiedliche Gruppierungen und Einzelgänger diversifiziert hatte, hinterließ die außerparlamentarische Opposition doch neben anderen Ansätzen sozialen Wandels, wie z.B. den Aufbruch zur sexuellen Befreiung, für die Politik bedeutsame Spuren: den Einsatz für längst überfällig gewordene Reformen im Hochschulbereich; den Einsatz für Basisdemokratisierungsprozesse; erhöhte öffentliche Sensibilität für sicherheitspolitische und militärstrategische Fragen.

Einige der Forderungen aus der APO nahm die neue sozial-liberale Koalition u.a. auch auf, um einen Teil der Akteure der APO politisch zu integrieren und zu "pazifizieren". Das innenpolitische Interesse der neugewählten Regierungspartei am "Frieden als Ernstfall" sowie das Vorhaben, die Hochschulen auszubauen und zu reformieren, kam der Friedensforschung als neu entstehender Forschungsdisziplin zugute.

Vor allem aber die politische Situation auf der internationalen Ebene ermöglichte der neugewählten sozial-liberalen Koalition einen "entspannungsfreundlichen" Handlungsspielraum, in dessen Rahmen sich eine staatlich geförderte, abschreckungskritische Friedensforschung einfügte. So zeichnete sich Ende der 60er Jahre bereits die "erste Phase der Entspannungspolitik" ab, die in den ersten Jahren der 70er Dekade in eine Reihe von Vereinbarungen zwischen Ost und West mündete. Die USA und die Sowjetunion waren an einem Wechsel von der Konfrontation zur Kooperation, wenn auch in begrenztem Rahmen und unter bestimmten Bedingungen, interessiert. Damit wurde die Kooperation zwischen Ost und West überhaupt erst möglich: Die sozial-liberale Koalition hatte den Handlungsspielraum, eine Entspannungspolitik von seiten der Bundesrepublik voranzutreiben, zu deren wissenschaftlicher Legitimation die Friedensforschung geeignet war.

Damit war 1969 in bezug auf die wissenschaftsinternen, die innenpolitischen und internationalen Voraussetzungen der geschichtliche Raum für die Institutionalisierung der Friedensforschung gegeben. Daraus ergibt sich

Sechstens: *Die Institutionalisierung der Friedensforschung ist das Resultat des Zusammenspiels internationaler Rahmenbedingungen, eines innergesellschaftlichen und innenpolitischen Reformwillens, des Engagements einzelner Wissenschaftler und Bürokraten sowie des Bestandes an wissenschaftlichen Vorarbeiten.*

3. Die dritte Phase: Die Ära der "Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung" von 1970 bis 1983

Die 70er Jahre waren finanziell die "beste Zeit" für die Entwicklung der Friedensforschung in der Bundesrepublik, auch wenn sich hier schon gegenläufige Tendenzen abzeichneten: die massive konservative Kritik führte letzten Endes zur Schließung der DGFK, womit die Friedensforschung insgesamt einen schweren Rückschlag erlitt. Egbert Jahn fragte 1981, zu einer Zeit als die Hochphase der Entwicklung und Ausdifferenzierung der Friedensforschung vorbei war, als diese neue Forschungspriorität ins Rampenlicht öffentlicher Kritik gelangt war, als sich die Schließung der DGFK bereits ankündigte: "Droht die Friedensforschung zwischen den zugespitzten Befürchtungen der konservativen Opposition und den ausgedehnten Hoffnungen der Friedensforschung zerrieben zu werden? Ist Friedensforschung in der Bundesrepublik auf Gedeih und Verderb auf internationale Entspannung und sozial-liberale Regierungsfähigkeit angewiesen?" Diese Frage kann insofern beantwortet werden, als daß die Entstehung und Weiterentwicklung jeder neuen Forschungspriorität von wissenschaftsexternen Faktoren abhängt: d.h. in diesem Fall, die Friedensforschung ist sowohl von internationalen Faktoren – hier: Stand und Entwicklung der Entspannungspolitik – sowie von innenpolitischen Gegebenheiten – hier: eine entspannungsfreundliche bzw. eine Reformen aufgeschlossene Regierung – abhängig. Weiterentwicklung einer auch "ungeliebten" Forschung ist möglich, aber unter anderen, d.h. sehr erschwerten Bedingungen. Konkret heißt das, 1980 wurde das "Starnberger Institut" geschlossen, 1983 die Fördertätigkeit der DGFK eingestellt, es wurden keine neuen Professuren für Friedens- und Konfliktforschung geschaffen – kurzum: die staatlich geförderte Friedensforschung beschränkte sich auf die Finanzierung des IFSH, der HSFK bzw. auf die im Rahmen der allgemeinen Fördereinrichtungen, wie der DFG, unterstützen Projekte im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung.

Jahns zweite Frage nach der Abhängigkeit der Friedensforschung auf "Gedeih und Verderb" von externen Bedingungen muß verneint werden: Anfang der 80er Jahre, im Zuge der Auseinandersetzungen mit dem NATO-Doppelbeschluß entwickelten sich zahlreiche Friedensforschungsinitiativen "von unten", die durchaus zur weiteren inhaltlichen Ausdifferenzierung der Friedensforschung beigetragen haben. Zudem wuchs eine "dritte Generation" von Friedensforschern und Friedensforscherinnen heran, die an den Universitäten bei den Professoren der "ersten Generation" und den Assistenten ("zweite Generation") studierte oder an den Friedensforschungsinstituten als Praktikanten oder auch als wissenschaftliche Mitarbeiter direkt nach dem Studium unterkamen:

Siebtens: *Die 70er Jahre waren eine Konsolidierungsphase der Friedensforschung in der Bundesrepublik, in der sie sich gesellschaftspolitisch so verankerte, daß der teilweise Entzug staatlicher Unterstützung nicht zu ihrem Ende führen konnte.*

Anfang der 80er Jahre schien es so, als ob es ein solch enges Verhältnis zwischen der Friedensforschung und der Friedensbewegung gäbe wie das während der 50er Jahre zwischen den ersten friedenswissenschaftlichen Aktivitäten und dem friedenspolitischen Protest der Fall war. Doch war die Friedensforschung als auch die Friedensbewegung heterogen, weshalb nicht von dem Verhältnis gesprochen werden kann. Es ist sinnvoller zu fragen: Welche Friedensforscher und Friedensforscherinnen mit welchem Hintergrund bearbeiten welches Thema und welche Akteure in welchen Organisationen setzen sich für welches Problemfeld ein? Erst dann wird deutlich, daß einige Personen aus der Friedensforschung mit bestimmten Organisationen der Friedensbewegung zeitweise und partiell zusammenarbeiten. In diesem Bereich kommt man nicht umhin, "das" Verhältnis zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung nicht als ein Abstraktum, sondern auf der ganz individuellen Ebene zu betrachten. Es wird immer vereinzelte Friedensforscher geben, die sich in der Friedensbewegung engagieren und es wird immer vereinzelte Friedensbeweger geben,

die sich mit Friedensforschung wissenschaftlich auseinandersetzen. D. h., es muß nach den Beziehungen zwischen welcher Friedensforschung zu welchen Teilen der Friedensbewegung gefragt werden:

Achtens: *Die Friedensforschung und die Friedensbewegung existierten während der ersten Hälfte der 80er Jahre nebeneinander, allerdings mit starken Berührungspunkten. Mit der Friedensbewegung gewann die Friedensforschung eine Adressatin und genoß damit eine Zeitlang öffentliche Aufmerksamkeit. Die Friedensforschung dagegen lieferte der Friedensbewegung die wissenschaftliche Fundierung.*

Sowohl die Friedensforschung als auch die Friedensbewegung haben gemeinsame gesellschaftspolitische Wurzeln und deshalb auch wesentliche Ausprägungen gemein. Daraus darf allerdings nicht geschlossen werden, daß das eine das andere bedingt. Vielmehr gibt es Zeitungleichheiten in beiden gesellschaftlichen Ausdrucksformen. Darüber hinaus ist der Umgang mit der Angst in der Friedensbewegung und in der Friedensforschung diametral entgegengesetzt. Während die Friedensbewegung Angst, u.U. unter Vermeidung von Wissen, thematisieren will, wird Angst in der Friedensforschung verdrängt, durch nüchterne Wissenschaftlichkeit wegrationalisiert. Zudem kommt, daß – wie erwähnt – die Friedensforschung sowie die Friedensbewegung heterogen sind. D.h. es ist im Grunde unsinnig von "dem" Verhältnis zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung zu sprechen. Das gibt es nicht. Einige Friedensforscher und Friedensforscherinnen arbeiten mit einigen Friedensinitiativen zeit- und teilweise zusammen. Egbert Jahn drückt diese Distanz und Nähe kurz und bündig aus, wenn er fordert: "Die Frage nach den Beziehungen zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung muß also umformuliert werden zur Frage nach den Beziehungen welcher Friedensforschung zu welchen Teilen der Friedensbewegung." Eine nachhaltige Wirkung der Friedensbewegung auf die Friedensforschung ist, daß erstere Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß sich eine "Friedensforschung von unten" – eine Art "Friedensforschungsbewegung" – ent-

wickeln konnte, die unabhängig von staatlichen Geldern und Trägern zur Ausdifferenzierung dieser Forschungspriorität beigetragen hat. Daraus folgt

Neutens: *Die "Friedensforschungsbewegung" der 80er Jahre hat zur Ausdifferenzierung der Friedensforschung beigetragen, insbesondere dazu, daß eine interdisziplinäre Auseinandersetzung begann.*

4. Die vierte Phase: Die Zeit nach der "Wende"

Nach 1983 haben sich die Rahmenbedingungen für die Friedensforschung verändert: die Ost-West-Konfrontation wich ab 1985 einer entspannungsfreundlicheren Zeit, symbolisiert in der Fassung des INF-Vertrages 1987 und neue inhaltliche Perspektivdiskussionen wurden aufgegriffen. Das Ende des Ost-West-Konfliktes erforderte später eine völlige Umorientierung der Friedensforschung, die sich bis dato der Ost-West-Koordinate als forschungsleitendes Prinzip bediente.

Vor dem Hintergrund neuer Rahmenbedingungen und neuer Themen für die Friedensforschung der 90er Jahre wird an dieser Stelle ein Ausblick genannt. Folgende Entwicklungen erschweren der Friedensforschung, die von einer relativ kleinen Gruppe von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen betrieben wird, den Weg in eine Zukunft:

Die "erste" Generation an Friedensforschern hatte unmittelbare oder zumindest mittelbare Kriegserlebnisse, die sie motivierten, sich mit dem Thema "Krieg und Frieden" zu befassen. Die Friedensforschung war für sie ein (kognitiver) Weg, um diese Schlüsselerlebnisse zu be- und verarbeiten. Diese Generation ist zum großen Teil zurückgetreten: in anderen Bereichen aktiv, in den Ruhestand versetzt, verstorben. Ihre ursprüngliche Motivation, diese Forschung zu betreiben, wird von der "zweiten" Generation von Friedensforschern schon nicht mehr geteilt.

Der wesentliche Grund, eine Friedensforschung zu beginnen und zu entwickeln, waren die Ost-West-Konfrontation und der damit verbundene atomare Rüstungswettlauf. Der Wunsch, den Ost-

West-Konflikt zu beenden, um damit die Hochrüstung an Atomwaffen abzubauen – eine Voraussetzung für weltweite friedliche Beziehungen –, hat sich erfüllt: die Motivation Friedensforschung zu betreiben, ist damit weggefallen.

Auch die Disziplin der Internationalen Beziehungen hat sich weiterentwickelt und ausdifferenziert, d.h. die ursprüngliche Kritik ist z.T. überholt. Nicht nur Anhänger der "Realistischen Schule" befassen sich mit diesem Politikfeld, sondern auch Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die durchaus der Friedensforschung nahestehen bzw. dort sozialisiert wurden. Es bleibt abzuwarten, ob nicht die Disziplin Internationale Beziehungen die Funktion der Friedensforschung übernimmt, d.h. die Friedenswissenschaftler, die in dem Feld der Internationalen Beziehungen arbeiten, könnten dort wieder eine "Heimat" finden und sich von der "Community" der Friedensforscher entfernen.

Die "Community" der Friedensforscher hatte am Anfang ein "einigendes Band": Wissenschaftsorganisatorisch war man gemeinsam bemüht, einen neuen Wissenschaftsbereich aufzubauen; man schaffte es, diesen nicht nur zu definieren, sondern auch zu institutionalisieren; man hatte mit Gegnern zu kämpfen, die bemüht waren, der Friedensforschung die hart erkämpften Mittel zu entziehen. Inhaltlich mußten Abgrenzungen zu anderen Bereichen gefunden und behauptet werden; erste greifbare Ergebnisse wurden von außen erwartet. Diese gemeinsamen Aufgaben fallen nun weg: die Institute für Friedensforschung sind aufgebaut und etabliert; die Mittel von seiten der DFG sind für die Friedensforschung gestrichen; inhaltlich ist der Bereich definiert und Ergebnisse liegen vor. Als Folge dessen ist auch der innere Zusammenhalt der "Community" nicht mehr in der ursprünglichen Form vorhanden: Abgesehen von den in wissenschaftlichen Vereinigungen üblichen Konkurrenz- und Kompetenzkonflikten gibt es zahlreiche Konflikte, die die "Community" auszutragen hat: Es gibt viele, die sich der Friedensforschung zugehörig fühlen, die sich untereinander jedoch nicht mehr kennen; der Konflikt zwischen den Geschlechtern ist aufgebrochen und es gibt einen "Generationenkonflikt". Da-

rüber hinaus hat vor dem Hintergrund zunehmender ethno-politischer Konflikte und daraus folgender Bürgerkriege, wie im ehemaligen Jugoslawien oder in Ruanda, die akademische und politische Auseinandersetzung innerhalb der Friedensforschung über die Frage des Einsatzes militärischer Gewalt zur Regelung von Konflikten begonnen. Es steht zu erwarten, daß dieser Diskurs ein offener bleiben wird.

Zehntens: *Neben dem Generationenkonflikt und dem Konflikt zwischen den Geschlechtern gibt es inzwischen eine unversöhnliche Trennungslinie zwischen solchen, die unter bestimmten Umständen militärische Gewalt zur Eindämmung oder Lösung von Konflikten befürworten und solchen, die pazifistischen Idealen treu geblieben sind. Mit der Trennung zwischen diesen Positionen könnte die Friedensforschung ihre "Identität" als Friedensforschung verlieren.*

Bislang ist nicht absehbar, was die "gemeinsame Thematik" der Friedensforschung in Zukunft sein wird: die Themenbreite ist groß und spiegelt die allgemeinen Forschungsinteressen in den traditionellen Disziplinen wider. Es ist unklar, ob sich ein Bereich, der sich explizit als "Friedensforschung" bezeichnet, weiterhin abgrenzen kann.

Neben drastischen Streichungen von staatlichen Geldern vor allem im universitären Bereich und der Einstellung für die Friedensforschung wichtiger Publikationsreihen gibt es beachtliche Initiativen, die im Bereich friedensrelevanter Forschungen arbeiten: Im April 1994 wurde das "Internationale Konversionszentrum Bonn" (BICC) auf Initiative des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen zusammen mit anderen Trägern gegründet. Der Schwerpunkt dieser Einrichtung ist die weltweite Beratung aller Adressaten, die mit Konversionsfragen und -projekten in Politik, Administration, Unternehmen oder Gewerkschaften befaßt sind. Die Forschung beschränkt sich hier nur auf die Defizitanalyse, da im wesentlichen Serviceleistungen erbracht werden sollen, wozu vor allem Sekundäranalysen vorhandener Untersuchungen ausreichen. Damit ist die gesamte Einrichtung zwar friedensrelevant in bezug auf deren Zielsetzung und Arbeit, nicht jedoch

ohne weiteres der Friedensforschung zuzurechnen. Ein anderes Projekt ist der seit Oktober 1990 bestehende "Projektverbund Friedenswissenschaften Kiel" (PFK) an der Universität Kiel, dessen Zielsetzungen und Aufgaben die Vernetzung unterschiedlicher Disziplinen ist, die Kooperation und Praxisberatung für unterschiedliche Träger sowie die Forschung und Lehre zusammen mit Öffentlichkeitsarbeit. Dieses mit 231.000 DM aus dem Landesetat und Drittmitteln geförderte Projekt hat die Schwerpunkte Konversion/Abrüstungsökonomie, Friedenspädagogik, ökologische Sicherheit sowie Konflikt und Kooperation im Ostseeraum zum Inhalt. Inzwischen gibt es auch eine vom Wissenschaftsministerium geförderte Stiftung, die gezielt Friedensforschung fördert. Auf der anderen Seite wurden wichtige Publikationsreihen eingestellt: die Anfang der 70er Jahre gegründeten "Beiträge zur Konfliktforschung" wurden eingestellt; die Militärpolitik Dokumentation (MilpolDok) wurde aufgrund der nachlassenden Nachfrage nicht weitergeführt; der "Mediatus", umbenannt in "Frieden", wurde im 13. Jahrgang ab 1. Januar 1993 aufgelöst und Teil des "Informationsdienst Wissenschaft und Frieden", der damit in "Wissenschaft und Frieden" umbenannt wurde; die Reihe "Friedensanalysen" sowie das "Jahrbuch Frieden" wurden eingestellt.

Insgesamt hat sich zwar die allgemeine ökonomische Lage für die Friedensforschung verschlechtert, die wissenschaftliche Betätigung aber weiter diversifiziert. Friedenswissenschaft wird zunehmend auch in Bereichen sowie von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen betrieben, die sich primär nicht zur "scientific community" der Friedensforschung zählen. Daraus folgt

Elftens: *Es gibt Entwicklungen und Gegenentwicklungen, weshalb man nicht ohne weiteres über die Zukunft der Friedensforschung spekulieren kann. Ob dieser Wissenschaftsbereich eine Zukunft haben wird, wird sich vor allem daran entscheiden, ob es wieder ein "einigendes Band", ein gemeinsames politisches und wissenschaftliches "Anliegen" innerhalb einer nach innen und nach außen starken "Community" geben wird.*

An Themen fehlt es nicht und politisch notwendig ist die Friedensforschung nach wie vor angesichts der zahlreichen Bürgerkriege, neuer Kriegsgefahren auf internationaler Ebene sowie der vielfältigen Formen innergesellschaftlicher Gewaltstrukturen geblieben. Es wird sich zeigen, ob es die "Community" weiterhin trotz inhaltlicher und politischer Diversifikation und angespannter Finanzlage schafft, dem nachzukommen, was Karl Kaiser bereits 1970 zu Recht postulierte, als er die Friedensforschung als Notwendigkeit unserer Zeit bezeichnete:

Zwölftens: *Friedensforschung ist eine dringende Notwendigkeit unserer Zeit, die neben der Bestandsaufnahme friedensgefährdender Entwicklungen vor allem die Erarbeitung von Modellen alternativer gesamtgesellschaftlicher*

Strukturen "organisierter Friedfertigkeit" zur Aufgabe hat.

Weiterführende Literatur

Ulrike C. Wasmuht-Nikutta

Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung – Selbstverständnis – Politischer Kontext. Münster 1998.

Andreas Buro

Friedensbewegung, in: Ansgar Klein, Hans-Jörg Legrand und Thomas Leif (Hg.), Neue soziale Bewegungen. Impulse – Bilanzen – Perspektiven. Opladen 1999, S. 225–236.

Wolf-Dieter Narr, Roland Roth und Klaus Sack

Wider kriegerische Menschenrechte. Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift (hrsg. vom Komitee für Grundrechte und Demokratie). Köln 1999.

Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz und Bruno Schoch (Hg.)

Friedensgutachten 2000. Jahrbuch der wissenschaftlichen Institute für Friedensforschung in Deutschland. Münster 2000.

Aggressionstrieb oder soziale Natur des Menschen?

"Dieses Buch vertritt die These, dass die Aggression des Menschen nicht auf einen 'Aggressionstrieb' zurückgeführt werden kann, sondern dass Destruktivität und Feindseligkeit im menschlichen Verhalten durchaus auf erzieherische und kulturelle Deformation bezogen werden müssen. Damit eröffnet sich uns ein weites Feld psychologischer Forschung, die zu ermitteln hat, auf welche Weise Erziehung und Umwelt die soziale Natur des Menschen korrumpieren, bis er zu Grausamkeit, Sadismus und emotionaler Gleichgültigkeit fähig ist. In einer Welt, wo die menschliche Aggression in der Lage ist, die Menschheit im gesamten auszurotten, sind derartige Untersuchungen von lebenswichtiger Bedeutung. Psychologie, Soziologie und kulturelle Anthropologie müssen sich vereinigen, um in möglichst kurzer Zeit Erkenntnisse zur individuellen und kollektiven Aggressionsentstehung und -verhütung zu sammeln, die letztlich in pädagogisches und psychohygienisches Handeln einmünden sollen, durch welches der unkontrollierbaren Feindseligkeit des Menschen gegen den Menschen ein Riegel vorgeschoben werden kann. ... Neben den aggressiven Tendenzen stehen starke Kräfte der Solidarität und gegenseitigen Hilfe, die im Wesen des Menschen noch fundamentaler verankert sind als die Konfliktbereitschaft. ... Die Hoffnung der Menschheit besteht nun darin, dass die Stimme der Vernunft und des Gemeinschaftsgefühls im vermehrten Maße gehört wird. Im Grade, wie das Solidaritätsgefühl unter den Menschen wächst, entsteht soziale Vernunft und gewinnt Einfluss. Wenn wir in der einen, unteilbaren Welt weiterleben wollen, so muss dies eine Welt des Friedens sein."

Prof. Dr. Josef Rattner

Aggression und menschliche Natur. Wie Feindseligkeit abgebaut werden kann. Augsburg 1998, S. 9, 250–251.

Dieter S. Lutz:

Von der Abschreckungsstrategie der NATO im 20. Jahrhundert zur neuen NATO-Doktrin des 21. Jahrhunderts

Die NATO 1949 – 2000: Entstehung, Mitglieder, Strukturen

Vier Jahre nach Ende des Weltkriegs II wurde der Vertrag zur Gründung der Nordatlantikorganisation (NATO) am 4. April 1949 in Washington von Regierungsvertretern Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Islands, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Portugals und der USA unterzeichnet. Er trat am 24. August 1949 in Kraft. Am 18. Februar 1952 wurden Griechenland und die Türkei Mitglieder des atlantischen Bündnisses. Die Bundesrepublik Deutschland trat der NATO am 5. Mai 1955 bei. Am 30. Mai 1982 folgte Spanien. Seit 1997 ist das Land auch militärisch voll integriert. Das Gründungsmitglied Frankreich dagegen zog sich 1966 aus der militärischen Integration der NATO zurück, blieb aber politischer Vertragspartner. Ähnliches galt für Griechenland, wengleich nur für die Jahre 1974 bis 1979.

Die NATO ist als Bündnis souveräner, d.h. gleichberechtigter und nicht überstimbarer Staaten gedacht. Ihre völkerrechtliche Grundlage findet sie in Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen, welcher das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung vorsieht, bis der UN-Sicherheitsrat selbst geeignete Maßnahmen ergreift. In der Präambel des bis heute unveränderten NATO-Vertrages betonen die Bündnispartner ihre Entschlossenheit, die Grundwerte der Freiheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten. In Art. 3 des Vertrages verpflichten sie sich, ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhalten und fortzuentwickeln. In Art. 5 – zumindest bislang Kernstück des Vertrages – verpflichten sich die Mitglieder der NATO im Falle eines Angriffes auf einen oder mehrere von ihnen zur gegenseitigen

Hilfe. Art. 5 enthält allerdings keine absolute Automatik der Beistandsverpflichtung, vielmehr beschließt nach dieser Norm jeder Vertragspartner für sich selbst die Maßnahmen, "die er für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen und zu erhalten".

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Auflösung des Warschauer Paktes sowie der Sowjetunion wurde im Dezember 1991 der NATO-Kooperationsrat (NAKR) geschaffen. Dieser Rat sollte die Kooperation mit den Staaten Osteuropas regeln und fördern. Zu diesem Zweck bot die NATO den Mitgliedern des NATO-Kooperationsrates u.a. im Januar 1994 eine "Partnerschaft für den Frieden" an. Im Mai 1997 ging der NAKR in den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) über. Der EAPR umfasst mittlerweile 44 Staaten, die offizielle Vertretungen bei der NATO unter der Leitung eines Botschafters eingerichtet haben. Die 44 Mitglieder des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates sind: Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Mazedonien, Moldawien, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Österreich, Tadschikistan, Tschechien, Türkei, Turkmenistan, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Ukraine, Ungarn, USA, Usbekistan, Weißrussland.

Dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat kommt offiziell die Funktion zu, über Diskussion und Kooperation die Reformprozesse in Osteuropa zu fördern, die Staaten Osteuropas an die NATO zu binden, ohne aber gleichzeitig eine sicherheitspolitische Garantie seitens der NATO für eben diese Staaten in einem vertragsrechtlichen Sinne

zu geben. Gleiches gilt auch für die Kooperationsgruppe Mittelmeer (Mediterranean Cooperation Group/MCG), die im Juli 1997 gegründet wurde. Diese Gruppe soll den zwei Jahre zuvor auf den Weg gebrachten Dialog mit sechs nicht der NATO angehörigen Staaten des Mittelmeerraumes (Mauretanien, Marokko, Tunesien, Ägypten, Israel, Jordanien) fortführen und stärken. Ähnliche Funktionen muss schließlich auch dem im Mai 1997 etablierten ständigen NATO-Russland-Rat und der NATO-Ukraine-Kommission zugesprochen werden. In beiden Organen diskutieren die NATO-Mitglieder regelmäßig spezifische Fragen mit den russischen bzw. ukrainischen Vertretern. De facto geht die Teilhabe dieser beiden großen Staaten an der NATO aber über die Konsultation, d.h. letztendlich Information, nicht hinaus.

Mitte der 90er Jahre begann sich die NATO auch formal für neue Mitglieder aus Mittel-Ost-Europa zu öffnen. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid am 8./9. Juli 1997 wurden Polen, Tschechien und Ungarn zum Beitritt eingeladen. Am 12. März 1999 wurde der Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO offiziell vollzogen. Zugleich bekräftigte das Bündnis, auch künftig für weitere Mitglieder offen zu bleiben.

Bis zur Öffnung nach Osten erstreckte sich der geographische Geltungsbereich auf die Territorien der 16 Bündnispartner Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, die Türkei und die USA. Er umfasste ferner auch die der Gebietshoheit einer der Vertragsstaaten unterstehenden Inseln des Atlantischen Ozeans nördlich des Wendekreises des Krebses sowie die Schiffe und Flugzeuge der Bündnismitglieder in diesem Gebiet. Mit der deutschen Vereinigung im Oktober 1990 erweiterte sich das NATO-Hoheitsgebiet um das Territorium der ehemaligen DDR. Allerdings schließt der "Zwei-plus-Vier-Vertrag" vom 12. September 1990 aus, dass NATO-Truppen auf dem Gebiet der neuen Bundesländer stationiert werden können. Mit dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns schließlich umfasst das NATO-Gebiet seit 1999 auch das Territorium dieser Länder des vormaligen Warschauer Paktes.

Die NATO-Strategie 1949 – 1989: Massive Vergeltung, Abschreckung, Vorneverteidigung

Mitte der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre praktizierte die NATO die Strategie der "massiven Vergeltung" (massive retaliation). Diese Strategie ging von der Existenz eines strategisch unverwundbaren US-Nuklearpotentials aus, das jeden potentiellen Gegner (in der Realität: die damalige UdSSR und ihre Verbündeten) abschrecken sollte.

Mit dem Verlust des amerikanischen Kernwaffenmonopols und dem Nach- bzw. Gleichziehen der Sowjetunion in der strategischen Waffenentwicklung änderten die USA ab 1962 ihre Strategie. Spätestens seit 1967 ließen sich Doktrin und Strategie der NATO mit den Begriffen "Abschreckung", "flexible response" und "Vorneverteidigung" zusammenfassen.

Im Mittelpunkt der als Kriegsverhütungsstrategie bezeichneten Doktrin der NATO stand nunmehr für die folgenden Jahrzehnte die "Abschreckung". Danach sollten die Bündnisstaaten – für einen Angreifer evident – fähig und willens sein, sich gemeinsam nicht nur zu verteidigen. Vielmehr sollte das Risiko eines Angriffskrieges für den Aggressor unkalkulierbar, oder besser ausgedrückt: kalkuliert untragbar sein. Mögliche Erfolge des Angreifers durften in keinem tragbaren Verhältnis zu seinen Verlusten und Schäden stehen.

Diesem Ziel der Kriegsverhütung durch Abschreckung sollte die Strategie der flexible response, der "flexiblen Reaktion", dienen. Sie wiederum gliederte sich in drei militärische Reaktionsarten, deren Durchführung je nach Lage nacheinander oder gleichzeitig als möglich angesehen wurden: die "Direktverteidigung", die "vorbedachte Eskalation", die "Allgemeine Nukleare Reaktion".

Wegen der Disparitäten in den Streitkräften (angebliche oder tatsächliche konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes), ferner wegen der geostrategischen Asymmetrien (Landmacht Sowjetunion/Seemacht USA) und schließlich wegen der geringen Tiefe des Raumes in Mitteleuropa wurde das Prinzip der "Vornever-

teidigung" als ein, wenn nicht sogar als das Kernstück des sicherheitspolitischen Konzepts der NATO und ihrer Strategie angesehen. Als Grundsatz verlangte die Vorverteidigung die grenznahe zusammenhängende Verteidigung mit dem Ziel, möglichst wenig Gebiet zu verlieren.

Als Frontstaat zwischen Ost und West kam der Bundesrepublik Deutschland im Kalkül von Abschreckung und Vorverteidigung sowohl strategisch als auch operativ die entscheidende Rolle zu. Zu den Folgen gehörte die Aufstellung einer Bundeswehr in einem Umfang von ca. 500.000 Soldaten. Ferner gehörte zu den Folgen die Stationierung von weiteren Streitkräften ausländischer Bündnispartner auf bundesdeutschem Boden in einem ähnlich hohen Gesamtumfang. Zu Beginn des Jahres 1990, d.h. zu Ende des Ost-West-Konfliktes, standen allein im geteilten Deutschland beiderseits der Grenze ca. 1,5 Millionen Soldaten unter Waffen. Zu ihrer Ausrüstung gehörten u.a. ca. 13.000 Panzer, 8.000 Artilleriegeräte, 1.100 Kampfhubschrauber, ca. 1.200 Kampfflugzeuge usw., von den Nuklearwaffen ganz zu schweigen. Nirgendwo auf der Welt sonst existierte jemals zuvor oder danach eine solche – nahezu unvorstellbare – Zusammenballung von Destruktionspotential. Nirgendwo sonst hätte die "Vorverteidigung" im Falle des Ausbruchs eines Krieges so verheerende Wirkung hervorgeufen wie auf deutschem Territorium.

Die Verteidigung der Bundesrepublik, solchermaßen verstanden als Vorverteidigung des Bündnisses, verlangte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zweifelsohne die Inanspruchnahme der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Ohne sie wäre die Bundeswehr im genannten Umfang weder personell noch finanziell möglich gewesen. Seit Bestehen der Wehrpflicht wurden deshalb weit über sieben Millionen junge Männer eingezogen. Zu den großen und makaberen Paradoxien des Abschreckungssystems der vergangenen Jahrzehnte gehört es allerdings, dass Bundeswehr und allgemeine Wehrpflicht im Ernstfall gerade zur Vernichtung dessen beigetragen hätten, was zu verteidigen ihre wehrpolitische als auch verfassungsrechtliche Aufgabe war.

Ob die Abschreckung in den vergangenen Jahrzehnten tatsächlich ihre Aufgabe erfüllt,

d.h. kriegsverhütend gewirkt hat, ist nicht unbestritten, mag aber dahingestellt bleiben. In jedem Fall darf nicht übersehen werden, dass sowohl zu den Voraussetzungen als auch zu den Nebenfolgen des Ost-West-Abschreckungssystems der vergangenen Jahre eine Reihe destabilisierender Faktoren und Mechanismen gehörte, darunter z.B.

- die Identifizierung des potentiellen Gegners als tatsächlichen Feind,
- die ständige Vorbereitung auf den schlimmsten Fall (worst case),
- die irrationale Drohung mit der Vernichtung des Gegners unter Inkaufnahme der letztendlichen Selbstvernichtung,
- die Schaffung von (vermeintlicher) Sicherheit unter Inkaufnahme von Unsicherheitsgefühlen und Bedrohungswahrnehmungen auf der gegnerischen Seite (Sicherheitsdilemma),
- die Reproduktion von Instabilitäten durch die Versuche der Bewältigung eben dieser Instabilitäten über die laufende numerische Erweiterung und qualitative Perfektionierung bzw. Modernisierung der militärischen Offensivmittel.

Nicht anders ist am Ende des Ost-West-Abschreckungssystems 1989/90 die ungeheure Zusammenballung von Destruktionsmitteln in NATO und (vormaliger) WVO, darunter ca. 100.000 Panzer, 12.000 Kampfflugzeuge und 10 bis 11 Millionen Soldaten, denkbar; nicht anders ist auch die vielfache Übertötungskapazität (overkill) von 50.000 bis 60.000 nuklearen Gefechtsköpfen "begreifbar"; und nicht anders schließlich ist die irrationale Summe der Weltrüstungsausgaben von wahrscheinlich 1.000 bis 1.200 Milliarden US-Dollar pro Jahr "erklärbar".

Vor dem Hintergrund dieser Analyse ist es kein Zufall, wenn die NATO-Strategie spätestens seit Beginn der achtziger Jahre in eine zunehmende Glaubwürdigkeitskrise geriet: Die Debatten um die sogenannte "Nachrüstung" oder um den "Krieg der Sterne" (Strategic Defense Initiative/SDI) sind hierfür ebenso bezeichnend wie die Diskussionen um durchaus gegenläufige Vorschläge zur Veränderung der NATO-Strategie. Zu nennen sind hier insbesondere der Vorschlag von der Vorverteidigung zur Vorwärtsverteidigung überzugehen (Rogers-Plan) oder die

vielfältigen Modelle und Vorschläge im Rahmen der Diskussionen um Strukturelle Angriffsunfähigkeit/Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit bzw. um die strukturelle Kriegsführungsunfähigkeit hoch-industrialisierter Staaten.

Die NATO 1989 – 2000: Auf dem Weg zu einer neuen Doktrin der unmandatierten Krisenintervention?

Weniger die Diskussionen um die Veränderungen der bis dato vorherrschenden NATO-Strategie als vielmehr die Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa in den Jahren 1989/90 führten am 7./8. November 1991 zur Verabschiedung eines neuen "Strategischen Konzeptes des Bündnisses" auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten in Rom. Dieses strategische Konzept, das auch – anders noch als die "flexible Reaktion" – von Frankreich mitgetragen wurde, kann als Abkehr von der Bipolarität einerseits und einer allumfassenden Bedrohungswahrnehmung andererseits bezeichnet werden. Das Territorium der NATO-Staaten wird nunmehr nur noch als an der Peripherie gefährdet angesehen. Insbesondere auch Deutschland wird "als von Freunden umzingelt" bezeichnet. Als grundlegende Prinzipien der eigenen Doktrin sollen künftig – so der Diskussionsstand zu Beginn der 90er Jahre – eine rein defensive Ausrüstung sowie die Hinlänglichkeit des Militärpotentials gelten. Die seit dem "Harmel-Bericht" von 1967 geltenden Pfeiler von Abschreckung und Entspannung bzw. Verteidigung und Dialog sollen nunmehr um einen dritten Pfeiler, den der Kooperation, erweitert werden. Zunehmend will sich die NATO als ein eher politisches Bündnis verstehen, das der Überwindung der Teilung Europas und der Herstellung gleicher Sicherheit dient.

Zusammen mit anderen Einrichtungen, insbesondere der OSZE, aber auch den Vereinten Nationen, soll in den 90er Jahren eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa geschaffen werden. Dazu gehört auch die Bereitschaft der NATO, Friedensmissionen im Auftrag der OSZE bzw. der Vereinten Nationen durchzuführen. Neben der Fähigkeit zur Bündnisverteidigung –

die angesichts der veränderten Bedrohungslage immer mehr in den Hintergrund tritt – sollen die Streitkräfte der NATO-Staaten deshalb auch die Fähigkeit zur schnellen Krisen- und Konfliktbewältigung besitzen. In der Folge werden zwei unterschiedliche Arten von Streitkräften geschaffen: zum einen die immer noch als Hauptverteidigungskräfte bezeichneten Kontingente, die aber in ihrer Einsatzbereitschaft herabgesetzt sind und erst nach einer längeren Vorbebreitungszeit zur Bündnisverteidigung genutzt werden können. Zum anderen die zwar zahlenmäßig kleineren Krisenreaktionskräfte, die aber aufgrund ihrer erhöhten Mobilität und Flexibilität sowie gestärkten Einsatzbereitschaft zur Krisen- und Konfliktbewältigung vorgesehen sind.

Um es den europäischen NATO-Staaten zu ermöglichen, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Stabilität in Europa auch ohne die USA, aber unter Nutzung des Materials und der Logistik des Bündnisses durchzuführen, wurde ferner im Juni 1996 auf der Berliner NATO-Ratstagung das Konzept der "Combined Joint Task Forces" verabschiedet. Mit diesem sogenannten CJTF-Konzept soll es den NATO-Partnern ermöglicht werden, mit unterschiedlicher Beteiligung militärische Operationen durchzuführen. Diese Operationen können auch Maßnahmen und Aktivitäten jenseits der sogenannten Artikel-5-Verpflichtung, d.h. der Landes- und Bündnisverteidigung, sein. Sie können ferner auch außerhalb des NATO-Bündnisgebietes durchgeführt werden, und sie können Streitkräfte der Allianzpartner sowohl unter dem Kommando der NATO als auch unter dem Kommando der WEU sein.

Die Westeuropäische Union (WEU) hatte entsprechend bereits 1992 die sogenannte Petersberg-Erklärung des Ministerrats gefasst. Diese Erklärung legt fest, dass militärische Einheiten "auch für folgende Zwecke eingesetzt werden: humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben, Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens".

Mit dem CJTF-Konzept soll schließlich auch Nichtmitgliedern der NATO, insbesondere im Rahmen der "Partnerschaft für den Frieden" die Möglichkeit eröffnet werden, sich aktiv an

militärischen Maßnahmen der Allianz zu beteiligen.

Die Entwicklung des strategischen Konzepts der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes fand ihren vorläufigen Höhepunkt und Abschluss im Rahmen des Gipfeltreffens aus Anlass des fünfzigjährigen Bestehens am 24./25. April 1999 in Washington. Dem Gipfeltreffen vorausgegangen war die Diskussion einer Reihe kontroverser Positionen, darunter die Frage der Erforderlichkeit eines Mandates der Vereinten Nationen als Voraussetzung für eventuelle Einsätze der NATO – eine Frage, die bislang stets bejaht wurde. Zu den Streitpunkten gehörte aber auch der Katalog der zukünftigen Aufgaben der NATO, der insbesondere nach Ansicht der USA weit über die bisherige Landesverteidigung gemäß Artikel 5 hinausgehen und auch die Interessensicherung außerhalb des NATO-Gebietes mit umschließen sollte. Nicht zuletzt stand schließlich auch die künftige Rolle der Atomwaffen und ihres Ersteinsatzes zur Debatte.

Entgegen ihrer bis dato stets nachdrücklich vertretenen Auffassung führte die NATO zur Verhütung einer "humanitären Katastrophe" im Frühjahr 1999 einen von den Vereinten Nationen nicht mandatierten Luftkrieg gegen Jugoslawien. War in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch nicht entschieden, ob die NATO den Weg eines "bloßen" politischen Bündnisses gehen würde, so kann es spätestens seit dem Beginn des Kosovo-Krieges der NATO am 24. März 1999 und der Verabschiedung des neuen strategischen Konzeptes im Rahmen des Gipfeltreffens aus Anlass des fünfzigjährigen Bestehens am 24./25. April 1999 in Washington keinen Zweifel mehr darüber geben, dass die NATO auch weiterhin, wenn nicht sogar in erster Linie Militärmacht ist.

Sicherlich mit Blick auf den zu diesem Zeitpunkt noch immer andauernden Luftkrieg gegen Serbien wurde das neue strategische Konzept der NATO am 23./24. April 1999 in Washington schließlich als ein Konsenspapier verabschiedet, in dem die neuen Aufgaben und Instrumente der NATO lediglich in allgemeiner Form beschrieben werden, d.h. wegen mangelnder Präzision für Interpretationen zugänglich sind.

Gleichwohl macht das neue strategische Konzept der NATO durch verschiedene Formulierungen hinreichend deutlich, dass zur klassischen Kernfunktion der Bündnisverteidigung in Zukunft auch andere Aufgaben der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung treten werden, "einschließlich der Möglichkeit der Durchführung von nicht unter Artikel 5 fallenden Krisenreaktionseinsätzen". Was die Mandatierung dieser Krisenreaktionseinsätze angeht, so lässt sich im Dokument keine Formulierung *expressis verbis* finden – nicht in Richtung Selbstmandatierung, aber eben auch nicht mehr – wie bislang – die zwingende Beachtung der Mandatierung durch die Vereinten Nationen.

Ergänzt und bestätigt wird diese Tendenz der NATO – weg von der Landes- und Bündnisverteidigung hin zur Krisenintervention – auch und gerade durch Beschlüsse der europäischen NATO-Partner: Auf dem Gipfel der Europäischen Rates der EU in Köln am 4. Juni 1999 wurde der "Ausbau von wirksamen europäischen militärischen Fähigkeiten" und die "Umstrukturierung der europäischen Verteidigungsindustrien mit dem Ziel einer engeren und effizienteren Zusammenarbeit" beschlossen. Im Rahmen des EU-Gipfels von Helsinki am 10./11. Dezember 1999 einigten sich die Staats- und Regierungschefs ferner, bis zum Jahr 2003 eine Schnelle Eingreiftruppe von bis zu 60.000 Soldaten aufzustellen – für Aufgaben jenseits der Landesverteidigung, wie sie in der Petersberg-Erklärung von 1992 festgehalten wurden.

Die NATO 2000 – Ein militärischer Koloss

Die Militärausgaben der NATO-Mitgliedstaaten belaufen sich Ende des 20. Jahrhunderts nach Angaben der Allianz auf ca. 470 Milliarden US-Dollar. Zählt man die Ausgaben der drei neuen Mitglieder Polen, Tschechien und Ungarn hinzu und bezieht auch die Investitionspläne insbesondere der USA mit ein, so kann davon ausgegangen werden, dass die NATO gegenwärtig für Militär und Rüstung bis zu 500 Milliarden US-Dollar jährlich aufbringt. Damit tragen die 19 Staaten der NATO etwa vier bis fünf Achtel der

gesamten Weltmilitärausgaben von etwa 190 Staaten. Zum Vergleich: Russland soll für 1999 einen Militärhaushalt von ca. 20 bis 40 Milliarden US-Dollar vorgesehen haben.

Die Anzahl der NATO-Soldaten hat sich im Zeitraum von 1985 bis Ende des Jahrhunderts von 5,4 Millionen Soldaten auf ca. 4 Millionen Soldaten verringert. Der Anteil der USA an diesem Streitkräftebestand beläuft sich auf ca. 1,5 Millionen Soldaten, derjenige der europäischen NATO-Staaten auf ca. 2,5 Millionen Soldaten. Die Gesamtzahl der europäischen Nicht-NATO-Staaten beläuft sich Ende der 90er Jahre auf ca. 1,85 Millionen Soldaten, die Zahl der russischen Soldaten wird mit 1,2 Millionen Personen angegeben, beläuft sich aber eher auf weniger als eine Million Soldaten.

Die überwiegende Mehrheit der europäischen Nicht-NATO-Staaten sind der Allianz in vielfältiger Weise verbunden bzw. assoziiert. Selbst wenn man also fortfahren würde, eine Bedrohung der NATO durch den größten europäischen Nicht-NATO-Staat, Russland, anzunehmen – ein Widerspruch zur NATO-Russland-Akte von 1998 – so muss doch von einem Kräfteverhältnis zugunsten der NATO bzw. Westeuropas in einer Relation von drei zu eins bis fünf zu eins ausgegangen werden.

Ein ähnliches Verhältnis gilt auch für die Großwaffensysteme in Europa – Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artilleriewaffen, Kampfflugzeuge und Angriffshubschrauber –, deren Bestände durch den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) vom 19. November 1990 begrenzt werden. Nicht nur, dass der KSE-Vertrag für den östlichen Militärpakt 1990 eine doppelt so hohe Reduzierungsverpflichtung vorsah, bei Vertragsunterzeichnung hatte vielmehr einer der Teilnehmerstaaten aufgehört zu existieren, und der Warschauer Pakt bestand nur noch auf dem Papier. Als der Vertrag 1992 in Kraft trat, gab es ferner den Warschauer Pakt und die Sowjetunion nicht mehr, dafür aber acht neue Teilnehmerstaaten. Mittlerweile sind drei der ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes in die NATO aufgenommen worden. Die meisten der übrigen Staaten streben ebenfalls in die NATO oder sind mit ihr auf andere Weise verbunden.

Trotz ihrer konventionellen Überlegenheit und auch im Gegensatz zu ersten Ankündigungen des Londoner Gipfels von 1990 behält sich die NATO gegenwärtig den Ersteinsatz von Nuklearwaffen weiterhin vor. Nach wie vor will die Allianz – so die Doktrin – einen möglichen Angreifer darüber im Ungewissen lassen, wie die NATO auf einen militärischen Angriff reagieren würde. Allerdings beschloss die Nukleare Planungsgruppe im Oktober 1991 die Vernichtung von etwa 80 Prozent ihres Atomwaffenpotentials. Auch haben die NATO-Verteidigungsminister in Gleneagles im Dezember 1992 die bis dahin gültige Einsatzplanung von Atomwaffen außer Kraft gesetzt und damit auch Deutschland als Territorium aus der atomaren Zielplanung weitgehend herausgenommen.

Nach der erfolgreichen Durchführung des INF-Vertrages und der Vernichtung der Kurz- und Mittelstreckenraketen in und für Europa hielt die NATO bis vor kurzem in Europa noch etwa 700 luftgestützte Nuklearwaffen vor. Sie sollen abgezogen werden. Auch auf der strategischen Ebene sollen nach Ratifizierung des START-II-Vertrages die strategischen Atomwaffen der beiden nuklearen Supermächte USA und Russland erheblich, d.h. auf eine Obergrenze von jeweils 3.000 bis 3.500 nukleare Gefechtsköpfe reduziert werden. Ein nachfolgender START-III-Vertrag soll dann das strategische Atomwaffenpotential der beiden Nuklearmächte auf eine Obergrenze von 2.000 bzw. 2.500 Sprengköpfe reduzieren. Allerdings werden in den Verhandlungen der Atommächte Tausende nicht-dislozierte Gefechtsköpfe nicht mitgezählt. Ähnliches gilt auch für das Vorhalten waffenfähigen Materials für Sprengköpfe in einem nicht unerheblichen Umfang. Diskussionen über die Einführung von Raketenabwehrsystemen bzw. die einseitige Nichtfortführung des Raketenabwehrvertrages (ABM-Vertrag) vom 26. Mai 1972 durch die USA sowie das Scheitern des TEST-BAN-Abkommens am 15. Oktober 1999 im US-Senat illustrieren, welche gewichtige Rolle Atomwaffen noch immer im Militärdispositiv der NATO, insbesondere der USA, spielen.

Die NATO und/oder ein System der Kollektiven Sicherheit?

Zu den Paradoxien des gegenwärtigen Sicherheitssystems gehört, dass in den Jahren nach 1989/90 die Jahrhundertchance bestand und auch heute noch besteht, eine stabile und dauerhafte Friedens- und Sicherheitsordnung in und für Europa im Sinne eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit zu schaffen, wie es Kapitel VIII der UN-Charta, aber auch Artikel 24 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vorsehen. Diese Chance wurde bislang nicht genutzt.

Mit der revolutionären Wende von 1989/90 sind zwar Ost-West-Gegensatz und Abschreckungssystem beseitigt bzw. verschwunden. Mehr als zehn Jahre nach der Zeitenwende ist die Gestalt der künftigen Sicherheitsordnung Europas aber noch immer nicht geklärt, geschweige denn die Ordnung selbst gebaut. Die Folgen sind Kriege und gewaltsame Konflikte – auch mitten in Europa – mit Hunderttausenden von Toten, Verwundeten und Flüchtlingen.

Auch nach dem Ende des Abschreckungssystems und nach der Auflösung des Warschauer Paktes sind für Europa so wichtige Staaten wie insbesondere Großbritannien und die USA weit davon entfernt, Souveränitätsabstriche zugunsten einer effektiven und funktionierenden Sicherheitsordnung hinzunehmen. "Jugoslawien" ist eine der Folgen, nicht die Ursache dieser Realität.

1990 noch haben die damaligen Außenminister Eduard Schewardnadse und Jiri Dienstbier vorgeschlagen, die KSZE zu einem System Kollektiver Sicherheit auszubauen. Die Eigendynamik der Tagespolitik und die Selbsterhaltungskraft insbesondere der militärischen Bürokratien, Apparate und Organisationen des Westens waren und sind bis heute stärker. Flankiert wurden sie – und mag es noch so zynisch klingen – durch das barbarische Morden im vormaligen Jugoslawien. Dieses beendete sowohl die Phase der Suche nach neuen Funktionen für die NATO nach der Auflösung des Warschauer Paktes als auch die Orientierungslosigkeit der Streitkräfte nach dem "Verlust des

Feindes" im Osten. Der Krieg in Bosnien-Herzegowina dagegen fand erst ein Ende, als die Kriegstreiber ihre Kriegsziele mehr oder weniger erreicht hatten.

Auf dem Madrider Gipfel vom 7. und 8. Juli 1997 hat die NATO beschlossen, sich nach Osten auszudehnen. Für sich genommen, kann die Fortführung der NATO, verbunden mit ihrer Osterweiterung positive Funktionen erfüllen. Genannt werden immer wieder die Demokratisierung der jeweiligen Länder und ihre Heranführung an Europa. Diese Aussagen sind richtig, wenn und soweit die Fortführung der NATO alternativlos ist. Gemessen an der Jahrhundertchance nach dem Epochenbruch von 1989/90 ist die bloße Fortführung der NATO gleichwohl ungenügend. Militärbündnisse wie die Nordatlantik-Vertragsorganisation (NATO) oder die Westeuropäische Union (WEU) umschließen – mit oder ohne Osterweiterung – immer nur einen Teil des europäischen Kontinents. Sie führen die Spaltung Europas in sichere und unsichere, stabile und instabile Zonen fort. Konflikte außerhalb ihrer Grenzen können sie nicht präventiv bearbeiten, wie das Beispiel des vormaligen Jugoslawien zeigt. Aber selbst Probleme zwischen den Partnern sind von Militärbündnissen kaum in den Griff zu bekommen, wie der Ägäis-Konflikt zwischen Türkei und Griechenland oder der seit Jahrzehnten fortdauernde Zypern-Konflikt illustrieren. Militärbündnisse sind dafür weder geschaffen noch ausgelegt. Darüber hinaus sind sie selbst ein latenter Faktor für Isolierungs- oder gar Bedrohungswahrnehmungen der von der Mitgliedschaft ausgeschlossenen Staaten. Gegen-Bündnisse, Rüstungseskalationen und Abschreckungsdenken können die Folge sein. Und wie die Realität zeigt: immer wieder Krieg. Ein System kollektiver Verteidigung kann ein System kollektiver Sicherheit nicht ersetzen. Es genügt auch nicht, wie es das Bundesverfassungsgericht in einer paradoxen Fehlentscheidung vom 12. Juli 1994 getan hat, die NATO einfach in ein System kollektiver Sicherheit umzudeklariieren.

Positiv formuliert heißt diese Kritik: Wer das obiter dictum des Bundesverfassungsgerichtes als Auftrag versteht, wer die Pariser Charta von 1990 und die ihr nachfolgenden Diskussionen

ernst nimmt, wer schließlich den Epochenbruch von 1989 als einmalige Chance für Europa begreift, muss für Europa mehr wollen als das NATO-Europa in der bisherigen Form. Dies schließt eine Rolle für die NATO im Gesamtgefüge einer auf Dauer stabilen Sicherheitsordnung in und für Europa keineswegs aus. Dies heißt auch nicht, dass die NATO ihre bisherige Rolle mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen aufgeben oder verlieren muss. Doch darf Friedenserzwingung mit militärischen Mitteln nicht – mit einer für Europa so dringend erforderlichen – vorbeugenden und zivilen Friedenspolitik im Rahmen einer funktionierenden und effektiven Friedensordnung verwechselt werden.

Weiterführende Literatur

- International Institute for Strategic Studies (IISS): The Military Balance, London, jährlich.
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI): SIPRI Yearbook, Stockholm, jährlich.
- Friedensgutachten, herausgegeben von IFSH/HSFK/FEST, Hamburg/Münster, jährlich.
- NATO-Presse- und Informationsamt: NATO-Handbuch, Brüssel, jährlich.
- OSZE-Jahrbuch, herausgegeben vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Baden-Baden, jährlich. (Fortlaufend aktualisierte Informationen über die Arbeit am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/ifsh>)
- Varwick, Johannes/Woyke, Wichard: NATO 2000 – Transatlantische Sicherheit im Wandel, Opladen 1999.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg: Sicherheit in einem ungeteilten Europa. Die NATO-Osterweiterung als Chance nutzen, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 20/1997.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH): Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Bonn 1995.
- Loquai, Heinz: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000.
- Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg. Rechtliche und rechtsethische Aspekte, Baden-Baden 1999/2000.
- Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Der Krieg im Kosovo und das Versagen der Politik. Beiträge aus dem IFSH, Baden-Baden 2000.
- Lutz, Dieter S./Tudyka, Kurt P. (Hrsg.): Perspektiven und Defizite der OSZE, Baden-Baden 1999/2000.
- Die NATO. Eine Allianz im Wandel, BMVg (http://www.bundeswehr.de/sicherheitspolitik/buendnisse/nato50/wandel_01.htm).

Zivile Konfliktbearbeitung statt militärischer Aufrüstung

"Die Europäische Union antwortet auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft mit der Einrichtung einer 50.000 bis 60.000 Mann starken Eingreiftruppe, von der niemand weiß, wo sie denn konkret eingreifen soll. ... Wäre eine friedliche Lösung des Kosovo-Konflikts gelungen, wäre der Bevölkerung viel Leid erspart geblieben, und man hätte enorme finanzielle Mittel eingespart. Damit bestätigt sich eine allgemeine Erkenntnis: Krieg ist zumeist nicht nur die grausamste, sondern auch die teuerste Konfliktlösung. Wichtig wäre es daher, Konfliktprävention und friedliches Krisenmanagement gleichgewichtig neben die traditionelle Militärpolitik in eine sicherheitspolitische Gesamtkonzeption zu setzen und dies auch umzusetzen. ... Die notwendigen Finanzmittel sind im Vergleich zur militärischen Sicherheitspolitik marginal. Mit einem Prozent der Verteidigungsausgaben wäre der Bereich der friedlichen Konfliktlösung großzügig ausgestattet. Deutschland könnte so auf diesem Gebiet auch Vorbild für andere Länder sein und innerhalb der EU eine Vorreiterrolle übernehmen."

Heinz Loquai: Der Kosovo-Konflikt. Wege in einen vermeidbaren Krieg. Baden-Baden 2000, S. 165–166.

Finanzkrisen als Nährboden der Gewalt

"In Jugoslawien entstand aus einem ursprünglich finanziellen Problem in den späten 80er Jahren plötzlich Intoleranz gegenüber 'den anderen'. Sie wurden von einigen nationalistischen Führern als Sündenböcke benutzt, um die Wut der Menschen von sich selbst abzulenken und ihre eigene Machtposition auszubauen. Deshalb sind die 'ethnischen Säuberungen' eine direkte Folge des wirtschaftlichen Reformprogramms, das der IWF Ende der 80er Jahre ins Leben rief, denn es schuf den soziopolitischen Nährboden, auf den die nationalistischen Führer aufbauen konnten. ... Bei der Finanzkrise 1998 in Indonesien kam es innerhalb von wenigen Tagen zu gewalttätigen Ausschreitungen, Plünderungen, Vergewaltigungen und anderen Gewalttaten, die sich alle gegen die chinesische Minderheit richteten."

*Prof. Dr. Bernard Lietaer
Das Geld der Zukunft. München 1999, S. 208–209.*

Helmut Creutz:

Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg

"Wenn der Friede die Frucht der Gerechtigkeit ist, dann ist der Konflikt, die kriegerische Auseinandersetzung, die Frucht der Ungerechtigkeit. Tatsächlich waren fast alle Kriege der letzten Jahrhunderte Wirtschaftskriege."

Adolf Paster¹

Übersicht

1. Einleitung
2. Ungerechtigkeit und Unfrieden in der Geschichte
3. Konjunktur – Krisen – Kriege
Kapitalbildung und -vernichtung
4. Kalter Krieg im Norden und heiße Kriege im Süden
5. Der Mißbrauch der Entwicklungsländer
6. Rüstungsindustrie als Konjunkturstütze
7. Kapitalvernichtung in sogenannten
Reinigungskrisen
8. Die Kriege am Golf
9. Die Balkankriege der 90er Jahre
10. Die Auswirkungen von Währungszerrüttungen
11. Die Hintergründe der westlichen Eingriffe
12. Hindernisse für Abrüstung und Konversion
13. Durch Gerechtigkeit zum Frieden

1. Einleitung

Alle Kriege, zumindest in unseren Zeiten, sind letztlich als Wahnsinn anzusehen. Das gilt in einem ganz besonderen Maße für jene auf dem Balkan, deren Voraussage in den 80er Jahren und auch noch unmittelbar nach der Wende in Mittel- und Osteuropa nur Kopfschütteln ausgelöst hätte.

Wie aber kommt es heute noch zu solchen barbarischen Auseinandersetzungen in einer sich als zivilisiert bezeichnenden Welt? Wie kann es geschehen, dass Menschen, die über Jahrzehnte friedlich zusammengelebt haben, auf einmal einander Gewalt antun? Wie kam es zu jener

mehr als zehn Jahre dauernden jugoslawischen Tragödie?

Geht man diesen Fragen intensiver nach, dann stellt sich heraus, dass dieses Blutvergießen keinesfalls nur eine Folge der dortigen ethnischen Gegebenheiten war. Auch mit der wechselvollen Geschichte dieses Landes hat es nur bedingt zu tun. Vielmehr hängt es entscheidend mit bestimmten ökonomischen und monetären Gegebenheiten und Fehlentwicklungen zusammen, die auch in früheren Zeiten und an anderen Orten zu Bürgerkriegen oder grenzüberschreitenden gewaltsamen Auseinandersetzungen führten.

Bevor wir uns mit diesen speziellen Gegebenheiten in Jugoslawien näher befassen, sollen darum einige Gedanken zu den angesprochenen wirtschaftlichen Gründen für Frieden oder Krieg vorausgeschickt werden.

2. Ungerechtigkeit und Unfrieden in der Geschichte

So weit wir wissen, war das Auf und Ab der Kulturen und Epochen immer wieder von Kriegen begleitet. Liest man manche Geschichtsbücher, dann scheint die Entwicklung der Menschheit oft nur aus einer Kette von Kriegen zu bestehen, von Kriegen, bei denen es vor allem um die Eroberung von Land und Bodenschätzen ging, um die Beherrschung wichtiger Handelswege und ganzer Völker. Verständlich, dass die Humanisten und Aufklärer der beginnenden Neuzeit immer wieder die große Hoffnung formulierten, dass fortan alle Menschen durch den technischen Fortschritt zu Wohlstand gelangen und im "ewigen Frieden" (Kant) miteinander leben könnten. Und die Klassiker des Liberalismus entwickelten die dazu passende Vorstellung von einem ökonomischen Interessenausgleich zwischen den Individuen auf freien Märkten. Bei ihrem Modell einer Marktwirtschaft versäumten Adam Smith und die anderen liberalen Klassiker aber darauf

zu achten, dass allen Menschen der Boden und seine Schätze zu gleichen Bedingungen zugänglich werden. Und indem sie das Geld als ein bloß neutrales Tauschmittel betrachteten, übersehen sie, dass mit dem Geld auch eine strukturelle Macht verbunden ist, die auf den Märkten die Menschen immer wieder in Ärmere und Reichere spaltet.

Während sich aufgrund dieser Gegebenheiten in wenigen Händen große Geld- und Sachkapitalvermögen akkumulierten, vor allem durch die Wirkungen von Zins und Zinseszins, entstand im 19. Jahrhundert auf der anderen Seite ein armes Industrieproletariat. Trotz vielfältiger technischer Arbeitserleichterungen, die hundert Jahre vorher kaum vorstellbar waren, kam es zu keiner allgemeinen Ausbreitung des neuzeitlichen Wohlstands. Neben der wachsenden Kluft zwischen Reichtum und Armut wiederholten sich immer wieder Krisen und Konjunkturerbrüche, deren Folgen überwiegend von der Mehrheit der abhängig Beschäftigten zu tragen waren.

Zu solchen Einbrüchen kam es vor allem dann, wenn sich während der Hochkonjunkturphasen so viel Kapital gebildet hatte, dass sich infolge sinkender Zinsen seine Verwertungsmöglichkeiten verschlechterten. Die Folge waren sogenannte Reinigungs- oder Gesundschumpfungskrisen, die zu einer partiellen oder breiteren Vernichtung von Kapital bzw. zumindest einer deutlichen Unterbrechung der Kapitalbildung führten. Damit konnten die Zinsen wieder steigen und die Konjunkturzyklen von neuem beginnen – bis zur nächsten Krise. Doch nicht nur durch die allgemeinen Wirtschaftskrisen und zivilen Kapitalvernichtungen wurde immer wieder Raum für neue Investitionen und Geldanlagen geschaffen, sondern auch durch marktfremde Güterproduktionen wie vor allem die Rüstung und noch mehr natürlich durch kriegerische Zerstörungen.

Eine andere Möglichkeit, Raum für neue Investitionen zu schaffen, war die Herrschaftsausweitung der europäischen Länder auf die übrige Welt, vor allem im Zuge kolonialer Eroberungen in Übersee, die gleichzeitig mit der Ausnutzung billiger Rohstoffquellen und Arbeitskräfte sowie der Ausweitung der Absatz- und Wachstumsmärkte verbunden war.

3. Konjunkturen – Krisen – Kriege Kapitalbildung und Kapitalvernichtung

Für diese vorbeschriebene Kette zinsbedingter Krisenzeiten mag ein Artikel Zeugnis geben, der im Dezember 1988 von der deutschen Kundenzeitschrift "Sparkasse" veröffentlicht wurde, und zwar als Nachdruck eines Beitrags aus der gleichnamigen Zeitschrift des Sparkassenverbandes aus dem Jahre 1891(!) Dieser also vor mehr als einhundert Jahren geschriebene Artikel befasste sich mit dem Trend sinkender Zinsen gegen Ende des 19. Jahrhunderts und seinen Hintergründen, die er wie folgt erklärte:

"Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, daß die besonders rentablen Kapitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben." Und um den damals auf drei Prozent gesunkenen Zinssatz vor einem weiteren Fall zu bewahren, müßten – so hieß es weiter – "... die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Kapitalien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken begegnet werde." Doch da auch das die sinkende Zinsentwicklung nicht umkehren könne, schließt der Artikel aus der Sparkassenzeitung mit folgender inhaltsschwerer Aussage: "Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Kapitalzerstörung, welche er bedeutet."

Dieser Schluß scheint ungeheuerlich! Aber er ist – wie wir wissen – seit 1891 zweimal in Erfüllung gegangen: Zwei "allgemeine europäische Kriege", die man sogar weltweit ausdehnen konnte, haben dem Sinken des Zinsfußes nicht nur jeweils Halt geboten, sondern den Zinsfuß auch erneut auf lukrative Höhen angehoben!

In welchem Maße bei diesen beiden großen Kriegen und den ihnen nachfolgenden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allein für die direkten Kriegskosten Kapital vernichtet wurde, geht aus der folgenden Tabelle hervor.²

Die Kriegskosten im zwanzigsten Jahrhundert

in Milliarden Dollar

Erster Weltkrieg	2.850
Zweiter Weltkrieg	4.000
Korea-Krieg	340
Suez-Krieg	13
Vietnam-Krieg	720
Arabisch-Israelischer Sechs-Tage-Krieg	3
Yom-Kippur-Krieg	21
Afghanistan-Krieg	116
Iran-Irak-Krieg	150
Falkland-Krieg	5
Golf-Krieg	102

Dabei sind in diesen Milliardenbeträgen, angeführt in Werten von 1995, die Ausgaben für den anschließenden Wiederaufbau noch nicht einmal einbezogen. Diese Wiederaufbaukosten schlagen sich dann über Jahre hinweg als positive Größen in den Sozialprodukten der Länder nieder, wobei man die zwangsläufig großen Wachstumsraten des Wiederaufbaus dann stolz als 'Wirtschaftswunder' feiert.

Auf die Zusammenhänge zwischen Krieg und Zinshöhe hat auch der große englische Dichter George Bernhard Shaw während des Zweiten Weltkriegs aufmerksam gemacht: "Ich verabscheue den Krieg und sehe keinen Unterschied an Grauenhaftigkeit zwischen den Bombardierungen Londons, Neapels und Kölns. Sie alle sind abscheulich für mich. Damit stehe ich nicht allein. Alle Kapitalisten, die ich kenne, hassen den Krieg genau so wie ich. Anzunehmen, dass einer von uns wohlüberlegt ein angezündetes Streichholz in ein Pulvermagazin schleudern würde, damit der Zinssatz um zwei oder drei Prozent steigt, ständen in krassestem Widerspruch zur Natur des Menschen und zu den nackten Tatsachen ... Und trotzdem folgt auf zweieinhalb Prozent mit der gleichen Gewißheit Krieg, wie die Nacht dem Tag folgt." ³

Und der schweizerische Theologe Karl Barth hat diese Beziehungen zwischen Zins, Kapital und Gewalt auf folgenden Nenner gebracht: "Wo nicht der Mensch, sondern das zinstragende Kapital der Gegenstand ist, dessen Erhaltung und Mehrung der Sinn und das Ziel der politischen Ordnung ist, da ist der Automatismus schon im Gang, der eines Tages die Menschen zum Töten und Getötetwerden auf die Jagd schicken wird." ⁴

Doch trotz all dieser Erfahrungen und Warnungen blieb das zinstragende Kapital auch nach dem zweiten Weltkrieg weiterhin das 'goldene Kalb', um das sich alles Wirtschaften drehte, auch wenn man manche Rüstung durch andere letztlich fragwürdige Investitionen und Produktionen ersetzen konnte und manche kriegerischen Auseinandersetzungen alten Stils durch ein ständiges Wirtschaftswachstum, das in vielen Fällen zu einen Krieg gegen die Natur ausartete.

4. Kalter Krieg im Norden und heiße Kriege im Süden

Nach den beiden großen Weltkriegen verlagerte sich das Kriegsgeschehen aus dem industrialisierten Norden vor allem in die Länder des 'unterentwickelten' Südens. Das heißt, man folgte dem Rat aus dem Jahr 1891 gleich auf doppelte Weise, indem man diese Länder nicht nur über hohe Verschuldungen mit Industriegütern versorgte, sondern auch noch mit den Rüstungsgütern zur Durchführung von Stellvertreterkriegen, bei denen man gleichzeitig die Qualität neuer Waffen erproben konnte. Doch obwohl man auf diese Weise Europa und die USA kriegsfrei halten konnte, betrieb man während des sogenannten Kalten Krieges zwischen West und Ost eine Aufrüstung, deren Größenordnung alles bislang Dagewesene in den Schatten stellte. Allein ein einzelnes U-Boot der US-Trident-Klasse wurde bereits mit einer Atomraketen-Bestückung ausgerüstet, deren Sprengkraft die der gesamten im letzten Krieg in Europa und Asien eingesetzten weit überstieg. Mit diesem immer wahnsinnigeren und immer teureren Wettrüsten sorgte man nicht nur für lukrative

Kapitalanlagen, sondern zwang schließlich auch den Ostblock in die Knie, der – neben der Versorgung seiner Bevölkerung – das Tempo dieser Aufrüstung nicht mithalten konnte.

Dennoch trafen der westliche Kapitalismus und der östliche Kommunismus nicht nur bei diesem 'Rüstungskrieg' und indirekt bei den Stellvertreterkriegen im Süden aufeinander, sondern auch direkt bereits im Korea-Krieg und in einer bisher kaum bekannten grausamen Realität und Brutalität zum zweiten Mal in Vietnam. Das Ausmaß der dabei angerichteten Schäden an Mensch und Natur, auch an den seelischen der Überlebenden, ist kaum zu ermessen.

Neben den militärischen Formen der Kapitalvernichtung, zu denen auch der ständige Austausch der Waffengenerationen gegen neue und immer kostspieligere zu zählen ist, wurden in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auch verschiedene zivile Formen entwickelt, die Kapitalmärkte tendentiell vom Druck der überschüssigen Geldvermögen auf die Zinsen zu entlasten.

Dies geschah einmal durch eine ständig steigende Verschuldung der Südhalbkugel, mit der gewissermaßen die frühere Ausbeutung durch offene Sklaverei in eine versteckte umgewandelt wurde. Der brasilianische Arbeiterführer Luis Ignacio Silva bezeichnete darum die Auswirkungen der Auslandsschulden einmal als "Dritten Weltkrieg", als "geräuschlos, aber deshalb nicht weniger unheilvollen Krieg ... gegen die gesamte Dritte Welt, ein Krieg um die Auslandsschulden. Seine schärfste Waffe ist der Zinssatz, und sie ist tödlicher als die Atombombe." ⁵

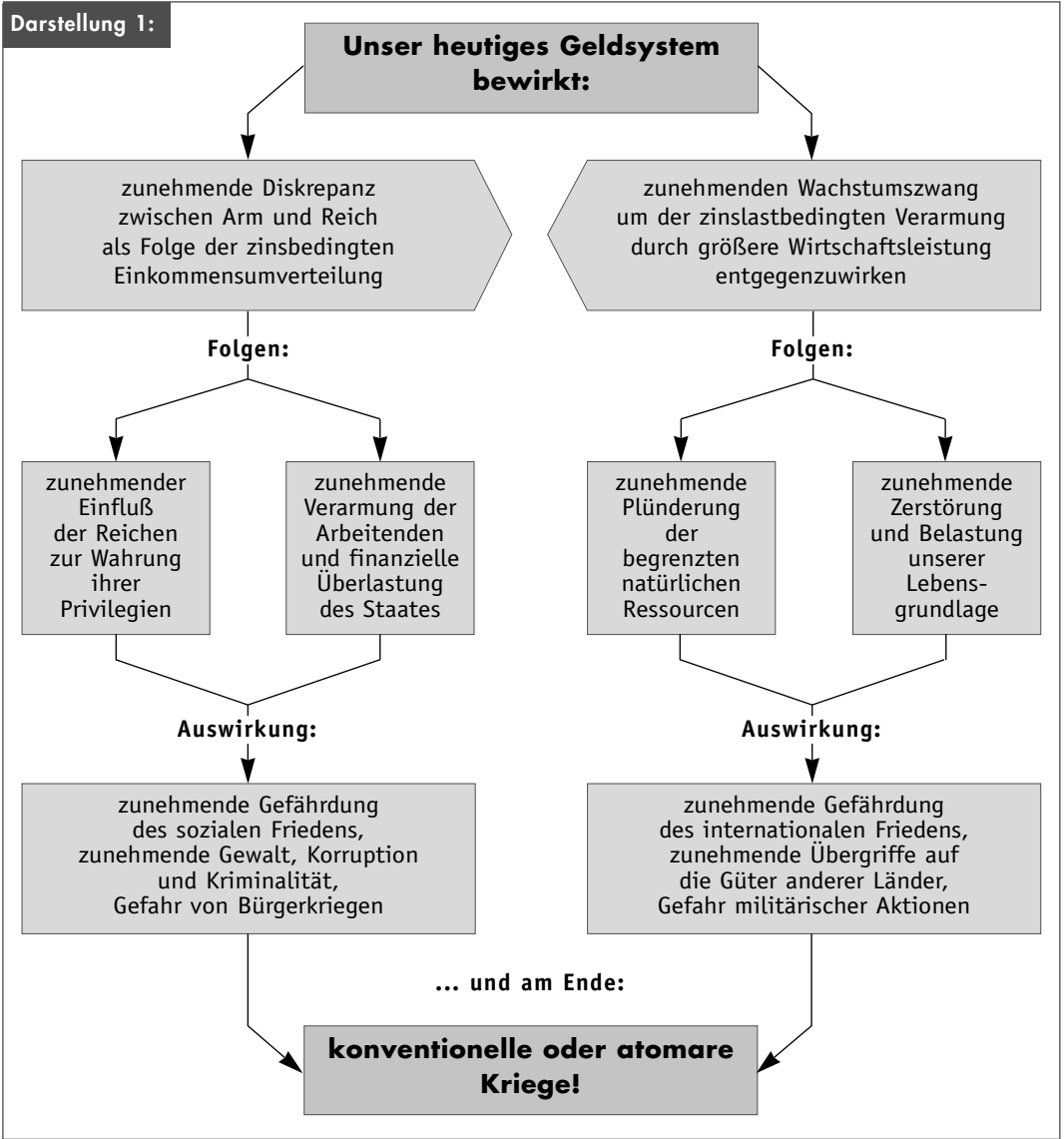
Mit diesen Kreditgewährungen an den Süden entlastete der Norden außerdem die Kapitalmärkte in den Industrienationen und trug auf diese Weise – auf Kosten der Schuldnerländer – zu einem Hochbleiben der Zinsen bei. Dass die Schuldnerländer zur Bedienung ihrer Schulden zum Export um jeden Preis und zu entsprechenden Dumpingangeboten gezwungen waren, kam dem Norden über billige Rohstoff- und Agrarpreise nochmals zugute. Die US-Publizistin Susan George hat nicht zu Unrecht eines ihrer Bücher mit dem Titel "Sie sterben an unserem Geld" versehen ⁵. Und auf dem Völkertribunal anlässlich der Tagung des IWF in Berlin 1988 fand

man noch stärkere Worte: "Der Terrorismus der heutigen Welt ist der Terrorismus des Geldes".

Zum zweiten erreichte man in den Industriegesellschaften die zur Zinshochhaltung erforderliche Kapitalknappheit (und damit die Vermeidung größerer kriegerischer Kapitalvernichtungen) bislang mit einer ressourcenverschwendenden Produktion von Verschleiß- und Wegwerfgütern, also mit einem gigantischen Krieg gegen die Vernunft und die Natur. Da sich aber die Bürger trotz einer immer übermächtiger werdenden Werbeflut nicht genügend an dieser Verschwendungswirtschaft beteiligten, sprangen die Staaten mit der Förderung von immer neuen Großtechnologien in die Bresche.

Doch gemessen an der Alternative, die Zinsen mit Kriegen hoch zu halten, sind diese zivilen Methoden der Kapitalvernichtung noch als human zu bezeichnen, wenngleich es vielmals humaner wäre, unsere Volkswirtschaften aus dieser Zwickmühle zwischen noch mehr Wachstum oder Krieg zu befreien.

Die sogenannte Nachkriegszeit nach 1945 (die allzuoft schon zu einer neuen Vorkriegszeit zu entarten drohte!) war also keine wirkliche Friedenszeit, sondern eine Zeit, in der sich einerseits gigantische Geldvermögen und Realvermögen durch Zins und Zinseszins anhäuferten und in der andererseits zur Sicherung der Rentabilität dieser Vermögen ungeheure Mengen davon auf unfriedliche Weise vernichtet werden mussten. So kam es nach 1945 zu mehr als 200 Kriegen in aller Welt. Doch auch schon der Krieg gegen die Natur und den Süden und die vielfältigen damit verbundenen sozialen und ökologischen Zerstörungsprozesse lassen daran zweifeln, dass unser Zeitalter der modernen Zivilisation nur im Zeichen menschlicher Vernunft gesehen werden kann. Denn Vernunft, Menschenrecht und Fortschritt gehen immer noch einher mit Menschenrechtsverletzungen und Zerstörungen von Leben. Weder in der zivilen Arbeitswelt noch im militärischen Bereich geht es rational – also vernünftig – zu, sondern im geradezu irrationalen Streben nach maximalen Kapitalrenditen wird inzwischen schon die angeblich 'zu teure' menschliche Arbeitskraft aus der Arbeitswelt wegrationalisiert und durch Kapital ersetzt.



Der sich völlig überschlagende Börsenboom und das heutige Bemühen, den Einsatz und die Bedienung des Kapitals durch seine globale Ausweitung sicherzustellen, sind möglicherweise der letzte Versuch, dieses System noch einmal auf friedlichem Wege über die Runden zu bringen. Es sei denn, wir versuchen es auch noch über die Erde hinaus in den Weltraum oder gar auf andere Gestirne auszuweiten. Da alle diese

Auswege letztlich aber immer an den irdischen Möglichkeiten scheitern müssen, droht uns – wie in dem Fluss-Schema dargestellt – am Ende immer noch jene große zerstörerische Auseinandersetzung zur 'Vernichtung der Überproduktionen', die aufgrund des atomaren Vernichtungspotenzials allzuleicht auch zu einem Ende unserer Zivilisation oder gar des menschlichen Lebens führen könnte.

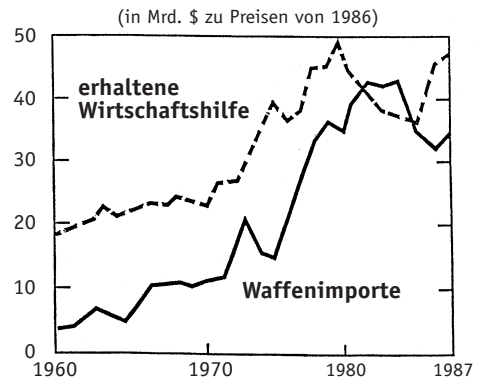
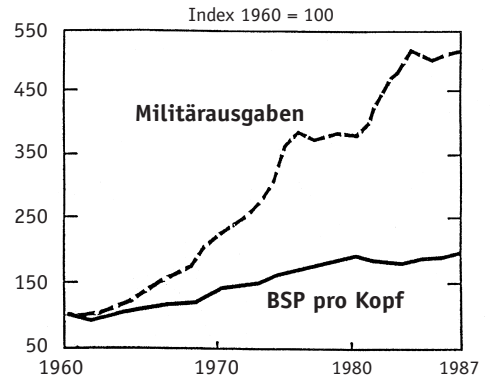
5. Der Missbrauch der Entwicklungsländer

Im Frühjahr 1995 konnte man in der Nr. 14 der Zeitschrift "Focus" lesen, dass die Kriege unserer Tage nicht so sehr die großen Konflikte zwischen verfeindeten Staaten seien, sondern überwiegend grausame Bürgerkriege, deren Ursachen vor allem ethnische, religiöse und soziale Spannungen wären. "Schauplatz dieser blutigen Kriege sind zu 90 Prozent die Länder der Dritten Welt. Opfer sind vor allem unschuldige Zivilisten – Frauen, Kinder und Alte. Auf einen getöteten Soldaten kommen zehn tote Zivilisten."

Die hier genannte Ursachenreihe wäre allerdings besser umzukehren, denn die ethnischen und religiösen Ursachen treten meist erst dann zu Tage, wenn die sozialen Bedingungen unerträglich werden. Satte und zufriedene Menschen haben wenig Lust zu Revolten und Revolutionen, noch weniger, ihren Besitz oder gar ihr Leben dabei aufs Spiel zu setzen. Schon der Generalsekretär der Uno, Boutros-Ghali, hatte am 6. März 1995 in Kopenhagen darauf hingewiesen, dass die Staatengemeinschaft ihren Blick allzusehr auf die Friedensoperationen der UN gerichtet und dabei übersehen habe, dass soziale Entwicklung eine Grundvoraussetzung für Frieden sei. Denn "79 der 82 Konflikte in den vergangenen Jahren hätten soziale Ursachen". Boutros-Ghali rief deshalb zu einem Sozialpakt auf. Auch der damalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm warnte vor den Folgen sozialer Ungleichheit: "Die Welt wird in einem Chaos von Völkerwanderungen versinken, wenn die Kluft zwischen Arm und Reich so bleibt, wie sie ist, oder sogar noch größer wird."

Doch all diesen schönen Worten auf internationalen Tagungen steht eine andere Wirklichkeit gegenüber: Die reichen Industrienationen schaffen es noch nicht einmal, jene 0,7 Prozent des Sozialprodukts für die armen Länder abzuzweigen, zu deren Zahlung sie sich schon vor Jahrzehnten verpflichtet haben. Inzwischen sind diese Leistungen – mit abnehmender Tendenz – bei 0,3 Prozent des BSP gelandet. Und was noch schlimmer ist: Ihre Hilfe für die

Darstellung 2: Militärausgaben Entwicklungsländer



aus "Finanzierung und Entwicklung", Dez. 1990 - Hrsg. Weltbank und IWF

Dritte Welt ist nicht nur von Schulden überwuchert und mit Auflagen zum Vorteil unserer eigenen Industrien verknüpft, sondern in einer unverantwortlichen Weise mit Rüstungslieferungen. Man braucht sich nur einmal die beiden Abbildungen in der Darstellung 2 anzusehen, die im Dezember 1990 in der Zeitschrift "Finanzierung und Entwicklung" veröffentlicht wurden, herausgegeben von IWF und Weltbank.

Aus der oberen Abbildung geht hervor, dass die Militärausgaben der Entwicklungsländer von 1960 bis 1987 zweieinhalbmal rascher zugenommen haben als das Sozialprodukt und damit das Einkommen der Bevölkerung. Noch erschreckender ist in der zweiten Abbildung die Parallelität

der Waffenimportentwicklung mit jener der sogenannten Wirtschaftshilfe: Während die Länder 1960 erst rund 20 Prozent der erhaltenen Hilfgelder für Waffenimporte ausgaben, waren es in den 80er Jahren etwa 80 Prozent!

Die aus den Abbildungen hervorgehenden absurden Tatbestände wurden am 7.11.92 durch eine dpa-Meldung noch einmal übertroffen: "Die größten Militärmächte der Dritten Welt erhalten nach einer Studie von Weltbank-Experten mehr westliche Entwicklungshilfe als arme Staaten, die kaum Geld in die Rüstung stecken", hieß es in der Meldung, und dann noch konkreter, dass "zehn der 34 Staaten mit den höchsten Verteidigungsausgaben gleichzeitig unter den 20 führenden Empfängerländern für westliche Finanzhilfe" zu finden waren. Das aber heißt nicht nur, dass die Länder bzw. deren oft korrupte Herrscher mit unserer Hilfe zu kriegerischen Auseinandersetzungen befähigt werden, nicht zuletzt zum Waffeneinsatz gegen ihre eigene Bevölkerung, sondern es heißt auch, dass durch diese mißbräuchliche Verwendung der Finanzhilfe die Bürger ärmer und damit anfälliger für gewaltsame Aktionen werden. Dass diese unverantwortlichen Waffenlieferungen und -finanzierungen in erster Linie von reichen und sich christlich nennenden Ländern durchgeführt werden, ist vielleicht der größte Skandal.

6. Rüstungsindustrie als Konjunkturstütze

Etwa ein bis zwei Jahrzehnte waren die Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg in den zerstörten Ländern mit dem Wiederaufbau beschäftigt. Wer heute Bilder oder Filme über die Trümmerstädte sieht, kann sich kaum vorstellen, dass diese Arbeit überhaupt zu schaffen war. Etwa die Hälfte des Sozialprodukts dieser Jahrzehnte müsste man in etwa auf das Folgekostenkonto des vorausgegangenen Krieges verbuchen. Angesichts dieser Nachhol- und Aufbauinvestition war das Kapital entsprechend knapp und durchweg hoch verzinst. An Rüstungs- oder gar Kriegsgeschäfte dachte damals kaum jemand. Im Gegenteil: Viele Unternehmer hatten nach Kriegsende geschworen, niemals mehr in

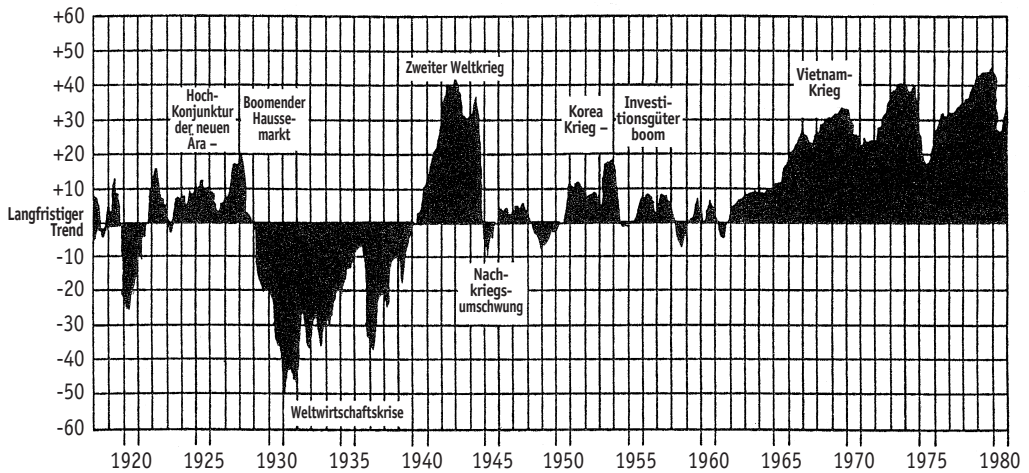
die Rüstungsproduktion einzusteigen. Als Folge dieses allgemeinen Desinteresses dauerte der erste Indisch-Pakistanische-Krieg Ende der 40er Jahre nur acht Tage. Beide Seiten hatten ihre Munition verschossen, die Panzer waren zerstört und niemand in der Welt war anscheinend bereit, ausreichend für Nachschub zu sorgen: Man (bzw. das Kapital!) hatte mit der Behebung der Zerstörungen des großen Krieges noch genug zu tun.

Mit dem Auslaufen des Wiederaufbaus, den ersten Sättigungserscheinungen auf den Konsummärkten und einer wachsenden Geldvermögensbildung kam der Zins jedoch langsam unter Druck. Schon in den 60er Jahren fiel der Realzins am Kapitalmarkt in der BRD im Durchschnitt auf 4 Prozent zurück.

Wenngleich bereits 1956 der damalige Bundeskanzler Adenauer über die Köpfe des Parlamentes hinweg wieder eine Bundeswehr entstehen ließ, kam das Gros der benötigten Ausrüstung noch weitgehend aus fremden Produktionen. In Deutschland setzte man immer noch auf friedliche Methoden zur Garantie der Kapitalrentabilität. Und das notwendige Wirtschaftswachstum forcierte man durch ständige Exportausweitung und Bedürfnisweckung im Konsumbereich. Doch hinter den Kulissen entstand auch bei uns wieder eine Rüstungsindustrie, die sogar nach und nach das Ausland mit ihren 'Qualitätsprodukten' beglückte. So gewann die Bundesrepublik Deutschland in den 70er und 80er Jahren immer mehr den Anschluß an die Siegermächte, die bereits in den 50er Jahren ihre Rüstungsindustrie erneut auf Hochtouren brachten. Selbst der damalige US-Präsident und frühere Weltkriegsgeneral Eisenhower warnte mehrfach öffentlich vor dieser gefährlichen Verselbständigung des militärisch-industriellen Komplexes. Aber das Kapital hatte im wahrsten Wortsinn 'Blut gerochen', zuerst im Koreakrieg und dann an vielen anderen Kriegsschauplätzen in der Welt bis hin zum Krieg in Vietnam, sodass es kein Halten mehr gab.

Wie sich diese Kriege im Laufe des Jahrhunderts auf die Konjunktur in den USA ausgewirkt haben, zeigt die Darstellung 3, die dem Buch des amerikanischen Ökonomen Ravi Batra "Die Rezession von 1990", entnommen ist.

Darstellung 3: Konjunkturzyklen in den USA – 1920 bis 1980



Quelle: Ravi Batra, Die große Rezession von 1990, München 1997

Obwohl man jeden potenziellen Gegner nur einmal töten kann, reichten die Waffenarsenale und Vernichtungskapazitäten bereits in den 80er Jahren aus, um jeden Menschen auf der Erde 15-20mal umzubringen. Der Irrsinn dieses ständig wachsenden Overkills ist mit keiner Logik erklärbar. Denn selbst wenn man sich als Militärstrategie das Ziel setzt, alle potenziellen Feinde töten zu können, welchen Sinn kann es haben, die bereits Toten noch ein Dutzendmal umzubringen? Doch dieser Wahnsinn hatte – wie bereits dargelegt – Methode. Er garantierte nicht nur Tausenden von Waffenschmiedern und -händlern lukrative und staatlich abgesicherte Gewinne, sondern sorgte vor allem dafür, dass die Zinsen in aller Welt auf einer ausreichenden Höhe blieben, was den Rückzug des Kapitals vom Markt und damit das Zuschnappen der von Keynes so genannten Liquiditätsfalle verhinderte.

Die Kapitalrenditen blieben auf diese Weise zwar lange Zeit gesichert, nicht aber der Wohlstandsanstieg der Menschen. Denn mit den Waffen und Militäranlagen mußten sie Produkte schaffen, von denen sie keinerlei Nutzen hatten. Ja, diese Rüstungsgüter wurden sogar zu einer immer größeren konkreten Bedrohung für ihr

Leben. Außerdem wurden sie für diesen Milliarden-Wahnsinn auch noch als Steuerzahler zur Kasse gebeten.

Mit der Rüstung wird jedoch nicht nur Kapital bedient, sondern auch gebunden, richtiger: vom Markt genommen. Würde man das in die Rüstung, die Raketensilos, Kasernen usw. investierte Kapital im zivilen Sektor einsetzen, dann wäre das dort gegebene Angebot deutlich größer. Ein größeres Angebot an Wohnungen, Konsumgütern usw. aber würde auf die Kapitalrendite einen entsprechenden Druck ausüben. Aufgrund dieses Drucks müßte – wenn das Kapital nicht streiken könnte – der Zins schließlich gegen Null heruntergehen. Da aber das Kapital streiken, das heißt, sich vom Markt zurückziehen kann, sind die Staaten an ständiger Knappheit und ausreichend hohen Zinsen interessiert, notfalls sogar unter Duldung oder Förderung von Kriegen.

Statt das Geld mit geldpolitischen Mitteln zu veranlassen, sich ggfs. auch bei niedrigeren oder ohne Zinsen der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, sorgen die Staaten auf diese Weise also für die geldstreikvermeidende Knappheit von Kapital. Vergleichbar ist das mit der Praxis der EG-Agrarmarktpolitik. Auch hier sorgt man bei

allzuguten Ernten durch künstliche Verknappung des Angebotes (sprich Vernichtung) für weiter hochbleibende Preise, um Streiks der Bauern aus dem Weg zu gehen.

7. Kapitalvernichtung in sogenannten Reinigungskrisen

In der wissenschaftlichen Literatur gibt es für den Vorgang der Kapitalvernichtung den Begriff "Reinigungskrise zur Beseitigung von Überinvestitionen". Gemeint ist der Zustand, bei dem der Investitionsumfang so groß geworden ist, dass er den Zins unter jene Grenze drückt, bei der es zu Geldzurückhaltungen und damit deflationären Rezessionen kommt. Auch ohne Krieg und ohne Rüstung werden in solchen Rezessionen durch Unternehmens- und Privatbankrotte, durch Verschleudern oder Verderben von "Überproduktionen" bereits Vermögenswerte aus dem Verkehr gezogen. Mit dieser "Reinigung" – sprich Kapitalvernichtung – wird dann wieder eine ausreichende Knappheit erzeugt, die über höhere Zinsen das Kapital wieder aktiv werden läßt.

Durch ständige Ausweitung marktferner Investitionen – von der Raumfahrt bis zur Rüstung – kann man die Notwendigkeit solcher "Reinigungskrisen" zwar eine Zeitlang hinausschieben, aber kaum auf Dauer. Irgendwann wird eine große "Reinigung" unausweichlich. Und dazu ist ein Krieg nicht nur durch den erhöhten Waffenverbrauch und die angerichteten Schäden unübertreffbar wirkungsvoll. Auch durch die Vernichtung der Geldvermögen, die meist mit dem anschließenden Staatsbankrott verbunden sind, verschwinden riesige Kapitalpolster aus der Welt. Die Gewinner solch großer "Reinigungen" sind diejenigen, die rechtzeitig in Sachvermögen umgestiegen sind, möglichst außerhalb der Kriegsgebiete. Noch besser ist natürlich die Anlage in das unzerstörbare Bodenkapital. Den so "Überlebenden" der Kapitalvernichtung wird jedenfalls ein ganz enormer Reichtumsanstieg beschert.

John Maynard Keynes, als Zeuge über alle Zweifel erhaben, hat die Zusammenhänge in etwas komplizierterer Sprache beschrieben: "Jedesmal, wenn wir das heutige Gleichgewicht

»Rüstung bedeutet ökonomisch den Abzug zinsdrückenden Kapitals vom Markt. Und da die Rüstungsindustrie nicht für den Markt produziert, bedeutet Rüstung die Trockenlegung zinsbedrohender Kapitalüberschüsse auf Kosten der Steuerzahler.«

*Hans Fabricius, Auf des Messers Schneide,
in: Telos, Nr. 12/1966, S. 409*

»Der Krieg ist die großzügigste und wirkungsvollste 'Reinigungskrise zur Beseitigung der Überinvestition', die es gibt. Er eröffnet gewaltige Möglichkeiten neuer zusätzlicher Kapitalinvestitionen und sorgt für gründlichen Verbrauch und Verschleiß der angesammelten Vorräte an Waren und Kapitalien, wesentlich rascher und durchgreifender, als es in den gewöhnlichen Depressionsperioden auch bei stärkster künstlicher Nachhilfe möglich ist. So ist ... der Krieg das beste Mittel, um die endgültige Katastrophe des ganzen kapitalistischen Wirtschaftssystems immer wieder hinauszuschieben.«

*Ernst Winkler, Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung,
Heidelberg 1952, S. 125*

»Ich glaube, daß wir in unserem Geldsystem eine Art karzinombildendes Element haben, was unsere Wirtschaft fortwährend krank macht ... Meiner Meinung nach kann dieses Geldsystem nur dadurch funktionieren, daß es immer wieder zusammenbricht und dann immer wieder von vorn begonnen wird. Diese Zusammenbrüche nennt man dann Kriege oder Wirtschaftskatastrophen oder Inflationen, je nachdem, aber das bedeutet eigentlich nur, daß dieses System in sich selbst kein Regulativ hat, was zu einer vernünftigen Eindämmung führen würde ... «

*Michael Ende, Autor,
Interview mit Helmar v. Hanstein, 1992*

»Es kann keinen Frieden auf Erden geben, ehe wir nicht die Forderung unserer Zeit erfüllen und jedem Arbeiter den vollen Verdienst seiner Arbeit verschaffen.«

Abraham Lincoln, ehemaliger Präsident der USA

durch vermehrte Investitionen sichern, verschärfen wir die Schwierigkeit der Sicherung des Gleichgewichtes von morgen." Und als Notausgänge aus diesem Dilemma zählt Keynes auf "das Bauen von Pyramiden und Kathedralen, Erdbeben, selbst Kriege", denn, so schreibt er weiter, "zwei Pyramiden, zwei Steinhaufen für Tote sind doppelt so gut wie einer, aber nicht zwei Eisenbahnen von London nach York." ⁶

Mit dieser etwas schwer verständlichen Darlegung bestätigt Keynes, dass ständig vermehrte Investitionen im zivilen Bereich das 'Gleichgewicht' gefährden, sinnlose Bauten, Erdbeben und Kriege es dagegen auf Dauer sichern können.

Auch die auf der Seite 29 hervorgehobenen Aussagen unterstreichen dies. Und vielleicht ist es auch angebracht, sich die "Pyramiden" unserer Tage vor Augen zu führen: Vom "Schnellen Brüter" bis zum Hochtemperaturreaktor, von der halb fertig gebauten WAA in Wackersdorf bis zu dem "Raketenfriedhof", der im Orbit kreist. Von den Milliardengräbern der x-mal verschrotteten und erneuerten Rüstung nicht zu reden. Und alle diese Projekte haben nicht nur bei ihrer Entstehung Milliarden neutralisiert. Sie benötigen oft nicht minder große Summen für ihre ordnungsmäßige Beseitigung. Und das letztlich immer nur auf Kosten der arbeitenden Menschen und allein zugunsten des eingesetzten Kapitals. Und wenn alle Stricke reißen, hat man ja immer noch die SDI-Pläne in der Schublade, die – vor dem Hintergrund eines evtl. Crashes oder einer Flaute in den USA – bereits wieder ins Gespräch gebracht worden sind.

8. Die Kriege am Golf

Seit fast 50 Jahren hat es in Europa keinen Krieg mehr gegeben und darauf sind die meisten Politiker bei uns stolz. In Wirklichkeit ist es uns nur gelungen, die "ungeheure Kapitalzerstörung" durch Kriege, die zum Erhalt der Kapitalrendite früher nötig war, bislang durch eine ungeheure Naturzerstörung und Überrüstung überflüssig zu machen. Doch wenn sich irgendwo in der Welt die Möglichkeit zur kriegerischen Kapitalzerstörung bot, waren Europa und die USA immer dabei, als Lieferant der

Todeswaffen ebenso wie hinterher beim kapitalverschlingenden Wiederaufbau. Diese "Stellvertreterkriege" waren außerdem die beste Möglichkeit, neue Waffen in der Praxis vorzuführen und weitere Kunden zu gewinnen.

Wenn man bedenkt, dass "die fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates der UNO (Großbritannien, UdSSR, USA, Frankreich, China), die den Weltfrieden sichern sollen, die größten Waffenlieferanten der Entwicklungsländer sind", (terre des hommes, Dez. 1991), braucht man sich über nichts mehr zu wundern.

Die ganze Skala aller "Nachkriegskriege" daraufhin noch einmal durchzugehen, würde zu weit führen. Auch wäre es ein fruchtloses Unterfangen, für einen dieser "Stellvertreterkriege" – sieht man von den Kapitalprofiten ab – nachträglich einen Sinn zu konstruieren. Hier soll darum nur noch einmal an die beiden Golfkriege erinnert werden, die uns, trotz schnelllebiger Zeit und täglich neuer Kriegsschauplätze, wohl noch gegenwärtig sind.

Der erste, acht Jahre lange Golfkrieg zwischen Irak und Iran war das bisher größte "Nachkriegsgeschäft" für die waffenliefernden Länder. Dabei lagen die westlichen Industrienationen immer an der Spitze. Vor allem verstanden sie es vorzüglich, gleich beide kriegführenden Seiten zu beliefern. Und da es sich bei beiden Ländern aufgrund der reichen Bodenschätze in Form von Öl um zahlungskräftige Kunden handelte, war der Dauer dieses Krieges fast kein Ende gesetzt. Doch aufgrund der großen Zerstörungen in den Ländern und des allgemeinen Leistungsrückgangs kommt irgendwann der Zeitpunkt, an dem man wieder aufbauen muß, wenn die Zahlungsfähigkeit erhalten bleiben soll. Außerdem verspricht sich das Kapital bei einem bestimmten Ausmaß der Zerstörung vom Wiederaufbau noch lukrativere Geschäfte. So schrieb "Die Zeit" am 18.10.1987, noch vor Beendigung der Kämpfe: "Eine größere Zahl deutscher und japanischer Finanzvertreter harrt in Teheran aus. Sie setzen auf die Zeit des Wiederaufbaus nach dem Ende des Krieges. Wirtschaftsschäden von über 300 Milliarden habe der Krieg verursacht. Da winkt, so hoffen die Geschäftsleute, mancher dicke Investitionsauftrag." Doch nicht nur die

Lieferung ziviler Ausrüstungen zum Wiederaufbau hilft die Kapitalrendite zu sichern, sondern ebenfalls die dazu gewährten Kredite.

Auch beim zweiten Golfkrieg, bei dem es vordergründig um die Befreiung Kuweits ging, spielten Geld und Geschäft eine entscheidende Rolle. Denn der Irak war unter Saddam Hussein jahrelang – vor und im ersten Golfkrieg – einer der Spitzenkunden für die westlichen und östlichen Waffenlieferanten. Dass es sich bei Hussein um einen der übelsten Diktatoren handelt, hat dabei keinen Politiker gestört. Sie finanzierten seine Käufe auch gern mit gut verzinsten Krediten im voraus.

Auch das Nachbarland Kuwait, dem iranischen Fundamentalismus wenig zugeneigt, hatte im ersten Golfkrieg Hussein mit respektablen Krediten bei der Bändigung des Irans geholfen. So war es für den überschuldeten Hussein schließlich eine doppelte Versuchung, dieses Land einzukassieren. Einmal wurde er auf diese Weise einen lästigen Gläubiger los, gleichzeitig wurden ihm sprudelnde Ölquellen beschert, mit deren Hilfe er die hohen Schulden in den Industrienationen leichter bedienen oder sogar tilgen konnte.

Was danach kam, ist uns noch allen geläufig. Während sich die gut betuchten Söhne der Kuweitis in Ägypten und an der Riviera vergnügten, wurde das besetzte Land von den USA und einigen Helfern mit einem ungeheuren Materialaufwand (bei nicht minder großer Behinderung der Berichterstattung) befreit und der Irak in die Knie gezwungen. Allerdings nicht so weit, dass Saddam Hussein abdanken mußte.

Die USA hat dieser Krieg so gut wie nichts gekostet, außer ein 'paar Menschenleben'. Wie ein Söldnerheer kassierte die führende Weltmacht bei allen Bündnisstaaten ab. Natürlich auch bei den reichen Scheichs. Deren von der Zeit längst überholte feudalistische Herrschaftssysteme erhielten noch einmal eine Überlebenschance.

In welcher Größenordnung in dieser Materialschlacht Kapital vernichtet wurde, geht aus einer Stellungnahme des Hilfswerkes "Misereor" hervor. "Golfkrieg auf Kosten der Armen", war der Bericht überschrieben, der bereits am

26.1.1992 durch die Presse ging. Die Vergleichszahlen zwischen Kriegskosten und Entwicklungshilfe muten "fast unvorstellbar" an, hieß es darin, und weiter: Mit bis zu einer Milliarde Dollar seien "in der ersten Woche allein auf Seiten der multinationalen Truppen täglich mehr Mittel verbraucht worden, als Misereor in den 32 Jahren seines Bestehens für die Entwicklungs- und Friedensarbeit in der gesamten Dritten Welt einsetzen konnte".

Bombenerfolge für britische Industrie erhofft

**London kämpft bereits mit den USA um
Aufträge für den Wiederaufbau Kuwaits**

Von unserem Korrespondenten

London, 11. Februar

Die Londoner Regierung fordert mit größerem Nachdruck die Beteiligung britischer Unternehmen an dem Wiederaufbau in Kuwait, wenn der Krieg gegen Irak einmal vorüber ist. Die Briten erwarten eine bevorzugte Behandlung bei der Vergabe der Aufträge, welche den eigenen militärischen Beitrag zur Befreiung des Landes in Rechnung stellt.

Der Korrespondent der Financial Times berichtet aus Riad über das Treffen: »Peinlichkeit bei den Diskussionen war nicht zu erkennen, obwohl Kuwait erst noch befreit werden muß und ein großer Teil der Infrastruktur, welche britische Unternehmen wiederaufbauen wollen, noch nicht zerstört ist.« Jede erfolgreiche britische Bombe ist daher kommerziell und finanziell auch ein möglicher Erfolg für die britischen Firmen, die gerade in einer Zeit der Rezession dankbar für Aufträge sind. Das gleiche gilt prinzipiell genauso für die anderen Mitglieder der Allianz gegen Saddam Hussein, voran die USA.

Aber auch beim zweiten Golfkrieg war die große Materialvernichtung und -zerstörung nur die eine Seite der Profitmedaille, der anschließende Wiederaufbau wiederum die zweite. Dank der größten Leistung im Krieg haben sich die USA auch dabei den Löwenanteil gesichert. Aber auch die Helferstaaten meldeten rechtzeitig ihre Ansprüche an, wie der Kasten mit den Auszügen aus dem Berliner "Tagesspiegel" vom 12.2.1991 (siehe S. 31) zeigt.

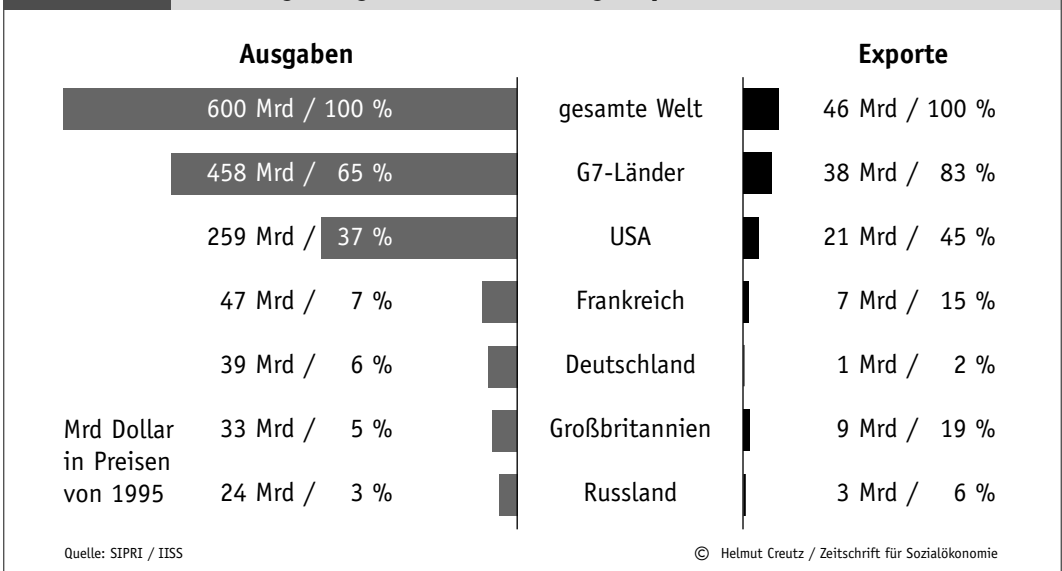
"Bombenerfolge" im doppelten Wortsinn sind also mit solchen Kriegen für die Lieferanten verbunden. Und es ist gleichermaßen entlarvend wie bezeichnend, dass es bei dem Wiederaufbau-Geschacher sogar schon um Objekte ging, die noch gar nicht zerstört waren!

Geht man diesen Zusammenhängen weiter nach, dann kommt noch mehr ans Tageslicht. So berichtet die schweizerische Zeitschrift "Der Zeit.Punkt" von einem geheimgehaltenen Regie-

rungsbericht, nach dem die britischen Steuerzahler für Waffenlieferungen im Wert von rund 500 Mio Schweizer Franken geradestehen mussten, mit denen hinterher die eigenen Truppen beschossen wurden. Die Rechnung ging dem Bericht zufolge zurück auf eine Exportgarantie, die die britische Regierung Firmen gewährt hat, die in den Irak ausführten, hieß es in dem Bericht. Und weiter: "Unter dem Strich müssen die Briten also zweimal bezahlen. Einmal für die irakischen Waffen und einmal für die eigenen, die irakischen zu zerstören. Der Kreislauf ähnelt in gewisser Hinsicht demjenigen, der vor allem die EG-Länder zwingt, Lebensmittel zu vernichten, deren Produktion subventioniert wurde."

In welchem Umfang auch heute noch der Westen – trotz Überwindung des Kalten Krieges bzw. Niedergang des Ostblocks – in Rüstung und Rüstungsexporten investiert, zeigen die Zahlen in der Darstellung 4.

Darstellung 4: Rüstungsausgaben und Rüstungsexporte in aller Welt – Stand 1997



Die hier mit 600 Mrd Dollar von SIPRI angeführten Gesamtausgaben für Rüstung (die von anderen Instituten mit 700 oder sogar 800 Mrd Dollar angesetzt werden) sind zwar seit 1990 um rund ein Drittel zurückgegangen, auch in

Deutschland. Erschreckend aber ist, dass sich das Gros dieser Ausgaben bei den sieben westlichen Industrienationen bzw. der Nato konzentriert und davon wieder mehr als die Hälfte bei den USA. Noch größer ist diese Konzentration

bei den Rüstungsexporten, wie aus der Tabelle hervorgeht, obwohl "... das rentabel-blutige Geschäft mit dem internationalen Waffenhandel ... von 88 auf 46 Milliarden US-Dollar" zurückging, wie der Friedensforscher Professor Dieter S. Lutz am 28. September 1999 in der Berliner Zeitung zitiert wird. "Dies geht jedoch vor allem auf eine drastische Senkung der Militärhaushalte Russlands bzw. der früheren Sowjetunion zurück ... Die größten Waffenexporteure sind nicht etwa Russland, China oder gar die sogenannten 'Schurkenstaaten', wie dies gemeinhin angenommen wird".

Aber auch die deutschen Ausgaben für den Sektor Rüstung liegen, trotz des überwundenen Kalten Krieges, immer noch bei zehn Prozent des Bundeshaushalts und sind damit rund dreimal so hoch wie die Ausgaben für Bildung und Forschung, viermal so hoch wie die für Familie und Jugend und mehr als zehnmals so hoch wie das, was wir für die Entwicklungsländer übrig haben.

9. Die Balkankriege der 90er Jahre

Erinnern wir uns: In den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nahmen in allen früheren Ostblockstaaten die wirtschaftlichen und in der Folge auch die gesellschaftlichen Schwierigkeiten rapide zu. Ursache war letztlich das wenig effektive Wirtschaftssystem dieser Länder, die sich zur Hebung des Lebensstandards ihrer Bürger schließlich immer mehr im Westen verschulden mussten. Auslandsschulden aber, die rascher zunehmen als die eigene Wirtschaftsleistung und die daraus möglichen Exporte, führen irgendwann zur Zahlungsunfähigkeit und damit zur Gefährdung der politischen Stabilität.

Obwohl Jugoslawien sich bereits sehr früh von der Bindung an den Ostblock gelöst und in wirtschaftlicher Hinsicht mehr nach Westen orientiert hatte, ging es diesem Land in Bezug auf die Verschuldungsentwicklung nicht viel anders als den übrigen Ostblockstaaten. Mitte der 80er Jahre, also schon zu Titos Zeiten, war die Westverschuldung des Landes bereits so hoch, dass jeder Jugoslawe rechnerisch fast einen Tag in

der Woche für die Bedienung der Verschuldung arbeiten musste. Dieser Zustand hätte im Grunde durch radikale Einsparmaßnahmen innerhalb des Landes ausgeglichen werden müssen, also letztlich durch Steuererhöhungen, Reduzierungen öffentlicher Leistungen oder Absenkungen der Löhne. Da es jedoch in Jugoslawien – ähnlich wie in Polen – massive Widerstände der Arbeiterschaft gegen solche Maßnahmen gab, blieb dem Staat, wenn die Auslandsschulden nicht noch mehr anwachsen sollten, nur der Weg über die verdeckte Enteignung der Bevölkerung, nämlich über eine inflationäre Verwässerung der Währung.

Während dieser Rückgriff auf die Notenpresse in der Mehrzahl der Ostblockstaaten aufgrund der Preisfestschreibungen jedoch nur zu vorerst verdeckten Inflationen führte, schlug er in Jugoslawien von Anfang an als Verteuerung der Lebenshaltungskosten durch. Dieser zunehmende Kaufkraftverlust des Dinar hatte jedoch kritische Folgen: Die Jugoslawen, durch vielfältige Kontakte über Gastarbeiter und Touristen mit dem D-Mark-Raum verbunden, stiegen zur Umgehung der Inflation bei ihren Ersparnisbildungen immer mehr in die deutsche Währung um, und zwar überwiegend durch die Ansammlung von Bargeld. Diese Ersparnisbildung in deutscher Mark wiederum führte einmal zu einem Mangel an Devisen und damit zu noch höheren Kreditaufnahmen im Westen, zum anderen musste man aufgrund der verringerten Ersparnisse in Dinar den Kreditbedarf der eigenen Wirtschaft mit zusätzlichen Geldmengenvermehrungen decken, was die Inflation noch mehr in die Höhe schießen ließ und mit ihr die Firmenpleiten, Streiks und Arbeitslosenzahlen.

Als Folge der schließlich trabenden und galoppierenden Inflation ließ außerdem das Interesse der Bürger nach, überhaupt noch für ihre eigene Währung zu arbeiten. Noch stärker als in der ehemaligen DDR, wo die DM vor allem zu einer 'Feierabendwährung' geworden war, übernahm sie in Jugoslawien auch im normalen Wirtschaftsgeschehen eine immer größere Rolle. Der jugoslawische Staat musste also auf seinem eigenen Gebiet zunehmend mit einem Geld leben, auf dessen Steuerung er keinen Einfluss hatte, während die eigene Währung immer mehr zerfiel

und die Preise schließlich explodierten. All diese Probleme, die in den übrigen Ostblockländern erst mit dem Durchbruch der aufgestauten Inflationen um 1990 zu Tage traten, haben die Jugoslawen bereits in den 80er Jahren verkraften müssen.

10. Die Auswirkungen der Währungszerrüttung

"Wer eine Gesellschaft zerstören will, muss ihre Währung ruinieren", soll Lenin – bezogen auf die bürgerlichen Gesellschaften – einmal gesagt haben. Dass dieser Satz jedoch auch für die sozialistischen Länder gilt, hat die Geschichte der letzten 20 Jahre zur Genüge bewiesen. Bricht aber eine Währung zusammen, ob plötzlich oder schleichend, brechen mit den sozialen Spannungen auch die alten ethnischen, kulturellen, religions- und sprachbedingten Spannungen wieder auf, ganz besonders in einem Vielvölkerstaat wie jenem auf dem Balkan. Hinzu kommt noch das dann deutlicher werdende Reichtumsgefälle von Nord nach Süd, das umso größer wurde, wie die wirtschaftliche und politische Fähigkeit des Staates abnahm, diese Diskrepanzen auszugleichen.

Die aus solchen Umständen resultierenden Entwicklungen hat der deutsch-argentinische Sozial- und Geldreformer Silvio Gesell bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts treffend formuliert: "Die Währung hält den Staat zusammen oder sie sprengt ihn – je nachdem. Wird hier gepfuscht, so löst es sich in kleine Teile auf, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen: Stadt gegen Land, Beruf gegen Beruf, Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Festbesoldete gegen Lohnarbeiter, bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren. Der Krieg ist kein biologisches Element, sondern ein eheliches Kind der sozialen Zustände. Diese Mörderhöhle haben alle Völker sich in ihren wirtschaftlichen Einrichtungen selbst geschaffen"⁷

In welchem Ausmaß sich solche Spannungen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen aufbauen können und aufgebaut haben, konnten wir nicht erst im Kosovo, sondern schon seit

Anfang der 90er Jahre in dem zerbrechenden Vielvölkerstaat auf dem Balkan Schritt für Schritt verfolgen. Zuerst versuchten sich die wohlhabenderen nördlichen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien von Rest des Staates abzukoppeln. Das wiederum motivierte die von Serben beherrschte Zentralregierung zu dem Versuch, diese Abspaltungen gewaltsam zu verhindern bzw. die abtrünnigen Gebiete wieder unter ihre Gewalt zu bringen.

Bei diesem Versuch der Rückeroberung ging es nicht nur um den relativen Reichtum dieser nördlichen Gebiete und deren industrielle Einrichtungen, sondern nebenbei auch noch um die DM-Devisen, die sich gerade bei den Bürgern dieser grenznahen Landesteile angesammelt hatten. Da sich aber die Menschen in den Teilrepubliken längst ethnisch durchmischten hatten, kam es im Zuge dieser Separationsbewegungen zu Vertreibungen und Verfolgungen in beiden Richtungen mit zunehmender Gewaltanwendung. Dies führte damals schon zu einem ersten Eingreifen ausländischer Militäreinheiten, das jedoch – im Gegensatz zu den Ereignissen im Kosovo – damals noch durch einen UN-Beschluss gedeckt und vor allem mit keinen Luftangriffen verbunden war.

Noch dramatischer als in Bosnien und anderswo ging es im weit abgelegenen und fast schon isolierten Landesteil der Kosovaren zu. Als dort die Spannungen zwischen der islamisch-albanischen Mehrheit und der serbischen Minderheit zu gegenseitigen Vertreibungen und Massakrierungen führten, versuchte die Zentralregierung in Belgrad ihrerseits die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kosovaren mit brachialer Gewalt zu unterdrücken und vor allem die serbische Minderheit zu schützen und zu stärken. Diese Gewaltmaßnahmen eskalierten dann noch durch das Auftreten der aus serbischer Sicht illegalen UCK. In welchem Maße sich diese Eskalation der Gewalt zur Zeit des Eingreifens der Nato zu einer ethischen 'Säuberung' und Massenvertreibung entwickelt hatte, dürfte allen noch genügend in Erinnerung sein. Ebenso, dass dieser von der UN nicht sanktionierte Eingriff sowohl gegen die Statuten des Völkerrechts verstieß als auch gegen jene der Nato selbst.

11. Die Hintergründe der westlichen Einmischung

Zweifellos boten die Vorgänge in Jugoslawien, vor allem auch die im Kosovo, genügend Anlass verändernd einzugreifen. Warum dies aber ohne einen legitimierenden UN-Beschluss erfolgte und mit solch einer radikalen Zerstörung der Infrastruktur in ganz Serbien, ist nicht ohne weiteres nachzuvollziehen. Vor allem ist es unverständlich, warum man nicht auf andere Art und Weise schon lange vorher versucht hat, die Reaktionen Belgrads zu beeinflussen. So hätte beispielsweise ein rechtzeitig durchgesetztes konsequentes Embargo von Rüstungsgütern und Mineralöllieferungen genauso wirksam sein können, wie die nachherige Zerbombung der entsprechenden Anlagen. Das gleiche gilt für eine finanzielle Unterstützung der Opposition in Jugoslawien, die in Belgrad schon Anfang der 90er Jahre möglich und notwendig gewesen wäre. Ausserdem wären diese Maßnahmen, auch wenn man die angrenzenden Länder für ihre wirtschaftlichen Verluste entschädigt hätte, vielmals billiger gewesen als die Zerstörungen mit Waffengewalt, von den Kosten des Wiederaufbaus gar nicht zu reden.

Dass die der Gewalt vorausgegangenen wirtschaftlichen und sozialen Zerrüttungen Jugoslawiens entscheidend mit der schuldenbedingten Verarmung des Landes und der Inflation zusammenhängen, wurde bereits dargelegt. Diese Verschuldungen haben jedoch nicht nur die westlichen Kapitalgebergruppen reicher gemacht, sondern auch diejenigen, die von den bis ins Ende der 90er Jahren reichenden Rüstungslieferungen auf den Balkan profitiert haben. Warum hat man uns über Jahre hinweg im Fernsehen immer nur die Kisten und Transporte der Hilfslieferungen in die von den Kämpfen und Zerstörungen betroffenen Länder gezeigt, nie aber die der Rüstungsgüter, die – nicht anders als am Golf – in vielen Fällen sogar an beide Seiten gingen? Hat man im Westen dem gewaltsamen Weg vielleicht deshalb den Vorzug gegeben, weil der Einsatz und Verschleiß der Waffen, die Zerstörungen und der Wiederaufbau wirtschaftlich interessanter waren als alle anderen Alternativen?

Wenn man sich noch einmal an den Bericht des "Berliner Tagesspiegel" über die "Bombenerfolge für die britische Industrie" und die Auseinandersetzungen über den Wiederaufbau Kuweits erinnert, erhalten jedenfalls manche Vorgänge in Jugoslawien einen anderen Hintergrund. Das gilt auch für solche Details wie die 'irrtümliche' Bombardierung der chinesischen Botschaft, ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als sich mit Hilfe Russlands ein erster Waffenstillstand anzubahnen schien. Ebenso fragwürdig ist, dass man noch während der Kämpfe die Anklage Milosevics vor dem Tribunal in Den Haag verkündete, was zweifellos den Widerstand des Belgrader Regimes verstärkte und den Waffenstillstand verzögerte.

Auch die von den ersten Bombenangriffen an veröffentlichten und ständig wiederholten Beteuerungen, dass man nur Sachanlagen zerstören und diese hinterher wieder aufbauen würde, waren bezeichnend. Obwohl die Leere der öffentlichen Kassen der Nato-Länder überall beklagt wird, war schon von einem "Marschallplan II" die Rede, an den die westdeutschen Unternehmen schon eine angemessene Beteiligung anmahnten. Selbst der deutsche Finanzminister Hans Eichel versuchte – wie der SPIEGEL in der Ausgabe 19/1999 berichtete – während der Nato-Bombardierungen die Öffentlichkeit zu beruhigen: "Ich weise darauf hin, dass von der Hilfe für die Menschen im Kosovo letzten Endes ganz Europa profitieren wird, denn der Wiederaufbau ist auch ein Beschäftigungsprogramm."

Bedenkt man, dass allein die Schäden durch die Luftangriffe auf 120 Mrd Dollar geschätzt werden und die gesamten Zerstörungen in allen Teilen des Vielvölkerstaates auf bis zu 400 Mrd Dollar, dann stellen die zu erwartenden Wiederaufbau-Aufträge tatsächlich eine interessante Größe dar. Eine Größe, hinter der das Schicksal der Vertriebenen und Ermordeten oder die Umweltzerstörungen und -vergiftungen durch die Angriffe der Nato fast in Vergessenheit geraten. Die Frage bleibt allerdings, wie dieses arme Land, dessen Sozialprodukt inzwischen auf 20 Mrd Dollar gesunken ist, diesen Wiederaufbau finanzieren soll.

12. Hindernisse für Abrüstung und Konversion

Durch den Einsatz vergleichsweise bescheidener Dollar-Milliardenbeträge, zum Beispiel zur Finanzierung wirksamer Embargo-Maßnahmen oder humanitärer und politischer Hilfsprogramme, hätte man möglicherweise in Jugoslawien und auch anderswo manche Eskalation der Gewalt vermeiden können. Würden solche Maßnahmen noch von einem konsequenten Exportverbot aller Rüstungsgüter aus den Industrienationen begleitet, würden die heutigen Eskalationen von Gewalt in vielen Fällen zumindest eingegrenzt. Noch positiver und wirkungsvoller wäre es, die armen Länder vor überhöhten Verschuldungen zu schützen bzw. diese – oder zumindest die Zinszahlungen – in bestimmten Fällen zu erlassen. Schon mit wenigen Milliarden Dollar wären auf diese Weise der soziale Niedergang in Jugoslawien und damit alle daraus resultierenden Folgen zu vermeiden gewesen.

Noch wirkungsvoller wäre ein allgemeines Verbot jeglicher Rüstungsproduktion in aller Welt, dessen Übertretung grundsätzlich genauso geahndet wird wie ansonsten Beihilfe zum Mord bzw. Massenmord.

Doch so lange die bisherigen Strukturen unserer Weltwirtschaft unverändert bleiben, sind alle Chancen für eine solche Vermeidung problematischer Entwicklungen ebenso eingeschränkt wie der Abbau oder die Konversion der Rüstungsproduktionen. Das gilt vor allem für den Tatbestand, dass der globale Kapitalismus nicht nur auf eine ständige Ausweitung des wirtschaftlichen Wachstums angewiesen ist, sondern – weil das nicht ausreicht um ihn dauerhaft zu stabilisieren – zu zwischenzeitlichen, möglichst kostspieligen Zerstörungen, die über Rüstung und Kriege am wirkungsvollsten umzusetzen sind.

Weil das so ist, sind auch die Ergebnisse aller bisherigen Abrüstungsverhandlungen nichts als Augenwischerei. Man entledigt sich im Ergebnis dabei meist eines Teils der zum Ballast gewordenen Überrüstung bei weiter laufender Neuproduktion und Modernisierung. Und diese beschleunigte Verschrottung, die wieder Milliarden

verschlingt, ist – ähnlich wie die Produktion – ein Mordgeschäft für die beteiligten Unternehmen. So wurden allein in der Bundesrepublik Deutschland in den 90er Jahren rund 10.000 konventionelle Waffensysteme zerstört, überwiegend – soweit sie nicht auf den Gebrauchtwaffenmärkten abgesetzt werden konnten – aus Beständen der Nationalen Volksarmee. Insgesamt kostete uns diese Aktion 190 Millionen Mark. In ganz Europa will man insgesamt viermal soviel in Rüstungsgütern eingefrorenes Kapital endgültig aus der Welt schaffen. Und dieser ganze Irrsinn wird sich kaum überwinden lassen, solange wir diese Rüstungsproduktion und deren friedliche oder kriegerische Vernichtung als Garanten unserer Wirtschaftswachstums ebenso benötigen wie zur Vermeidung fallender Zinsen.

Das gilt selbst für die zwischen den USA und Russland abgesprochene Verringerung der strategischen Atomwaffen auf ein Drittel des früheren Potenzials. Denn auch nach dieser geplanten Reduzierung wird es immer noch 6.000 dieser Waffen geben, immer noch genug, um die Erde vielfach zu zerstören.

Aus all diesen Gründen ist auch der Ruf nach einer Rüstungskonversion – also der Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktionen – keine Frage des Wünschens oder Wollens. Sie scheitert ganz einfach daran, dass eine solche Umstellung das Angebot auf den zivilen Märkten vergrößern würde, auf denen bereits heute eine weitgehende Überversorgung besteht. Diese Überversorgung, die den Zins in der zweiten Hälfte der 90er Jahre bereits weltweit auf ein kritisches Niveau sinken ließ, war und ist ja einer der Gründe, warum das Kapital in Bereiche drängte, die – wie die Rüstung – nicht renditedrückend sind.

So wie die soziale und die ökologische Frage ist also auch das Problem der Rüstung und des Friedens solange nicht zu lösen, wie die Fehlstrukturen unserer Geldordnung unangetastet bleiben.

13. Durch Gerechtigkeit zum Frieden

Angesichts der bislang ungelösten Strukturprobleme des globalen Kapitalismus ist zu befürchten, dass die fortschreitende Polarisierung von Reichtum und Armut und damit die zunehmende Verschuldung in aller Welt weiterhin Zündstoff für soziale Konflikte bleiben wird. Schulden und Inflationen dürften vor allem die Volkswirtschaften des Südens weiterhin ruinieren und Flüchtlingsströme auslösen, die wir erst dann registrieren, wenn sie unsere eigenen Grenzen erreichen. Außerdem treibt der geld- und zinsbedingte Zwang zum Wirtschaftswachstum die Industrienationen weiter in den Teufelskreis der "schöpferischen Zerstörung" (Schumpeter), zu dem Rüstung und Waffenexporte und – was noch schlimmer weil wirkungsvoller – auch der Einsatz derselben gehören.

Zu den sozialen Konflikten unseres kapitalistisch verfälschten marktwirtschaftlichen Systems, bedingt durch die weiter wachsenden Polarisierungen zwischen Reich und Arm, dürften in zunehmendem Maße ökologische Konflikte kommen, vor allem um die knapper werdenden Vorräte an Trinkwasser, Erdöl und anderen Ressourcen. Dabei ist zu befürchten, dass dieses explosive Gemisch aus sozialen und ökologischen Konflikten auch weiterhin an wechselnden Orten der Welt militärisch explodiert, wie bereits in der Vergangenheit am Golf oder in Ländern wie Armenien, Tschetschenien und anderswo. Umso dringender wird der weitere Aufbau von zivilen Friedensdiensten zur Vorbeugung weiterer 'humanitärer Katastrophen' und darüber hinaus ein Nachdenken über grundlegende Auswege aus dem Teufelskreis der Gewalt in eine gerechtere und friedlichere Welt, die eine Welt ohne Rüstung und Krieg sein könnte. Ziel eines solchen Nachdenkens sollte es sein zu klären,

1. wie allen Menschen ein gleichberechtigter und naturverträglicher Zutritt zum Boden und seinen Schätzen verschafft werden kann, und

2. wie das Geld so umgestaltet werden kann, dass es für alle Menschen ein produktions-, wachstums- und verteilungsneutrales, also ein

gerechtes Tauschmittel wird.

Kein geringerer als der britische Ökonom John Maynard Keynes hat in seinem Hauptwerk "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" nicht nur die drei entscheidenden Problemfelder unserer Tage im Buchtitel zusammengefasst. Er hat darüber hinaus gleich mehrfach dargelegt, dass eine Korrektur der Geldordnung soziale Gegensätze entschärfen und damit den Frieden in der Welt fördern würde. So schrieb er zum Beispiel, dass es möglich sein müsste, "innerhalb einer Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Gleichgewicht auf ungefähr Null herunterzubringen." Und das damit einhergehende Sinken des Zinsniveaus gegen Null würde – so meint Keynes weiter – "der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden." (S.185) Keynes sprach in diesem Zusammenhang von einem großen "Zeitenwechsel": die bisherige kapitalistische Marktwirtschaft mit all ihrer Ungerechtigkeit und Friedlosigkeit würde dann in eine "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" übergehen, in der sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf internationaler Ebene der Umgang des Menschen mit dem Boden und mit dem Geld neu geregelt wird.

- Der Boden, die Ressourcen und die Atmosphäre werden als Gemeingüter behandelt, deren private Nutzung gegen Gebühren möglich ist, die wiederum an alle Menschen gleichermaßen zurückfließen.

- Das Geld wandelt sich von einem zerstörerischen Beherrscher der Märkte zu ihrem Diener. Es wird nicht mehr durch den Antrieb von Zinsen und Zinseszinsen in Bewegung gehalten, auch nicht durch Währungen zerstörende Inflationen, sondern durch "künstliche Durchhaltekosten" (Keynes), die seine besondere Machtposition auf den Märkten neutralisieren.

Die Entscheidungen über Investition und Produktion würden sich dann nicht mehr nach irrationalen Rentabilitätskriterien richten, sondern allein nach rationalen Einsatzes von menschlichen und natürlichen Ressourcen. Bei einem Absinken des Zinssatzes auf einen Gleichgewichtssatz in der Nähe

von Null gehen die zinsbedingten Einkommensumschichtungen von der Arbeit zum Besitz, also von Arm zu Reich, zurück. Damit verringert sich die Ungerechtigkeit unseres heutigen monetären Systems, die immer mehr zur Hauptursache der sozialen und politischen Spannungen wird.

Mit den sinkenden Zinsen geht aber auch die übermäßige Zunahme der Geldvermögen und damit der Investitions-, Verschuldungs- und Wachstumszwang zurück. Damit wiederum die Notwendigkeit jener "Überproduktions- und Reinigungskrisen", mit denen heute – ob in Rezessionen, Crashes oder Kriegen – die zinsdrückenden Sachkapitalanhäufungen periodisch reduziert werden müssen, vor allem um dem weiter wuchernden Geldvermögen renditesichernd Platz zu machen. Als Folge davon bauen sich auch die Ursachen ab, die die Staaten heute dazu zwingen, das Spiel der Überrüstung mitzumachen oder gar bewusst zu betreiben, inzwischen sogar schon, um sich gegen die zunehmenden Flüchtlingsströme abzusichern. Kurz: Der Systemzwang zur zivilen und militärischen Kapitalvernichtung käme zum Erliegen.

Alles, wofür sich heute die Menschen in der Friedensbewegung engagieren (Friedenspädagogik, Abrüstung, Konversion und zivile Friedensdienste), ist notwendig und sinnvoll. Darüber hinaus ist es aber unverzichtbar, sich auch mit den wirtschaftlichen Triebkräften von Rüstung und Krieg zu befassen, die in einem entscheidenden Maße in der bislang geltenden Geld- und Bodenordnung angelegt sind. Denn nur wenn es uns gelingt, diese Triebkräfte zu überwinden, öffnet sich der Weg zu einer gewaltlosen und friedlicheren Welt.

Anmerkungen:

- 1 Präsident der Hifa-Austria, "Die Zukunft beginnt jetzt", in: Der Dritte Weg 7/92
- 2 Süddeutsche Zeitung von 14.4.99
- 3 George Bernhard Shaw, Politik für jedermann, Zürich 1948, S. 218-219
- 4 Karl Barth, Die kirchliche Dogmatik Band III/4, Zürich 1951, S. 525
- 5 Luis Ignacio Silva, zitiert in: Susan George, Sie sterben an unserem Geld, Reinbek 1988, Buchrückseite
- 6 John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936/96, S. 90, 110 u. 322
- 7 Silvio Gesell, Gesammelte Werke, Lütjensburg 1988-1999, Band 12, S. 28 und 290-292.

29. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Das Evolutionsdenken als politikgestaltendes Prinzip – Selbstorganisation als Nachhaltigkeit sichernder Ordnungsrahmen

Samstag / Sonntag, 31. März / 1. April 2001, Werratal-Hotels, Hannoversch Münden, Ortsteil Laubach

SAMSTAG, 31. MÄRZ 2001

09.30 Uhr **Eröffnung der Tagung und Einführung in das Tagungsthema**

Ekkehard Lindner, Tagungsleiter

09.45 Uhr **Macht die Evolution dem Gesetzgeber Vorgaben?**

Dr. Helmut Helsper, Ministerialrat, Bundesfinanzakademie Brühl

11.15 Uhr **Zum Forschungsansatz der Evolutionsökonomik**

Prof. Dr. Ulrich Witt, Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Wirtschaftssystemen, Abt. für Evolutionsökonomik, Jena

12.45 Uhr Mittagspause

14.30 Uhr **Wendepunkt der Evolution?**

Prof. Günther Moewes, Fachhochschule Dortmund

16.15 Uhr Kaffeepause

17.00 Uhr **Ist die Freiwirtschaftslehre evolutionsfähig?**

Dieter Schad, Dipl.disc.pol., Berufsakademie Sachsen, Dresden

19.00 Uhr Abendessen

SONNTAG, 1. APRIL 2001

09.30 Uhr **Sozialdarwinismus – Phantom oder reale Bedrohung?**

Privatdozent Dr. Andreas Paul, Institut für Zoologie und Anthropologie der Universität Göttingen

Rundgespräch mit den Referenten der Tagung und den Teilnehmern

Leitung: Jörg Gude: Dipl.Vw.Ass.jur.

12.00 Uhr Ende der Tagung

Änderungen vorbehalten!

Anmeldung nicht erforderlich. Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben. - Einladung ggf. anfordern von: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, Geschäftsstelle, Postfach 1550, 37145 Northeim, Fon & Fax 05503-3205 (Ekkehard Lindner).

Cornelia Brinkmann:

Ziviler Friedensdienst – Praktische Schritte zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung

Ausgangslage

Nach Beendigung des Kalten Krieges zwischen Ost und West hat sich leider die Hoffnung auf ein friedlicheres Zusammenleben der Menschen nicht erfüllt. Wider Erwarten ist die Anzahl kriegerischer Auseinandersetzungen gestiegen. Die Anzahl und das Ausmaß innerstaatlicher gewaltförmiger Konflikte sind erheblich angewachsen. Diese innergesellschaftlichen Gewaltausbrüche mit zum Teil großen Verlusten bei der Zivilbevölkerung stellen die internationale Gemeinschaft vor eine große Herausforderung. Diese hat wenig entwickelte legitime Instrumente, um auf Bürgerkriege und ähnliche Konflikte mäßigend einzuwirken. Auf innerstaatliche Konflikte bietet militärische Gewalt keine ausreichende Antwort. Vielmehr haben in solchen Konflikten gerade zivilgesellschaftliche Akteure neben den politischen Akteuren einen erheblichen Gestaltungsspielraum.

Gerade die ungeheuren Gewaltexzesse wie in Ruanda, im ehemaligen Jugoslawien oder in Ost-Timor stellen die internationale Gemeinschaft vor die Frage, was sie zur Beendigung oder, noch besser, zur Vermeidung solcher Ausbrüche beitragen könnte. Die Antworten fallen sehr unterschiedlich aus; aber es wird deutlich, dass der politische Wille und die Bereitschaft wachsen, sich auch in Angelegenheiten eines anderen Staates, auch gegen dessen Willen, einzumischen, wenn Menschenrechte missachtet werden. Das am weitesten gegangene Beispiel ist die Intervention der NATO im Kosovo 1999, mit zweifelhafter legitimatorischer Grundlage. Inzwischen wird die Aufmerksamkeit stärker auf Möglichkeiten der Gewaltprävention gelenkt. Weiterhin wächst die Einsicht, dass neben den politischen und militärischen Akteuren gerade zivile Akteure wie z.B. die Kirchen einen positiven Einfluss auf die Entwicklung von gewaltförmigen Konflikten nehmen können.

Ursprünge der Idee eines Zivilen Friedensdienstes

Die Rückkehr von Kriegen und Bürgerkriegen nach Europa überraschte auch die deutsche Friedensbewegung und löste zunächst ein bedrücktes Schweigen aus. So wichtig die vielen humanitären Hilfsleistungen auch sind – es blieb das schale Gefühl, auf solche Konflikte von Seiten der Zivilgesellschaft keine politisch überzeugenden Antworten geben zu können. Das Militär als ultima ratio zu akzeptieren, fiel weiterhin schwer und forderte zu intensivem Nachdenken auf, wie eine angemessene zivilgesellschaftliche Antwort auf solche Konflikte aussehen könnte.

Seit Jahren existieren zum Beispiel mit den Peace Brigades International kleine vorbereitete Friedenteams, die auf Einladung von PartnerInnen in Konfliktregionen hilfreich und schützend tätig wurden. Diese Peace Teams sehen sich in der Tradition der von Mahatma Gandhi entwickelten Shanti Sena (Friedensheer). Gandhi entwickelte während der Straßenunruhen in Bombay 1922 die Idee, multinational zusammengesetzte und gut ausgebildete Gruppen von Friedensschlichtern aufzubauen und gegebenenfalls auch einzusetzen.

Ghandis Idee wurde auch in Europa von den Kirchen aufgegriffen. 1989 regten die christlichen Kirchen während einer europäischen ökumenischen Versammlung in Basel die Bildung von ökumenischen Friedensdiensten an. Daraus entstand in Deutschland das Shalom-Diakonat in Wethen-Diemenstadt. Ebenfalls 1989 wurde in Deutschland mit Sitz in Minden der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) gegründet, der sich für die Entwicklung von gewaltfreien und zivilen Instrumenten der Konfliktbearbeitung stark macht.

Im Herbst 1991 wurde von der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg der Zivile Friedens-

dienst als zweite sicherheitspolitische Option eingebracht, was eine intensive Diskussion auslöste. 1994 wurde das Forum Ziviler Friedensdienst von Einzelpersonen und Organisationen gegründet mit dem Ziel, gemeinsam die bisherigen Ideen zu bündeln und möglichst bald einen finanziellen und gesetzlichen Rahmen für gewaltfreie Kriseninterventionen zu schaffen. So bald wie möglich sollten ausgebildete Friedensfachkräfte in größerer Anzahl für die Krisenintervention zur Verfügung stehen.

Die Grundüberlegungen der Evangelischen Kirchen in Berlin-Brandenburg wurden in Diskussionen ständig weiter modifiziert. Der Begriff Ziviler Friedensdienst hat sich dabei als tragfähig erwiesen, obwohl sich die konzeptionellen Überlegungen verändert haben.

Von der Idee zur Realität

Das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) wurde 1996 als gemeinnütziger Verein gegründet und verfolgt laut Satzung das Ziel: "Fortentwicklung und Verwirklichung der Idee eines Zivilen Friedensdienstes als staatlich geförderter Dienst von ausgebildeten weiblichen und männlichen Fachkräften in pluraler gesellschaftlicher Trägerschaft".

Politische Lobbyarbeit

Seit 1995 beteiligte sich eine Gruppe von Parlamentariern des Deutschen Bundestages von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen an der politischen Durchsetzung des Zivilen Friedensdienstes. Das Konzept "Startphase Ziviler Friedensdienst" scheiterte 1997 zunächst am Widerstand des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Daraufhin entschied das Land Nordrhein-Westfalen 1997, die Idee der Ausbildung mit einem Modellvorhaben "Ausbildungsmaßnahmen in Ziviler Konfliktbearbeitung" zu verwirklichen. Beide Kirchen, die katholische und die evangelische, haben dies mit großem Erfolg unterstützt. Die Gespräche mit den Parlamentariern wurden im Hintergrund weitergeführt. Vor den Bundestagswahlen und nach dem Regierungswechsel kam wieder

Schwung in die Diskussionen um einen staatlich geförderten Zivilen Friedensdienst.

1998 wurde im Koalitionsvertrag der neuen Regierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgende Passage aufgenommen: "Die neue Bundesregierung wird sich mit aller Kraft um die Entwicklung und Anwendung von wirksamen Strategien und Instrumenten der Krisenprävention und friedlichen Konfliktregelungen bemühen. Hierzu gehört die Verbesserung der Voraussetzungen für die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und -diensten (z.B. Ziviler Friedensdienst)."

Im Rahmen eines Konsortiums, in dem alle Entwicklungsdienste sowie das Forum Ziviler Friedensdienst und die Aktionsgemeinschaft für den Frieden (AGDF) vertreten sind, wurden Richtlinien eines Rahmenkonzepts für einen Zivilen Friedensdienst erarbeitet und mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) diskutiert. Im Sommer 1999 wurde dieses Rahmenkonzept vom BMZ verabschiedet. Es umreißt die Rahmenbedingungen für einen Zivilen Friedensdienst in der Entwicklungszusammenarbeit. Hierfür stehen im Jahr 2000 17,5 Mio DM zur Verfügung. Seit 1999 unterstützt nun auch der Bund die Ausbildung von Friedensfachkräften in ziviler Konfliktbearbeitung. Die Friedensfachkräfte erhalten eine Vergütung nach dem EntwicklungshelferInnen-Gesetz. Der Zivile Friedensdienst wird ein neuer Bestandteil der Entwicklungshilfe und die Entwicklungsdienste entdecken seitdem ihren Beitrag zur Gewalt- und Krisenprävention.

Auch an anderen Stellen verstärkt die Regierung ihre Bemühungen um eine Zivilisierung der Konfliktbearbeitung. Seit einem Jahr bietet das Auswärtige Amt seinem zivilen Personal zweiwöchige Vorbereitungskurse für internationale Friedensmissionen an, um damit den Anteil von zivilem Personal bei internationalen Missionen zu erhöhen. Und das Bildungsministerium fördert die Gründung einer Friedensstiftung, um die Forschungsbemühungen auch im Themenfeld Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensursachen zu intensivieren.

Die Ausbildung einer Friedensfachkraft

Der Umgang mit der Waffe erfordert eine sorgfältige Ausbildung. Im Grunde ist auch eine sorgfältige Ausbildung für den Frieden dringend notwendig. Eine positive Einstellung zur Gewaltfreiheit ist dabei hilfreich, aber nicht ausreichend. Aus diesem Grunde legt das Forum Ziviler Friedensdienst großen Wert auf eine umfangreiche und praxisorientierte Ausbildung. Die Arbeit in Krisengebieten erfordert ein hohes Maß an 'gestandener' Persönlichkeit; darum werden in der Regel Männer und Frauen mit Berufs- und Lebenserfahrung ab 28 Jahren für eine Tätigkeit als Friedensfachkraft ausgewählt. Weiterhin ist es erwünscht, dass die zukünftige Friedensfachkraft ihr zukünftiges Arbeitsgebiet bereits vor der Ausbildung kennt, um die Ausbildung projektbezogen ausrichten zu können. Mit der Ausbildung verpflichtet sich die Friedensfachkraft zu einem mindestens ein- bis zweijährigen Projekteinsatz.

Die 1997 zunächst auf vier Monate angesetzte Vollzeit-Ausbildung wurde inzwischen auf fünf Monate ausgedehnt und um eine Praktikumsphase in einem ZFD-Projekt erweitert. Da anwendungsorientiertes Wissen im Mittelpunkt steht, wird viel mit Rollenspielen und praktischen Übungen gearbeitet. Zentrale Themen der Ausbildung sind: Konfliktanalyse und -management, Methoden Ziviler Konfliktbearbeitung (zivile gewaltfreie Optionen wie Mediation), Entwicklung und Selbstverständnis als Friedensfachkraft, Entwicklung von Grundkompetenzen (Teamfähigkeit, interkulturelle Kommunikation, Arbeitsorganisation und Öffentlichkeitsarbeit), Projektmanagement sowie Spezialisierungen wie zum Beispiel Trauma-Arbeit.

Seit 1997 wurden 65 Friedensfachkräfte in fünf Kursen ausgebildet. Die TeilnehmerInnen, Männer und Frauen zwischen 28 Jahren und 55 Jahren, kamen aus verschiedenen Ländern: Deutschland, England, Kroatien, Bosnien, Serbien, Tschad und Kamerun. Fast alle sind in Projekte ins Ausland gegangen. Zu nennen sind Regionen des ehemaligen Jugoslawiens (Bosnien, Kroatien, Kosovo, Serbien, Bosnien-Herzegowina), aber

auch Rumänien, die Türkei, Palästina, Kamerun, Ruanda, Simbabwe, Somalia, Tschad, Namibia, Haiti und Bangladesch. Die Broschüre "Frieden ist machbar"! enthält einige Berichte aus dieser Projektarbeit.

Der Zivile Friedensdienst

Der Zivile Friedensdienst zielt darauf ab, die Idee der Gewaltfreiheit zu institutionalisieren. Professionelle Friedensfachkräfte sollen gewaltvermeidend oder gewaltvermindernd auf Konflikte im In- und Ausland einwirken, indem sie

- der Gewalt vorbeugen;
- in Konflikten vermitteln, schlichten und versöhnen;
- Möglichkeiten gewaltfreien Umgangs mit Konflikten erarbeiten und in Konflikten vermitteln;
- und damit Strukturen der Zivilgesellschaft stärken.

Der Zivile Friedensdienst ist partnerorientiert, d.h. er arbeitet in Konfliktregionen mit Organisationen, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen zusammen, die zur Wahrung von Frieden und Menschenrechten beitragen wollen und dabei Unterstützung auch von internationalen Fachkräften wünschen. Die regionalen Partner entscheiden in Abstimmung mit den Friedensfachkräften und deren Entsendeorganisation die Aufgabenfelder.

Der Zivile Friedensdienst ist ein noch junges Instrument, weshalb sich zur Zeit die Handlungsfelder aus den Erfahrungen von den Peace Brigades International und von dem Balkan Peace Team ableiten. Folgende Handlungsfelder sind zu nennen:

- Beobachtung konfliktträchtiger Situationen und möglicher Schutz vor Übergriffen durch internationale Präsenz;
- Beratung und Unterstützung friedenswilliger Kräfte in Konfliktgebieten;
- Beratung von Einzelpersonen und Gruppen über Rechte und Hilfsquellen;
- Herstellung von Präsenz, um Verletzungen von Menschenrechten zu verhindern;
- Vermittlung und Förderung von Gesprächen zwischen ehemals verfeindeten Gruppen;
- Begleitung von rückkehrwilligen Flüchtlingen;

- Training in ziviler Konfliktbearbeitung und ihren Methoden.

Der Zivile Friedensdienst ist freiwillig und teamorientiert, d.h. es wird angestrebt, dass Friedensfachkräfte im Team von jüngeren und älteren Männern und Frauen verschiedener Nationalitäten, möglichst auch aus der Konfliktregion, zusammenarbeiten. Damit sollen möglichst viele Perspektiven in einem Team vertreten sein, um Konflikte in ihrer Vielschichtigkeit und -deutigkeit beleuchten zu können. Weiterhin hat dies den Vorteil, unterschiedliche AnsprechpartnerInnen anbieten zu können, je nachdem wer als GesprächspartnerIn am meisten akzeptiert wird. Und innerhalb eines Teams besteht die Möglichkeit, sich durch kollegiale Supervision gegenseitig zu unterstützen.

Südbalkan-Programm des Forum Ziviler Friedensdienst

Seit dem Ende des Kosovo-Krieges arbeitet das forumZFD intensiv an einem Konzept für ein umfassendes und länderübergreifendes Südbalkan-Programm. Langfristig ist ein friedliches Zusammenleben in der südslawischen Region nur denkbar, wenn beim Aufbau demokratischer Strukturen Unterstützung nicht allein für das Kosovo gegeben wird, sondern Gesamtserbien und seine Anrainerstaaten einbezogen werden. Aus diesem Grunde werden Zivile Friedensdienste im Rahmen des Südbalkan-Programms des forumZFD in Albanien, Bosnien, Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien angestrebt.

Im Februar 2000 haben die ersten Teams von Friedensfachkräften in Kosovo, Bosnien und Kroatien ihre Arbeit aufgenommen. Es folgten Teams in der Herzegowina und in Serbien.

In der Aufbauphase führten die Friedensfachkräfte viele Gespräche. Das in Prizren angesiedelte Kosovo-Team nahm viele Kontakte zu unterschiedlichen regionalen Nichtregierungsorganisationen auf, um die Möglichkeiten und die Bedürfnisse für eine Zusammenarbeit auszuloten, aber auch um sich und die Arbeit des Forum Ziviler Friedensdienst vorzustellen. Mit internationalen Organisationen werden Kontak-

te gepflegt und an spezifischen Projekten zusammengearbeitet. Eine Fachkraft entwickelt den Arbeitsschwerpunkt in der Vernetzungsarbeit von Frauenorganisationen und in der Trauma-Arbeit. Eine zweite Fachkraft bemüht sich um den Aufbau von Jugendinitiativen und deren Vernetzung in der Region.

Nahaufnahme eines konkreten Projektes: Trauma-Arbeit

Von posttraumatischem Streß und Traumata sind im Kosovo viele Menschen betroffen, auch noch ein Jahr nach dem Krieg. Im Kosovo gibt es keine Tradition, bei der Behandlung von Krankheiten auch psychosoziale Aspekte zu berücksichtigen. Es stehen lediglich neun klinisch ausgebildete PsychologInnen für die Trauma-Arbeit zur Verfügung.

Erst nach einer Behandlung von Traumata kann erwartet werden, dass sich die betroffenen Menschen wieder kraftvoll im Alltag und am Aufbau ihrer Gesellschaft beteiligen. Mit entsprechendem Training können Ärzte, Krankenschwestern und PädagogInnen dafür ausgebildet werden, posttraumatischen Streß und Traumata zu erkennen und in leichteren Fällen zu behandeln. Eine Fachkraft vom forum ZFD arbeitet seit Monaten mit einer Gruppe von Ärzten, Ärztinnen, Krankenschwestern, PsychologInnen und PädagogInnen aus der Region Prizren zusammen, die seit einem Jahr von Spezialisten im Umgang mit traumatisierten Menschen ausgebildet wurden. Neben ihrer regulären Arbeit in Ambulanzen, Gesundheitshäusern, im Zentrum für Sozialarbeit und in Schulen besuchen sie traumatisierte Menschen und behandeln diese, wenn es möglich ist. Diese Gruppe wurde bisher von einer internationalen Organisation gefördert, die sich nun aus dem Kosovo zurückziehen wird – eine Erfahrung, die zur Zeit einige regionale Initiativen machen, wenn Organisationen der humanitären Hilfe oder des Wiederaufbaus ihre Aufgaben als erfüllt ansehen. Der Wiederaufbau von tragfähigen Häusern wird berücksichtigt, aber nicht der Aufbau von tragfähigen gesellschaftlichen Strukturen. In dieser Situation wird die Gruppe von der Friedensfachkraft

dabei unterstützt, sich selbst zu organisieren. Die Registrierung als NGO wurde gemeinsam in die Wege geleitet. Die Gruppe wird beim Aufbau stabiler Arbeitsstrukturen begleitet und bei der Formulierung von Projektanträgen unterstützt, um die Fortsetzung der Arbeit zu sichern. Die zahlreichen Kontakte der Fachkraft zu internationalen Organisationen und nach Deutschland sind hilfreich, um auf die wichtige Arbeit der Gruppe aufmerksam zu machen. Durch die fachliche Begleitung der Friedensfachkraft lernt die Gruppe Elemente demokratischer Arbeitsstrukturen kennen und zu integrieren. Sie lernt ihre Bedürfnisse zu formulieren und selbst nach Umsetzungsmöglichkeiten zu suchen. Diese Erfahrung fällt ihr keineswegs leicht und sie ist deshalb froh über die Unterstützung durch eine Friedensfachkraft.

Ecken und Kanten

Trotz dieser positiven Entwicklungen ist es dennoch notwendig, auch auf einige Reibungspunkte hinzuweisen.

So begrüßenswert das politische Engagement des BMZ für einen Zivilen Friedensdienst ist, es muss in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, dass das BMZ den Zivilen Friedensdienst konzeptionell als Element seiner Entwicklungszusammenarbeit vorsieht. Das hat sowohl Vor- wie auch Nachteile für die Friedensdienste und heißt konkret, dass BMZ-Projekte nur in Entwicklungsländern gefördert werden und dies auch nur nach Zustimmung durch das Auswärtige Amt. Als Schwerpunktregionen zur Förderung von Versöhnungsprozessen werden das ehemalige Jugoslawien einschließlich Kosovo, Ruanda, die Großen-Seen und Sudan genannt.

Antragsberechtigt sind ausschließlich anerkannte Entwicklungshilfeorganisationen. Dem forumZFD und der AGDF wird zugestanden, dass sie Anträge über eine Entwicklungshilfeorganisation stellen können. Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) sammelt alle ZFD-Anträge der Entwicklungsdienste und leitet sie an das BMZ weiter. Dieses Verfahren bedeutet für das forumZFD und seine Mitgliedsorganisationen einen gewaltigen bürokratischen Aufwand.

Die qualitativen Standards eines Zivilen Friedensdienstes im Südbalkan-Programm sind erheblich höher als diese von den Entwicklungsdiensten umgesetzt werden. Zentraler Maßstab für einen Zivilen Friedensdienst des forumZFD ist die anspruchsvolle Qualifizierung der Friedensfachkräfte in Ziviler Konfliktbearbeitung. Die Entwicklungsdienste dagegen planen eigene Qualifizierungsangebote von kürzerer Dauer (ca. 14 Tage).

Die BMZ-Zuwendung sichert die Vergütung der Friedensfachkräfte und die Infrastrukturkosten im Ausland ab. Größere Projekte können nur mit zusätzlichen Mitteln realisiert werden. Die Infrastrukturkosten in Deutschland müssen die Entsendeorganisationen selbst tragen. Hierfür ist das forumZFD dringend auf Spenden angewiesen.

Weiterführende Hinweise

- Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung für Zivile Konfliktbearbeitung/ Zivilen Friedensdienst (Hg.): Friedensfachdienst ist machbar! – Profis der Zivilen Konfliktbearbeitung im Einsatz. Bonn 1999.
- Tilman Evers (Hg.): Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden / Ideen, Erfahrungen, Ziele. Leverkusen/Opladen. Verlag Leske und Budrich, 2000.
- J. Freise und E. Fricke: Die Wahrheit einer Absicht ist die Tat. 1997.
- Michael Lund und Andreas Mehler: Peace-Building & Conflict Prävention in Developing Countries. CPN Guidebook 1999.
- Volker Matthies: Der gelungene Friede. Bonn: Dietz Verlag, 1997.
- Volker Matthies: Frieden muß von innen wachsen. Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst, 1999.
- Lisa Schirch: Den Frieden sichern. Köln: Heinrich-Böll-Stiftung, 1996.

Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung für zivile Konfliktbearbeitung (AGQ),

Wesselstr. 12, 53113 Bonn.

Tel.: 0228 – 98 14 473.

E-mail: agqualifizierung@t-online.de

Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (forum ZFD)

Wesselstr. 12, 53113 Bonn

Tel.: 0228 – 981 45 15. Fax: 0228 – 981 45 17.

E-mail: forumZFD@t-online.de

Internet: www.forumZFD.de

Auswärtiges Amt – Referat 203

Koordinator für die Ausbildung von zivilem Personal für internationale Einsätze

Adenauerallee 99–103, 53113 Bonn

Fax: 0228 – 17 29 22

E-mail: 203-S3@auswaertiges-amt.de

Internet: <http://www.auswaertiges-amt.de>

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.

Blücherstr. 14, 53113 Bonn
Tel.: 0228 – 24 99 90. Fax: 0228 – 249 99 20.
E-mail: agdf@friedensdienst.de

Eirene International

Engenser Str. 74b, 56564 Neuwied
Tel.: 02631 – 8 37 90

Peace Brigades International

Chemnitzer Str. 80, 22767 Hamburg
Tel.: 040 – 380 69 03. Fax: 040 – 386 94 17
E-mail: pbiger@shalom.life.de

Balkan Peace Team – International e.V.

Ringstr. 9a, 32427 Minden
Tel.: 0571 – 2 07 76. Fax: 0571 – 2 30 19.
E-mail: BalkanPeaceTeam@bionic.zerberus.de ???
Internet: <http://www.anlenna.nl/bpt>

Bund für Soziale Verteidigung (BSV)

Ringstr. 9a, 32427 Minden
Tel.: 0571 – 2 94 56. Fax: 0571 – 2 30 19.
E-mail: soziale_verteidigung@bionic.zerberus.de
Internet: <http://www.dfg-vk.de/bsv>

Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung

Altensteinstr. 48a, 14195 Berlin
Tel.: 030 – 831 80 90 / 99. Fax: 030 – 831 59 85.
E-mail: n.n.@berghof.b.shuttle.de
Internet: <http://www.b.shuttle.de/berghof/>

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

IFGK – Barbara Müller
Hauptstr. 35, 55491 Wahlenau
Tel.: 06543 – 98 00 96.

Ökumenischer Dienst Schalomdiakoniat

Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 05694 – 80 33. Fax: 05694 – 15 32.
E-mail: schalomdiakoniat@t-online.de
Internet: <http://home.t-online.de/home/schalomdiakoniat>

Bertolt Brecht "Über die Gewalt"

"Der reißende Strom wird gewalttätig genannt.
Aber das Flussbett, das ihn einengt,
nennt keiner gewalttätig."

*Gedichte, in: Gesammelte Werke Band 9,
Frankfurt 1967/1973, S. 602.*

B Ü C H E R

Herman E. Daly

Wirtschaft jenseits von Wachstum

Salzburg, München: Verlag Anton Pustet, 1999, 300 Seiten.

"Jenseits von Wachstum" ist die längst überfällige deutsche Übersetzung von "Beyond Growth", des 1996 erschienenen Buches des ökologisch orientierten Ökonomen Herman E. Daly. Thema des Buches ist die Konzeption einer nachhaltigen und damit – aus Sicht des Autors – wachstumsfreien Wirtschaft. Aus der Erkenntnis eines begrenzten physischen Ressourcenbestandes der Erde heraus begründet Daly die Forderung nach einer Wirtschaft ohne Wachstum. Dabei macht er gleich zu Beginn des Buches die wichtige Unterscheidung zwischen Wachstum ("quantitative Expansion", S.16) und Entwicklung einer Ökonomie ("qualitative Verbesserung", S. 16). Damit räumt Daly gleich zu Anfang seines Werkes auf mit diffusen Ängsten vor einem allzu oft – aber fälschlich – behaupteten Entwicklungsstillstand in einer Nullwachstums-Ökonomie. Gerade in der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung sieht der Autor eine wichtige Möglichkeit zur Erlangung von Nachhaltigkeit, bspw. durch die "Verbesserung in der Produktivität der eingesetzten Rohstoffe" (S. 24). Andererseits sagt er aber deutlich, daß Nachhaltigkeit nur möglich ist bei einer Verringerung des Konsums in der entwickelten Welt. Eine Veränderung der Konsummuster allein reiche somit nicht aus (S.33). Mit dieser Aussage unterscheidet sich Daly von den meisten anderen – auch ökologisch orientierten – Ökonomen.

"Wirtschaft jenseits von Wachstum" ist ein sehr wichtiges und wissenschaftlich durchaus anspruchsvolles Buch. Gleichzeitig ist es aber sehr verständlich und interessant geschrieben, so daß der Inhalt einerseits für den Laien gut nachvollziehbar ist, andererseits für den Fachmann viele neue Aspekte und Sichtweisen bietet. Mit seiner gut verständlichen Sprache vermag Daly auch Nicht-Ökonomen die "Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung" – so der Untertitel des Buches – zu vermitteln, z.B. mit Sätzen wie: "Märkte zielen einzig und allein auf die Erfüllung

effizienter Allokation ab. Optimale Allokation ist eine Sache, optimales Ausmaß eine andere" (S. 53), oder sein wirtschaftspolitischer Vorschlag, "der Verbrauch von natürlichem Kapital soll[e] nicht länger als Einkommen erfaßt werden" (S. 128), sondern als Kosten.

Erfrischend ist seine unkonventionelle Sichtweise ökonomischer Zusammenhänge. Bspw. spricht er von der "Überentwicklung" der westlichen Welt als Gegenstück zu den sog. unterentwickelten Regionen der Welt (S. 149). Logisch stringent und leicht nachvollziehbar meint er: "Die zwangsläufige Notwendigkeit einer Bevölkerung im stationären Zustand war für viele seit langem offensichtlich. Was für die 'Population' an Menschen gilt, muß auch für die 'Population' an Autos, Gebäuden, Viehbeständen und jeder einzelnen Form physischen Reichtums, der von den Menschen akkumuliert wird, gelten" (S. 162).

In einem Kapitel über den Wissenschaftler Frederick Soddy stellt Daly auch einige geldtheoretische Gedanken an. Dies ist ein Novum bei Daly, der in seinen bisherigen Schriften monetäre Aspekte nicht thematisiert hat. So kritisiert er z.B. die Verwechslung von Schulden (mathematische Größe) und Vermögen (physische Größe) als einen wesentlichen Irrtum der Wirtschaftswissenschaft (S. 235) und zitiert Soddy mit den Worten: "Und weil Vermögen nicht kontinuierlich mit der gleichen Geschwindigkeit wie die Schulden wachsen kann, muß an einem gewissen Punkt das Verhältnis eins zu eins zwischen den beiden zusammenbrechen [...]. Die positive Rückkopplung der Zinseszinsen muß durch entgegenwirkende Kräfte der Nichtanerkennung, z.B. in Form von Inflation, Bankrott oder Beschlagnahmungssteuern, ausgeglichen werden [...]". Und: "Man kann [...] den automatischen Schuldenzuwachs [...] nicht ständig gegen das Naturgesetz der automatischen Verringerung von Vermögen (durch Entropie) ausspielen" (S. 237). Damit erkennt auch Daly die Bedeutung des Geldes für die Wachstumsproblematik, die jedoch nur im Rahmen der Würdigung Soddys angesprochen wird.

Das Buch gliedert sich in sieben Teile. In den ersten drei Teilen (Ökonomische Theorie, Operationale Politik und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie in Teil V (Internationaler

Handel) beschäftigt sich Daly mit klassisch volkswirtschaftlichen Themen und diskutiert diese im Hinblick auf eine Nachhaltige Entwicklung. Im Kapitel IV analysiert er den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsproblematik und nachhaltiger Entwicklung anhand mehrerer Fallbeispiele aus Südamerika. Die Würdigung zweier Wissenschaftler – Frederick Soddy und Nicholas Georgescu-Roegen – bildet den Inhalt von Teil VI. Beide – der Chemiker Soddy und der Ökonom Georgescu-Roegen – brachten das aus der Physik stammende Gesetz der Thermodynamik in die Diskussion um eine nachhaltige Wirtschaftsweise ein, dessen Bedeutung für die Wirtschaftswissenschaft auch Daly unterstreicht. Im letzten Kapitel über Ethik, Religion und nachhaltige Entwicklung begibt sich Daly auf eine meta-physische Ebene und versucht eine ethische Grundlegung einer Nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise. Dabei gelingt ihm eine sehr zeitgemäße, rationale und keineswegs ideologisch verbrämte Interpretation der christlichen Lehre, die auch – und insbesondere – diesen Teil des Buches sehr lesenswert macht.

"Wirtschaft jenseits von Wachstum" wartet nicht auf mit wesentlich neuen Fakten zur Umweltproblematik, sondern mit einer bemerkenswert anderen Sichtweise vom Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie. Dies ist das besondere an Dalys Buch: Die Neuinterpretation der Wirtschaftswissenschaft unter der Restriktion der nachhaltigen Entwicklung. Sehr empfehlenswert.

Thomas Lang

**Adelheid Biesecker, Wolfram Elsner,
Klaus Grenzdörffer (Hg.)
Ökonomie der Betroffenen
und Mitwirkenden:
Erweiterte Stakeholder-Prozesse**

Pfaffenweiler: Centaurus Verlagsgesellschaft, 1998. 277 Seiten.

Dieses Buch enthält die Beiträge zu einem gleichnamigen Workshop, der im Frühjahr 1998 am Institut für institutionelle und Sozial-Ökonomie der Universität Bremen stattgefunden hat (vgl. die Vorstellung dieses Instituts in der 123. Folge der Zeitschrift für Sozialökonomie, S. 31). Darin geht es um die Entwicklung eines betriebsökonomischen Konzepts, das im Gegensatz zum vorherrschenden

Shareholdervalue-Konzept auch die aktive Teilnahme derer einschließt, die neben den Aktionären noch am Geschehen in den Unternehmen beteiligt sind: also die Lohn- und Gehaltsabhängigen und die Konsumenten – die sog. Stakeholder. Das Shareholdervalue-Konzept richtet sich gegen die Menschen einschließlich der zukünftigen Generationen und gegen die Natur, gegen ganze Volkswirtschaften und sogar gegen die Unternehmen selbst. "Wir erfahren", so schreiben die Herausgeber in ihrem Editorial, "täglich von Arbeitslosigkeit, Zerstörung natürlicher Mitwelt, Verarmung und Demütigung ganzer Weltregionen. Von daher erscheint es uns nahezu zwingend logisch, dieser Geldmaximierung einen Riegel zur Bewahrung von Lebensgrundlagen vorzuschieben." (S. 9)

Die Absicht der Herausgeber dieses Buches, sich der bloßen Geldmaximierung im betrieblichen Alltag zu widersetzen, ist sehr positiv. Interessant wird es nun sein zu sehen, wie weit sie sich vom vorherrschenden sog. 'Neoliberalismus' entfernen und ihre Absicht auch tatsächlich umsetzen. Biesecker, Elsner und Grenzdörffer wollen der "herrschenden Unternehmenspraxis eine erweiterte normative Ökonomievorstellung" entgegensetzen. Ihr Stakeholder-Konzept "berücksichtigt durchaus die Aktionäre als eine der anspruchsberechtigten Gruppen" neben den Lohn- und Gehaltsabhängigen und den Konsumenten. Für alle gemeinsam soll ein "Multi-Interessen-Ausgleichsmodell des Industrieunternehmens" entwickelt werden. (9–10)

Die Zeiten der marxistischen Frontalangriffe auf den hierarchischen Gegensatz von Kapital und Arbeit sind seit längerem vorbei. Das ist einerseits gut so, denn die Mehrwerttheorie im ersten Band von Marx' "Kapital" führte auf Abwege der Produktionsmittelverstaatlichung, der zentralistischen Verwaltung der Wirtschaft und der totalitären Politik. Die Abkehr von diesen tragischen Fehlentwicklungen bedeutet andererseits noch nicht, dass die Wirtschaft seit der Wende in Mittel- und Osteuropa eine zukunftsfähige Richtung eingeschlagen hat. Im Gegenteil – sie geht in eine andere falsche Richtung der Fusionen von Unternehmen zu multinationalen Großkonzernen, die den marktwirtschaftlichen Wettbewerb zu einer Farce machen. Die Maximierung ihrer Rendite geht sehr zu Lasten von Mensch und Natur. Sollte es den-

noch keiner nichtmarxistischen Fundamentalkritik am Shareholdervalue-Konzept mehr bedürfen?

Am Beginn ihres ausführlichen Hauptbeitrags zu diesem Buch fragt Adelheid Biesecker, ob es angesichts des "historischen Megatrends zum weltweit ungehemmten Kapitalismus ... nicht zwecklos, bestenfalls naiv" sei, eine erweiterte Stakeholder-Ökonomie gegen die bloße Shareholder-Ökonomie zu setzen. (58) Diese Frage zeigt schon die derzeit erdrückende Übermacht des sich globalisierenden Kapitals, das die Suche nach Systemalternativen weitgehend in an den Rand gedrängt hat. Anstelle von 'welfremden' Sozialutopien ist gegenwärtig eher eine sozialkritische Bescheidenheit angesagt. Dementsprechend möchte Adelheid Biesecker die "Hauptentwicklungslinie" des globalen Kapitalismus auch erst einmal nur "mit Elementen von alternativen Entwicklungspfaden anreichern" – in der Hoffnung, dass sich die herrschende Ökonomie mit einem solchen "überlegten Utopismus" in kleinen Schritten in Richtung auf ein zukunftsfähiges "Vorsorgendes Wirtschaften ... transformieren und in der Weiterentwicklung transzendieren" lässt. Dabei sollen Produktion und Reproduktion, Marktökonomie und Versorgungsökonomie zu einer in sich gleichgewichtigen Einheit werden. Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit und Gemeinwesenarbeit sollen sich am Ende dieser allmählichen Systemumwandlung gleichwertig zu einer "Ökonomie ohne hierarchische Strukturierung und ohne geschlechtsspezifische Zuordnung" ergänzen. Um den Zusammenhang von Arbeit und Einkommen aufzulösen, wird neben dem Lohn und Gehalt ein "Bürgereinkommen" erwogen. (58–61)

Auf der Grundlage des zunächst noch nicht angetasteten traditionellen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit (68) möchte Adelheid Biesecker zwischen dem kapitalistischen Markt und dem Staat eine "wirtschaftsbürgerliche Ebene" ansiedeln, wo die Shareholder und die Stakeholder als Mitwirkende und Betroffene sich im Dialog um den Ausgleich ihrer wirtschaftlichen Interessen bemühen können. "Denkbar sind hier alle Formen der gesellschaftlichen Diskurse wie Dialoge, Runde Tische, Foren usw." (61) Dieser Ansatz ähnelt den Assoziationen in der Anthroposophie von Rudolf Steiner, insbesondere in dessen Ausführungen zur Dreigliederung des sozialen Organismus. Die Grundgedanken

solcher Assoziationen wurden bei dem Bremer Workshop durch den Trierer Ökonomen Harald Spehl erläutert. Auch Spehl möchte jenseits von Markt und Staat eine Ebene der Selbstverwaltung schaffen, auf der die Produzenten, Händler und Konsumenten ihre Bedürfnisse und Produktionsmöglichkeiten aufeinander abstimmen. Die Rede war von einer "kooperativen Koordination" mit Hilfe von kommunalen, regionalen und globalen Assoziationen. (53–56)

In einem nächsten Schritt in Richtung auf eine "qualitativ neue Ökonomie" möchte Adelheid Biesecker vom "Stakeholder-Kapitalismus" zu einem "Stakeholder-Dialog" übergehen, bei dem eine "moralische Verantwortung der Unternehmen" gegenüber den außerhalb von Markt und Staat liegenden sozialen Lebenswelten hinzukommt. (72–76) Hierbei folgt sie einigen Anregungen des St. Galler Ökonomen Peter Ulrich, der die Ethik wieder in die Wirtschaft integrieren möchte. Ohne Änderung ihrer kapitalistischen Grundstruktur dürfte dies allerdings nur in begrenztem Maße möglich sein.

Am Ende dieser Systemtransformation soll schließlich eine "nachhaltige Entwicklung" zu einer "Vorsorgenden Wirtschaft" stattfinden, die sowohl die Hierarchien in der Arbeitswelt als auch die Hierarchie zwischen den Geschlechtern überwindet und damit eine "Ko-Evolution zwischen Ökonomie, Gesellschaft und Ökologie" ermöglicht. (78 und 84) Hierfür sind Adelheid Biesecker zufolge zwei grundlegende "Veränderungen im Gesellschaftsvertrag" erforderlich: 1. eine "radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit" und eine Neuverteilung der Arbeit in Verbindung mit einem "Recht auf Arbeit" in den drei "gleich-wichtigen und gleich-wertigen" Bereichen der Erwerbs-, Versorgungs- und Gemeinwesenarbeit; 2. ein "Abbau aller Diskriminierungsmechanismen bezüglich Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen sowie eine Auflösung der Rollenklischees beider Geschlechter". (86–87)

Einige kritische Anmerkungen erscheinen mir angebracht, die jedoch nicht als Geringschätzung von Bieseckers Strategie der realistischen kleinen Schritte oder ihres "überlegt-utopischen" Fernziels missverstanden werden sollten. Im Gegenteil – angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Realitäten ist eine Konzentration auf erreichbare kleine Zwischenschritte sinnvoll, denn auf sozialem und ökologischem Gebiet ist jeder Millimeter

kostbar, den die Stakeholder den Shareholdern noch abringen können. Hierfür bieten auch die übrigen Beiträge zu diesem Buch Anregungen, zum Beispiel die regionalökonomischen Überlegungen von Wolfram Elsner und Dietmar Kanatschnig oder die Erläuterung der Lokalen Agenda 21 als Stakeholderprozess von Angela Wilhelms. Ebenso erstrebenswert ist das Fernziel einer Vorsorgenden Wirtschaft ohne soziale und geschlechtliche Hierarchien. Allerdings erscheint mir ungewiss, ob es sich allein mit den beim Bremer Workshop diskutierten kleinen Schritten erreichen lässt. Können zum Beispiel Assoziationen die gesamtwirtschaftliche Koordination von Angebot und Nachfrage wirklich verbessern, wenn daneben der Dschungel aus kapitalistisch verzerrten Marktpreisinformationen und staatlichen Interventionen fortbesteht? Ein Ende der Geldmaximierung – das war immerhin das Ziel des ganzen Workshops – läge damit wohl noch in weiter Ferne. Die gesellschaftlichen Diskurse auf der dritten Ebene jenseits von Markt und Staat könnten unter kapitalistischen Rahmenbedingungen viel Zeit und menschliche Ressourcen binden, ohne die Koordination von Angebot und Nachfrage wirklich grundlegend zu verbessern. Würden sie nicht auch zu einer zusätzlichen Bürokratisierung führen? Auch zeigen die bisherigen, zum Teil durchaus interessanten Erfahrungen mit Arbeitszeitverkürzungen, dass letztlich Kapitalinteressen den Ausschlag darüber geben, wie die Arbeit umverteilt und entlohnt wird.

Lässt sich das Fernziel einer Balance der Geschlechter in gleichrangig nebeneinander stehenden und vernetzten Bereichen der Versorgungs-, Erwerbs- und Gemeinwesenarbeit erreichen, wenn beim Nachdenken über die nächsten kleinen Schritte nicht auch schon – zumindest im Hinterkopf – die in diesem Buch ausgeklammerte Frage nach der Verfügungsmacht über sich verzinsendes Eigentum an Geld-, Boden- und Produktivvermögen mitbedacht wird? Ganz ohne einen Blick auf geldordnungsbedingte Zwänge zur Maximierung der Kapitalrentabilität und ohne jede Fundamentalkritik an der Hierarchie von Kapital und Arbeit läuft das Stakeholder-Konzept Gefahr, sich in den Strukturen des Kapitalismus zu verfangen. Der Wunsch nach einer solchen fundamentalkritischen Erweiterung dieses Konzepts braucht dabei nicht

zu einer Rückkehr zu Karl Marx führen – zumindest nicht zum ersten Band seines "Kapitals", in dem er die falschen Fronten zwischen Unternehmer-kapitalisten und Proletariern aufgebaut hat. In den frühkapitalistischen Zeiten der Personalunion von Kapitalisten und Unternehmern mag Marx' unglückseliges Feindbild vom Unternehmer als Kapitalisten noch verständlich gewesen sein; aber inzwischen ist dieses Klischee durch die Trennung von Kapitalgebern und Managern in den großen Aktiengesellschaften längst überholt. Im dritten Band ihres "Kapital" haben Marx und Engels dann die Dominanz des Finanzkapitals gegenüber dem Verbund von Realkapital und Arbeit geahnt. Die leistungslosen Zinseinnahmen des Eigen- und Fremdkapitals bezeichneten sie dort sogar ausdrücklich als Gegensatz zum Leistungsentgelt für die Tätigkeit von Unternehmern und Arbeitern – was leider politisch nie wirksam geworden ist. Von diesem Punkt aus haben Pierre Proudhon und später Silvio Gesell weitere Überlegungen angestellt, wie sich die kapitalistische Marktwirtschaft ohne eine Produktionsmittelverstaatlichung durch eine den Zins gegen Null absenkende Geld- und Bodenreform in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus transformieren ließe. Nachdem im Anschluss daran allzu lange überwiegend das Geldproblem im Mittelpunkt stand, wäre es nunmehr an der Zeit, die Arbeitswelt stärker in das Blickfeld zu nehmen und zu erforschen, wie sich schon jetzt und erst recht nach einer Geld- und Bodenreform aus den bisherigen Hierarchien in der Arbeitswelt egalitäre Formen von Mitarbeiterunternehmen entwickeln könnten. Damit könnten Überlegungen einhergehen, wo inmitten der entkapitalisierten Marktpreise und der Rechtsordnung auch Selbstverwaltungsorgane wie die Assoziationen ihren Platz finden könnten. Solche wirtschaftlichen Rahmenbedingungen könnten vielleicht noch ganz andere "Multi-Interessenausgleichs-Modelle" für die Arbeitswelt ermöglichen. Ob solche zunächst noch sehr utopisch anmutenden experimentellen Gedankenausflüge auch am Bremer Institut für institutionelle und Sozial-Ökonomie möglich wären? In diese Richtung weist der Beitrag von Gerhard Scherhorn mit dem vielversprechenden Titel "Der Mythos des Privateigentums und die Wiederkehr der Commons". (29-42)

Werner Onken

VERANSTALTUNG

Das Geld(tabu) und die menschliche Seele

7. CGW-/INWO-Tagung am Himmelfahrtswochenende 24.-27. Mai 2001 in Birkenwerder bei Berlin mit Beiträgen von

- Prof. Dr. Josef Rattner: "Geld, Macht und menschliche Seele"
- Hermann Niehuis-Schwiertz: "Götter, Geld und Grenzerfahrungen – Die griechische Mythologie als Quelle von Einsichten in archetypische Muster des Handels"
- Prof. Dr. Veronika Bennholdt-Thomsen: "Perspektiven für eine Subsistenzmoral im Umgang mit dem Geld"
- Prof. Dr. Johannes Heinrichs: "Wege aus der kranken Gesellschaft – Sozialpsychologische Überlegungen im Anschluss an Erich Fromm".

Während der Tagung zeigt das Berliner Antikriegsmuseum eine Ausstellung über die Entwurzelung als "Gefährlichste Krankheit der Seele".

Auskunft und Anmeldung:

Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel.
Fon: 04451-956480. Fax: 04451-956481.
E-mail: redaktion-onken@t-online.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Cornelia Brinkmann

Kölnstr. 101, 53111 Bonn

Helmut Creutz

Monheimsallee 99, 52062 Aachen

Dipl.-Vw. Thomas Lang

Habsburger Str. 80, 79104 Freiburg/Br.

Prof. Dr. Dieter S. Lutz

c/o Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
Falkenstein 1, 22587 Hamburg

Prof. Dr. Günther Moewes

Poppelsdorfer Str. 10, 44139 Dortmund

Dr. Ulrike C. Nikutta-Wasmuht

Nassauische Str. 48, 10717 Berlin